

Sonderdruck aus:

Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Autorengemeinschaft

Der Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland
in den Jahren 1997 und 1998

31. Jg./1998

1

Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB)

Die MittAB verstehen sich als Forum der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Es werden Arbeiten aus all den Wissenschaftsdisziplinen veröffentlicht, die sich mit den Themen Arbeit, Arbeitsmarkt, Beruf und Qualifikation befassen. Die Veröffentlichungen in dieser Zeitschrift sollen methodisch, theoretisch und insbesondere auch empirisch zum Erkenntnisgewinn sowie zur Beratung von Öffentlichkeit und Politik beitragen. Etwa einmal jährlich erscheint ein „Schwerpunkt-heft“, bei dem Herausgeber und Redaktion zu einem ausgewählten Themenbereich gezielt Beiträge akquirieren.

Hinweise für Autorinnen und Autoren

Das Manuskript ist in dreifacher Ausfertigung an die federführende Herausgeberin Frau Prof. Jutta Allmendinger, Ph. D.
Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
90478 Nürnberg, Regensburger Straße 104
zu senden.

Die Manuskripte können in deutscher oder englischer Sprache eingereicht werden, sie werden durch mindestens zwei Referees begutachtet und dürfen nicht bereits an anderer Stelle veröffentlicht oder zur Veröffentlichung vorgesehen sein.

Autorenhinweise und Angaben zur formalen Gestaltung der Manuskripte können im Internet abgerufen werden unter http://doku.iab.de/mittab/hinweise_mittab.pdf. Im IAB kann ein entsprechendes Merkblatt angefordert werden (Tel.: 09 11/1 79 30 23, Fax: 09 11/1 79 59 99; E-Mail: ursula.wagner@iab.de).

Herausgeber

Jutta Allmendinger, Ph. D., Direktorin des IAB, Professorin für Soziologie, München (federführende Herausgeberin)
Dr. Friedrich Buttler, Professor, International Labour Office, Regionaldirektor für Europa und Zentralasien, Genf, ehem. Direktor des IAB
Dr. Wolfgang Franz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Mannheim
Dr. Knut Gerlach, Professor für Politische Wirtschaftslehre und Arbeitsökonomie, Hannover
Florian Gerster, Vorstandsvorsitzender der Bundesanstalt für Arbeit
Dr. Christof Helberger, Professor für Volkswirtschaftslehre, TU Berlin
Dr. Reinhard Hujer, Professor für Statistik und Ökonometrie (Empirische Wirtschaftsforschung), Frankfurt/M.
Dr. Gerhard Kleinhenz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Passau
Bernhard Jagoda, Präsident a.D. der Bundesanstalt für Arbeit
Dr. Dieter Sadowski, Professor für Betriebswirtschaftslehre, Trier

Begründer und frühere Mitherausgeber

Prof. Dr. Dieter Mertens, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Karl Martin Bolte, Dr. Hans Büttner, Prof. Dr. Dr. Theodor Ellinger, Heinrich Franke, Prof. Dr. Harald Gerfin, Prof. Dr. Hans Kettner, Prof. Dr. Karl-August Schäffer, Dr. h.c. Josef Stingl

Redaktion

Ulrike Kress, Gerd Peters, Ursula Wagner, in: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB), 90478 Nürnberg, Regensburger Str. 104, Telefon (09 11) 1 79 30 19, E-Mail: ulrike.kress@iab.de; (09 11) 1 79 30 16, E-Mail: gerd.peters@iab.de; (09 11) 1 79 30 23, E-Mail: ursula.wagner@iab.de; Telefax (09 11) 1 79 59 99.

Rechte

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und unter genauer Quellenangabe gestattet. Es ist ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages nicht gestattet, fotografische Vervielfältigungen, Mikrofilme, Mikrofotos u.ä. von den Zeitschriftenheften, von einzelnen Beiträgen oder von Teilen daraus herzustellen.

Herstellung

Satz und Druck: Tümmels Buchdruckerei und Verlag GmbH, Gundelfinger Straße 20, 90451 Nürnberg

Verlag

W. Kohlhammer GmbH, Postanschrift: 70549 Stuttgart; Lieferanschrift: Heßbrühlstraße 69, 70565 Stuttgart; Telefon 07 11/78 63-0; Telefax 07 11/78 63-84 30; E-Mail: waltraud.metzger@kohlhammer.de, Postscheckkonto Stuttgart 163 30. Girokonto Städtische Girokasse Stuttgart 2 022 309. ISSN 0340-3254

Bezugsbedingungen

Die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ erscheinen viermal jährlich. Bezugspreis: Jahresabonnement 52,- € inklusive Versandkosten; Einzelheft 14,- € zuzüglich Versandkosten. Für Studenten, Wehr- und Ersatzdienstleistende wird der Preis um 20 % ermäßigt. Bestellungen durch den Buchhandel oder direkt beim Verlag. Abbestellungen sind nur bis 3 Monate vor Jahresende möglich.

Zitierweise:

MittAB = „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ (ab 1970)
Mitt(IAB) = „Mitteilungen“ (1968 und 1969)
In den Jahren 1968 und 1969 erschienen die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ unter dem Titel „Mitteilungen“, herausgegeben vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit.

Internet: <http://www.iab.de>

Der Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1997 und 1998

Autorengemeinschaft*

- Die kräftige Außennachfrage hat im Zusammenspiel mit günstigen Angebotsbedingungen in Deutschland eine wirtschaftliche Belebung in Gang gesetzt. Es spricht einiges dafür, daß sich der Aufschwung im Jahr 1998 festigt und an Breite gewinnt. In der mittleren Variante II der IAB-Alternativrechnungen wurde deshalb ein reales Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von $2\frac{3}{4}$ % angenommen.
- Die Wirtschaftsentwicklung greift im Jahr 1998 allmählich auf die Arbeitsnachfrage über und beginnt, zumindest im Westen, die Beschäftigung mitzuziehen. Die kalenderbedingt kräftige Zunahme der Jahresarbeitszeit verschiebt die aktuelle Beschäftigungsschwelle allerdings vorübergehend nach oben. Die Erwerbstätigenzahl wird in Gesamtdeutschland in unserer mittleren Variante jahresdurchschnittlich um 165.000 Personen (-0,5 %) niedriger sein als im Vorjahr. Der Rückgang konzentriert sich auf die neuen Bundesländer, wo die wirtschaftliche Entwicklung wie schon 1997 erneut hinter dem Westen zurückbleibt. Das Jahr 1998 ist vorbelastet durch die schlechte Arbeitsmarktentwicklung im Vorjahr.
- Dennoch nimmt das fundamentale Ungleichgewicht von Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage in Deutschland nicht weiter zu, weil das Erwerbspersonenpotential in etwa gleicher Höhe abnimmt (-170.000) und den Arbeitsmarkt entlastet. Umschichtungen innerhalb des Saldos der Arbeitsmarktbilanz – von verdeckter hin zu offener Unterbeschäftigung – ergeben einen fast unverändert hohen Stand der registrierten Arbeitslosigkeit: Im Jahresdurchschnitt 1998 rechnen wir in der mittleren Variante mit 4,46 Mio Arbeitslosen. Dies ist zum Teil eine Hypothek der schlechten Entwicklung im Vorjahr, die erst allmählich abgetragen wird. Im Jahresverlauf rechnen wir bei der registrierten Arbeitslosigkeit mit einer *Tendenzwende*. Zum Jahresende hin könnte der Vorjahresstand um rd. 90.000 unterschritten werden.
- Zu bedenken sind allerdings Risiken, die z.B. die außenwirtschaftliche Entwicklung in sich trägt. So wäre bei schwächerem Wirtschaftswachstum ($+2\frac{1}{4}$ %) mit weiter steigender Arbeitslosigkeit zu rechnen (Variante I: 4,52 Mio im Jahresdurchschnitt). Aber es eröffnen sich auch Chancen. Unter *besonders günstigen* Bedingungen wäre ein reales Wirtschaftswachstum von $3\frac{3}{4}$ % vorstellbar (Variante III*). Dieser Wachstumsschub könnte – unterstützt durch zusätzliche arbeitsmarktpolitische Maßnahmen – im Jahresverlauf eine frühzeitige Tendenzwende und einen kräftigen Anstieg der Beschäftigung herbeiführen. Dann kann damit gerechnet werden, daß es am Jahresende rd. 200.000 Arbeitsplätze mehr und rd. 300.000 Arbeitslose weniger gibt. Angesichts des nach wie vor hohen Arbeitsplatzdefizits wäre es allerdings verfrüht, darin bereits den Durchbruch am Arbeitsmarkt zu sehen.
- Der Beitrag beschäftigt sich außerdem mit der These einer Entkoppelung von Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung und kommt zum Ergebnis, daß sich der Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Beschäftigungsentwicklung nicht grundlegend geändert hat.
- Darüberhinaus werden einige ausgewählte Aspekte der Arbeitsmarktentwicklung (Beschäftigung in Bauwirtschaft und Dienstleistungssektor, Umfang, Struktur und Entwicklung des Krankenstands sowie der Überstunden) ausführlicher behandelt.

Die Untersuchung wurde im IAB durchgeführt.

Gliederung

1 Grundlinien der Entwicklung im Jahr 1997

1.1 Alte Bundesländer

1.2 Neue Bundesländer

2 Entkoppelung von Wirtschaftsentwicklung und Arbeitsmarkt?

3 Perspektiven im Jahr 1998

3.1 Alte Bundesländer

3.2 Neue Bundesländer

3.3 Der Arbeitsmarkt 1998 insgesamt: Risiken und Chancen

4 Entlastung durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit (BA) 1997 und 1998

4.1 Alte Bundesländer

4.2 Neue Bundesländer

5 Ausgewählte Aspekte der Arbeitsmarktentwicklung

5.1 Sorgenkind Bauwirtschaft – Hoffnungsträger Dienstleistungen?

5.2 Rückläufiger Krankenstand schafft Spielräume

5.3 Weniger Überstunden für mehr Beschäftigung?

Tabellen

* Autorengemeinschaft: H.-U. Bach, H. Kohler, E. Magvas, E. Spitznagel. Eine Kurzfassung dieses Beitrags wurde als IABkurzbericht Nr. 6/1998 veröffentlicht. Der Beitrag liegt in der alleinigen Verantwortung der Autoren. Redaktionsschluß: 31. März 1998.

Eckdaten der Alternativrechnungen zur Arbeitsmarktentwicklung 1998

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998			1999
								Var. I	Var. II	Var. III	Var. IV
A. Die Nachfrage nach Arbeitskräften											
Bruttobeschäftigung	West	+ 8,0	+ 7,8	+ 7,8	+ 7,1	+ 7,0	+ 7,3	8,3	8,3	8,3	8,3
(Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	Ost	- 18,1	+ 7,8	+ 9,3	+ 9,8	+ 9,2	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,9
	Insg.	+ 2,8	+ 2,3	- 1,2	+ 2,7	+ 1,9	+ 1,4	8,3	+ 2,2	+ 2,7	+ 2,2
Wirtschaftswachstum	West	+ 2,7	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,5	2,1	+ 1,9	+ 2,0	+ 2,1
	Ost	+ 18,2	+ 7,4	+ 10,8	+ 9,8	+ 8,3	+ 4,8	8,8	+ 3,4	+ 3,6	+ 3,7
	Insg.	+ 8,9	+ 0,8	+ 1,7	+ 5,8	+ 3,8	+ 2,9	8,8	+ 2,2	+ 2,3	+ 2,4
Arbeitsvolumen	West	+ 1,9	+ 1,8	- 2,3	- 1,3	- 1,9	- 1,3	- 1,8	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,2
	Ost	- 28,7	+ 0,4	- 1,1	- 0,2	- 1,0	- 2,7	- 4,2	- 1,6	- 1,3	- 0,9
	Insg.	- 8,8	+ 1,4	- 2,5	- 1,1	- 1,8	- 1,8	- 1,8	- 0,0	+ 0,4	+ 0,8
Veränderung der Arbeitskraft	West	- 1,3	+ 0,7	- 1,2	- 0,1	- 1,3	- 0,3	0,8	+ 0,8	+ 0,8	+ 1,1
	Ost	- 11,7	+ 18,1	+ 1,8	- 1,9	- 2,0	- 0,8	- 0,8	+ 0,8	+ 1,0	+ 1,1
	Insg.	- 3,8	+ 3,3	- 0,7	- 0,4	- 1,4	- 0,3	- 0,3	+ 0,8	+ 0,8	+ 1,0
Bruttowohlstand	West	+ 2,8	+ 0,8	- 1,5	- 1,2	- 0,7	- 1,1	- 1,8	- 0,4	- 0,1	+ 0,1
(Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	Ost	- 17,8	- 12,8	- 2,8	+ 9,8	+ 1,0	- 3,1	- 3,3	- 2,8	- 2,2	- 2,0
	Insg.	- 2,1	- 1,8	- 1,7	- 0,7	- 0,4	- 1,2	- 1,4	- 0,9	- 0,9	- 0,8
(Veränderung gegenüber dem Vorjahr in 1000)	West	+ 718	+ 208	- 453	- 340	- 182	- 288	- 281	- 128	- 98	+ 80
	Ost	- 1488	- 694	- 108	+ 111	+ 88	- 137	- 208	- 188	- 198	- 198
	Insg.	- 770	- 486	- 561	- 229	- 188	- 448	- 487	- 278	- 198	- 80
(Jahresdurchschnitte in 1000)	West	29.188	29.437	29.028	28.886	28.484	28.158	27.678	27.758	27.845	27.908
	Ost	7.321	6.987	6.219	6.320	6.288	6.228	6.003	6.008	6.018	6.003
	Insg.	36.518	36.424	35.247	35.206	34.772	34.381	33.681	33.766	33.863	33.911
B. Das Angebot an Arbeitskräften											
Bruttobeschäftigung	West	32.139	32.028	32.008	32.787	32.788	32.761	32.761	32.661	32.661	32.661
(Jahresdurchschnitte in 1000)	Ost	8.881	8.528	8.791	8.813	8.487	8.348	8.361	8.179	8.179	8.179
	Insg.	41.020	40.556	40.799	41.600	41.275	41.122	41.022	40.840	40.840	40.840
(Veränderung gegenüber dem Vorjahr in 1000)	West	+ 431	+ 382	+ 178	+ 8	+ 43	+ 31	+ 11	- 100	- 100	- 100
	Ost	- 298	- 125	- 168	- 118	- 148	- 132	- 88	- 72	- 72	- 72
	Insg.	+ 133	+ 257	+ 110	- 110	- 105	- 101	- 64	- 172	- 172	- 172
sexuelle Demographie	West	- 92	- 90	- 112	- 188	- 188	- 182	- 140	- 151	- 151	- 151
	Ost	- 82	- 28	- 37	- 38	- 48	- 48	- 80	- 21	- 21	- 21
	Insg.	- 144	- 118	- 150	- 187	- 236	- 230	- 170	- 172	- 172	- 172
Verfahrensparameter	West	- 108	- 88	- 45	- 28	+ 13	+ 23	+ 80	+ 80	+ 80	+ 80
	Ost	+ 117	+ 48	- 88	- 83	- 108	- 108	- 84	- 38	- 38	- 38
	Insg.	- 48	- 40	- 133	- 187	- 95	- 75	- 4	+ 22	+ 22	+ 22
Wanderungsgewinne und Fordererfälle	West	+ 688	+ 681	+ 330	+ 182	+ 218	+ 184	+ 61	+ 8	+ 8	+ 8
	Ost	- 881	- 137	+ 18	+ 2	+ 8	+ 28	+ 1	- 23	- 23	- 23
	Insg.	+ 387	+ 444	+ 348	+ 184	+ 218	+ 180	+ 60	- 32	- 32	- 32
C. Die Arbeitsmarktlage											
Registrierte Arbeitslose	West	1.688	1.808	1.870	2.088	2.088	2.108	2.021	2.088	2.088	2.088
(Jahresdurchschnitte in 1000)	Ost	913	1.170	1.148	1.143	1.047	1.108	1.284	1.473	1.480	1.488
	Insg.	2.601	2.978	3.018	3.231	3.135	3.396	3.305	3.561	3.568	3.576
(Veränderung gegenüber dem Vorjahr in 1000)	West	- 194	+ 119	+ 482	+ 288	+ 8	+ 231	+ 225	+ 22	- 21	- 61
	Ost	+ 873	+ 257	- 21	- 7	- 85	+ 122	+ 198	+ 108	+ 98	+ 88
	Insg.	+ 679	+ 376	+ 461	+ 278	- 77	+ 353	+ 423	+ 130	+ 77	+ 27
Arbeitslosenquote (in % aller Erwerbspersonen)	West	5,7	6,9	7,3	8,3	8,3	8,3	8,1	8,9	8,9	8,9
	Ost	11,1	15,4	18,1	18,3	14,8	18,7	16,1	19,8	19,8	19,8
	Insg.	8,7	11,1	12,8	13,8	13,4	14,4	14,4	14,8	14,8	14,8
Stille Reserve I)	West	1.288	1.280	1.488	1.488	1.721	1.828	1.888	1.888	1.848	1.828
(Jahresdurchschnitte in 1000)	Ost	727	1.278	1.388	1.140	1.284	917	834	808	801	798
	Insg.	2.015	2.558	2.876	2.628	3.005	2.745	2.722	2.696	2.649	2.626
sexuelle Stille Reserve im engeren Sinn	West	778	787	688	677	1.172	1.288	1.404	1.434	1.384	1.374
	Ost	8	38	137	390	387	421	493	484	478	474
	Insg.	778	825	825	1.067	1.559	1.709	1.897	1.918	1.862	1.848
Stille Reserve in Maßzahlen	West	488	483	538	538	848	888	901	482	482	482
	Ost	727	1.238	1.238	830	887	488	371	322	322	322
	Insg.	1.215	1.721	1.776	1.368	1.335	1.376	1.272	774	774	774

1) Zu der hier ausgewiesenen Neuberechneten Stillen Reserve vgl. Thon, Manfred/ Bach, Hans-Uwe: Die Schätzung von Potential-Erwerbsquoten, Stillen Reserve und Erwerbspersonenpotential für die alten Bundesländer 1970 - 1995 (erscheint demnächst als IAB-Werkstattbericht).

Quelle: Berechnungen des IAB

1 Grundlinien der Entwicklung im Jahr 1997

Nach der verhaltenen Entwicklung im Vorjahr ist 1997 ein wirtschaftlicher Aufschwung in Gang gekommen. Die gesamtwirtschaftliche Produktion von Waren und Dienstleistungen hat um 2,2 % zugenommen (1996: +1,4 %).

Wichtige Rahmenbedingungen für wirtschaftliches Wachstum waren in Deutschland so gut wie lange nicht mehr: Der Zinssenkungsprozeß hat sich fortgesetzt. Die langfristigen Zinsen unterschritten erneut den Vorjahresstand. Die Lohnstückkosten sind stärker als im Vorjahr gesunken. Der Außenwert der DM hat weiter abgenommen. Die reale Abwertung und der abnehmende Kostendruck haben die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der inländischen Anbieter auf den Weltmärkten gestärkt. Im Zusammenspiel mit der anhaltenden Konjunkturerholung in Europa und der erneuten Wachstumsbeschleunigung in Nordamerika kam es im Verlauf des Jahres zu zweistelligen Zuwachsraten beim Export.

Die Auftriebskräfte der Auslandsnachfrage sind allerdings nicht auf die Binnennachfrage übergesprungen: Die realen Ausrüstungsinvestitionen, erfahrungsgemäß das konjunktur reagibelste Aggregat der Endnachfrage, haben relativ verhalten zugenommen. Die Talfahrt der Bauinvestitionen hielt an: In Wirtschaftsbauten wurde erneut weniger investiert und v.a. im Tiefbau hat die Zurückhaltung öffentlicher Auftraggeber die Situation verschärft.

Die realen Anlageinvestitionen, Schlüsselgröße für mehr Arbeitsplätze und Einkommen, blieben hinter den Erwartungen zurück. „Damit fehlt die wichtigste Voraussetzung für einen sich selbstverstärkenden Aufschwung“, wie der Sachverständigenrat denn auch feststellt.¹

Abgesehen vom Export gingen von der Nachfrageseite keine positiven Signale aus. Die Konsumnachfrage hat trotz gesunkener Sparquote nur schwach zugenommen, weil die realen Arbeitnehmereinkommen brutto wie netto rückläufig waren. Die gestiegenen Gewinneinkommen haben keine stärkere Belegung des privaten Konsums bewirkt. Beim öffentlichen Verbrauch haben anhaltender Personalabbau und Ausgabenbeschränkungen bei den Gebietskörperschaften nur einen schwachen Anstieg zugelassen.

Die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1997 wurde demnach im Ganzen allein von der Auslandsnachfrage getragen. Die schwache Binnennachfrage führte eher zu Bremswirkungen. Von einem *nachhaltigen, selbsttragenden* Aufschwung kann deshalb noch nicht die Rede sein.

Die Wachstumsimpulse waren denn auch zu schwach, um eine Wende am Arbeitsmarkt herbeizuführen. Die Zahl der Erwerbstätigen ging im Jahresverlauf weiter kräftig zurück und unterschritt im Durchschnitt den Vorjahresstand um knapp 0,5 Mio. Die Zahl der Arbeitslosen nahm um 420.000 Personen auf knapp 4,4 Mio im Jahresdurchschnitt zu.

Es war allerdings auch nicht damit zu rechnen, daß die moderate Lohnpolitik der letzten Jahre schnelle Erfolge am Arbeitsmarkt bringt: Unsere Untersuchungen zeigen, daß sinkende Lohnstückkosten die Beschäftigung *kurzfristig* nur schwach positiv beeinflussen. Für die kurzfristige Reaktion

der Arbeitsnachfrage gewichtiger sind die gesamtwirtschaftliche Nachfrage, die aktuelle Auslastungssituation bei den Beschäftigten, Arbeitszeitveränderungen sowie das Wirtschaftsklima², welches u.a. die Erwartungen der Unternehmen widerspiegelt.

Die positiven Wirkungen einer moderaten Lohnpolitik und der damit verbundenen Kostenentlastung für die Betriebe kommen erfahrungsgemäß vielmehr erst allmählich und über eine längere Wirkungskette für die Beschäftigung zum Tragen. So kann die schwächere Preis- und Zinsentwicklung die reale Nachfrage fördern und Erweiterungsinvestitionen sowie Beschäftigungsausweitungen anregen, sofern von den Gütermärkten anhaltend positive Impulse erwartet werden.

In regionaler Hinsicht verlief die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland im Jahr 1997 gespalten. Die boomende Auslandsnachfrage hat die *alten Bundesländer* mit ihrer relativ breiten Exportbasis im Verarbeitenden Gewerbe begünstigt. Die gesamtwirtschaftliche Produktion von Waren und Dienstleistungen ist deshalb stärker gewachsen als im Vorjahr (+2,2 % gegenüber +1,3 %). Die *neuen Bundesländer* haben zwar ebenfalls vom Exportboom profitiert, aber doch in verhältnismäßig geringem Umfang. Die Produktion des Verarbeitenden Gewerbes wuchs 1997 zwar kräftig, aber sein absoluter Beitrag zur gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung blieb nach wie vor bescheiden. Dagegen wurde die Wirtschaft in Ostdeutschland von der krisenhaften Entwicklung im Baugewerbe besonders hart getroffen: zum einen aufgrund des relativ hohen Anteils dieses Sektors an der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung, zum anderen aufgrund des überdurchschnittlich starken Einbruchs der Bauinvestitionen in den neuen Bundesländern. Anders als in den alten Ländern hat sich das Wirtschaftswachstum der neuen Länder 1997 verlangsamt (+1,6 % nach +1,9 % im Jahr 1996). Trotz beachtlicher Erfolge in Teilbereichen, ist der wirtschaftliche Aufholprozeß also in den letzten Jahren nicht mehr vorangekommen.

1.1 Alte Bundesländer

Hohe Beschäftigungsverluste im Produzierenden Gewerbe – abnehmende Dynamik im tertiären Sektor

Die Beschäftigung ist bis weit ins Jahr 1997 hinein saisonbereinigt zurückgegangen. Erst zum Jahresende hin zeichnete sich eine Stabilisierung ab (vgl. Schaubild 1 und Tabelle 1). Im Jahresdurchschnitt lag die Zahl der Erwerbstätigen mit 27,9 Mio um 280.000 unter dem Vorjahr. In den letzten 5 Jahren sind demnach rd. 1,6 Mio Arbeitsplätze verlorengegangen.

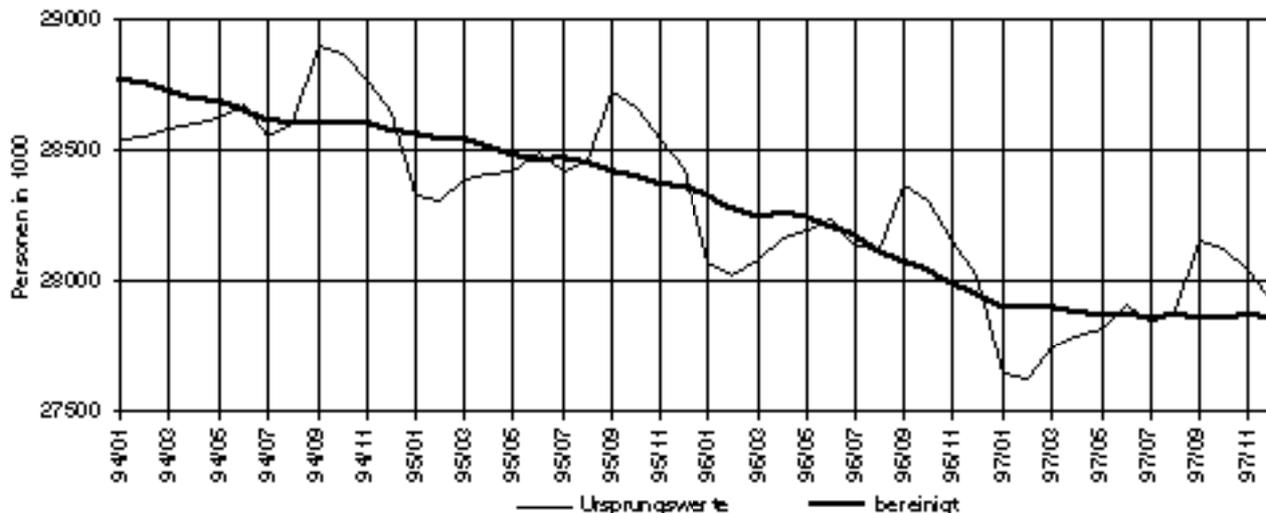
Die Beschäftigungsentwicklung verlief in den *Wirtschaftsbereichen* sehr unterschiedlich (vgl. Tabelle 6).

Maßgebend für die Verschlechterung der Beschäftigungssituation war die Gesamtentwicklung im *Produzierenden Gewerbe*. Der scharfe Beschäftigungsrückgang hat sich im Jahresverlauf zwar abgeschwächt, aber im Durchschnitt gab es doch rd. 0,3 Mio Beschäftigte weniger als im Vorjahr. Im *Verarbeitenden Gewerbe* waren zunehmend die stabilisierenden Wirkungen der lebhaften Außennachfrage spürbar, und der Beschäftigungsrückgang hat sich deutlich verlangsamt, v.a. in den Investitionsgüter produzierenden Bereichen mit starker Exportorientierung. Im *Baugewerbe* hat sich die Situation jedoch weiter verschlechtert: Die Zahl der Beschäftigten ging hier im Jahresverlauf fast unvermindert zurück und lag im Durchschnitt um rd. 0,1 Mio unter dem Vorjahresstand.

¹ Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 1997/98, Textziffer 248.

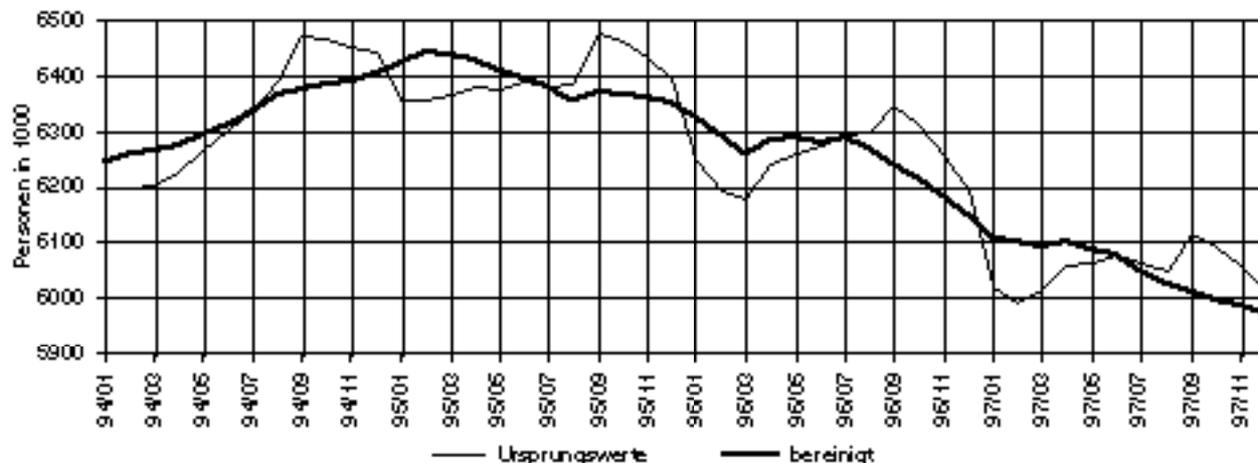
² Saisonbereinigte Indikatoren des ifo-Konjunkturtest im Verarbeitenden Gewerbe (Beurteilung von Geschäftslage und -entwicklung).

Schaubild 1a: Erwerbstätige in Westdeutschland



Quelle: Statistisches Bundesamt

Schaubild 1b: Erwerbstätige in Ostdeutschland



Quelle: Statistisches Bundesamt

Die Beschäftigung in der *Land- und Forstwirtschaft* ist weiter kräftig geschrumpft. Aufgrund ihres relativ geringen Gewichts wirkt sich die Rückgangsrage von 4,5 % (-40.000) aber nur schwach aus.

Die Beschäftigungsverluste im Produzierenden Gewerbe und in der Land- und Forstwirtschaft wurden nur in geringem Umfang durch Beschäftigungsgewinne im tertiären Sektor ausgeglichen. Auch dort verlief die Entwicklung nach Bereichen sehr unterschiedlich.

Im Bereich *Handel und Verkehr* war eine schlechtere Beschäftigungssituation als im Vorjahr zu verzeichnen. Die Zahl der Erwerbstätigen ging jahresdurchschnittlich um rd. 60.000 zurück. Zum Jahresende hin zeichnete sich eine Besserung ab.

Im Sektor *Staat/private Haushalte/Organisationen ohne Erwerbszweck*, wo die Beschäftigung 1996 noch stagnierte, kam es 1997 zu leichten Verlusten (-10.000).

Allein die *Dienstleistungsunternehmen* hatten im Ganzen Beschäftigungsgewinne zu verzeichnen. Mit jahresdurchschnittlich +130.000 blieben sie allerdings hinter der Entwicklung der letzten Jahre zurück.

Die Ursachen der abnehmenden Zuwächse der Beschäftigung des tertiären Sektors sind sowohl auf der Nachfrageseite als auch auf der Angebotsseite zu suchen:

Die schwache binnenwirtschaftliche Entwicklung gab den konsum- und produktionsorientierten Dienstleistungen zu wenig Impulse. Es darf aber nicht übersehen werden, daß in einer Reihe von Sparten der längerfristige Aufwärtstrend ungebrochen ist (z.B. im Gesundheitswesen, im Pflegebereich, im Reinigungsgewerbe, bei Ingenieurbüros, in Werbung und Öffentlichkeitsarbeit, bei Sicherungsdiensten, im Grundstücks- und Wohnungswesen).

Außerdem kamen in Teilbereichen des tertiären Sektors erneut strukturelle Veränderungen und Rationalisierungsmaßnahmen zum Tragen, die zu Personaleinsparungen führen (z.B. im öffentlichen Dienst, bei ehemals staatlichen Transportbetrieben, im Handel, bei Banken und Versicherungen, siehe dazu Abschnitt 5.1).

Jahresarbeitszeit blieb unverändert

Die durchschnittliche *Jahresarbeitszeit* der Arbeitnehmer ist 1997 gegenüber dem Vorjahr etwa gleichgeblieben. Die ein-

zelen Arbeitszeitkomponenten haben sich folgendermaßen verändert (vgl. Tabellen 3a und 4a):

Kalenderbedingt gab es im Jahr 1997 im Durchschnitt der alten Bundesländer einen halben Arbeitstag weniger als im Vorjahr.

Die *tariflichen Komponenten* der Arbeitszeit haben sich nur geringfügig geändert. Verkürzungen der *Wochenarbeitszeit* wurden nur in kleineren Tarifbereichen wirksam (Braunkohlenbergbau, Säge- und Holzverarbeitende Industrie, Hotel- und Gaststättengewerbe, Kfz-Gewerbe, insgesamt für 0,5 Mio Arbeitnehmer). Die durchschnittliche Verringerung betrug für die betroffenen Arbeitnehmer 0,4 Wochenstunden. Auf alle Arbeitnehmer bezogen entspricht dies einem Rückgang der tariflichen Wochenarbeitszeit um 0,04 Stunden. Nach wie vor bestehen allerdings gewisse Unsicherheiten hinsichtlich der Auswirkungen flexibler Arbeitszeitregelungen, die Arbeitszeitkorridore eröffnen. Nach diesen Regelungen kann die geleistete Wochenarbeitszeit kurzfristig von den tariflichen Vorgaben nach unten und nach oben abweichen; erst über einen längeren Zeitraum hinweg müssen geleistete und tarifliche Arbeitszeiten übereinstimmen. In welchem Umfang diese Möglichkeiten ausgeschöpft werden, ist schwer zu erfassen und beim heutigen Stand der Arbeitszeitstatistik nicht genau nachzuvollziehen. Tendenziell führen Flexibilitäts-spielräume zu Arbeitszeitpuffern, die das Durchschlagen von kurzfristigen Schwankungen der Produktion auf die Beschäftigung mildern.

Die Abnahme des durchschnittlichen tariflichen *Jahresurlaubs* im Jahre 1996 infolge der Verringerung sog. freier Arbeitstage im öffentlichen Dienst und der teilweisen Anrechnung von Schlechtwetterausfallzeiten in bestimmten Branchen, hat sich 1997 nicht wiederholt. In einzelnen, kleinen Bereichen wurde der tarifliche Jahresurlaub verlängert.

Die *tarifliche Jahresarbeitszeit* hat sich insgesamt um 0,3 % verringert.

Der *Erziehungsurlaub* schlug wegen höherer Inanspruchnahme mit gut zwei Arbeitsstunden mehr als 1996 (auf alle Arbeitnehmer/-innen gerechnet) zu Buche. Da die betroffenen Personen in der amtlichen Erwerbstätigenstatistik weiter als Beschäftigte geführt werden, aber nicht zum bezahlten Arbeitsvolumen beitragen, erfolgt ein entsprechender Abzug bei der durchschnittlichen Arbeitszeit.

Der *Krankenstand* ging 1997 weiter zurück. Die durchschnittliche Krankenstandsquote sank wie schon im Vorjahr nochmals um 0,6 Prozentpunkte von 4,7 auf 4,1 %. Die krankheitsbedingten Fehlzeiten der abhängig Beschäftigten nahmen im Durchschnitt erneut um einen Arbeitstag ab. Dadurch wurde ein jährliches Arbeitsvolumen von 250 Mio Stunden frei, das für die Produktion von Waren und Dienstleistungen genutzt werden konnte. (Auf mögliche Erklärungen dieser Entwicklung wird im Abschnitt 5 näher eingegangen. Als Stichworte seien an dieser Stelle lediglich die weitere Arbeitsmarktverschlechterung, die Veränderungen der Beschäftigtenstruktur und die eingeschränkte Lohnfortzahlung im Krankheitsfall genannt.)

Die *Überstunden* waren – volumenmäßig und je Arbeitnehmer – im Jahr 1996 aufgrund der schwachen konjunkturellen Entwicklung noch stark rückläufig gewesen. Mit beschleunigtem Wirtschaftswachstum kam es im Verlauf von 1997 zu einem erneuten Anstieg, der sich aber im Rahmen bisher beobachteter zyklischer Verläufe hielt. In jahresdurchschnittlicher Rechnung hat sich gegenüber dem Vorjahr wenig geän-

dert, weil sich der Rückgang im Jahr 1996 und der Anstieg im Jahr 1997 die Waage halten. Pro Woche wurden von den Arbeitnehmern 1997 durchschnittlich 1,5 Überstunden geleistet. Das jährliche Überstundenvolumen belief sich auf rd. 1,6 Mrd. (Im Abschnitt 5 wird dieses Thema ausführlicher behandelt.)

Die Zahl der *Kurzarbeiter* nahm im Jahr 1997 ab (um rd. 70.000 auf 133.000), nachdem sie im Vorjahr infolge der Wachstumsverlangsamung im gleichen Umfang gestiegen war. Die Betroffenheit einzelner Branchen spiegelt die gespaltene Konjunktur wider: Im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe war Kurzarbeit besonders stark rückläufig, im Verbrauchsgütersektor und im Baugewerbe war dies in geringerem Maße der Fall.

Im Saldo wirkten die konjunkturellen Arbeitszeitkomponenten Überstunden und Kurzarbeit leicht arbeitszeitverlängernd.

Die *witterungsbedingten Ausfallstunden* wurden 1997 – wie schon im Vorjahr – v.a. durch den strengen Winter am Jahresanfang geprägt. Nach wie vor spielen aber konjunkturelle und strukturelle Probleme in der Bauwirtschaft sowie mehrfache Änderungen der Schlechtwettergeldnachfolgeregelungen herein. Auch im Winter 1996/97 war eine höhere Beschäftigungselastizität als in vorangegangenen Krisenphasen zu beobachten. (Im Abschnitt 5 wird dies näher erläutert.)

Wir schätzen das schlechtwetterbedingte Ausfallvolumen 1997 auf rd. 53 Mio Stunden. Je Bauarbeiter sind dies 4,6 Stunden.

Die *Teilzeitarbeit* hat 1997 weiter zugenommen. Wir unterscheiden im folgenden *freiwillige* Teilzeitarbeit aus eigenem Entschluß und *akzeptierte* Teilzeitarbeit, die zur Sicherung von Beschäftigungsverhältnissen tarifvertraglich oder auf betrieblicher Ebene vereinbart wird.

Die verfügbaren Daten aus verschiedenen Quellen zeigen, daß sich der Trend zu mehr freiwilliger Teilzeitarbeit fortgesetzt hat. Die Zahl der Teilzeitbeschäftigten ist 1997 um rd. 75.000, ihr Anteil an allen Arbeitnehmern – wie im Vorjahr – um 0,5 Prozentpunkte auf 19,3 % angestiegen. Dies gilt auch für den Kernbereich der Teilzeitarbeit: Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Teilzeitbeschäftigten hat im Durchschnitt des ersten Halbjahres 1997 um 60.000, die Quote um knapp 0,5 Prozentpunkte auf 13,8 % im Vergleich zum Vorjahr zugenommen. Eine beschleunigte Zunahme, die zur stärkeren Entlastung des Arbeitsmarktes erwünscht ist, hat sich damit aber nicht eingestellt.

Die *akzeptierte Teilzeitarbeit* spielte auch 1997 eine Rolle. Vorliegenden Meldungen zufolge hat sie in Teilbereichen erheblich zur Sicherung von Beschäftigungsverhältnissen beigetragen. Die systematische Analyse fällt hier allerdings besonders schwer, weil eine sichere Informationsbasis fehlt. Wir gehen davon aus, daß sich in diesem Bereich gegenüber dem Vorjahr keine gewichtigen Änderungen ergeben haben. Diese grobe Einschätzung beruht allerdings auf der Sammlung von Einzelangaben, nicht auf einer repräsentativen Erhebung oder gar totalen Erfassung der praktizierten Regelungen.

Durch *Tarifauseinandersetzungen* sind 1997 keine Arbeitstage in nennenswertem Umfang verloren worden.

Alles in allem ergibt sich aus der Summe der einzelnen Komponenten eine unveränderte *durchschnittliche Jahresarbeitszeit* der Arbeitnehmer im Jahr 1997 gegenüber dem Vorjahr.

Da auch die Arbeitszeit der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen nahezu gleich geblieben ist, ergibt sich für die Erwerbstätigen insgesamt ebenfalls keine Änderung der durchschnittlichen Arbeitszeit gegenüber dem Vorjahr. Zusätzliche beschäftigungsstabilisierende Wirkungen sind demnach, anders als in den letzten Jahren, im Ganzen von der Arbeitszeitentwicklung nicht ausgegangen.

Rückläufige Arbeitsnachfrage – kräftiger Produktivitätsanstieg

Die Arbeitsnachfrage, gemessen am effektiven gesamtwirtschaftlichen Arbeitsvolumen, ist 1997 um gut 0,4 Mrd Stunden (-1 %) geschrumpft, etwa so stark wie im Vorjahr (vgl. Tabelle 1). Dies ergab sich in vollem Umfang aus der rückläufigen *Arbeitskräftenachfrage*: Die Zahl der Erwerbstätigen sank ebenfalls um 1 %. Die Jahresarbeitszeit hat sich wenig verändert. Die Arbeitsproduktivität (je geleisteter Stunde) ist erneut kräftig angestiegen (+3,3 %).

Geringe Zunahme des Arbeitsangebots

Der Angebotsdruck auf den Arbeitsmarkt hat in den letzten Jahren allmählich nachgelassen. 1997 ist das Erwerbspersonenpotential kaum mehr gewachsen (um gut 10.000 Personen im Jahresdurchschnitt). Dieser geringe Anstieg ergibt sich aus z.T. gegenläufigen Entwicklungen seiner Komponenten (vgl. Tabellen 1 und 2a):

- Bevölkerungsentwicklung (ohne Wanderung): -140.000 Personen,
- Erwerbsbeteiligung: +60.000 Personen,
- Wanderung: +80.000 Personen,
- Pendler: +10.000 Personen.

Wenig Änderung der Entwicklung von Demographie und Erwerbsneigung

Die demographischen Einflüsse, die das Erwerbspersonenpotential verminderten, waren etwas schwächer als im Vor-

jahr. Sie ergeben sich aus dem säkularen Alterungsprozeß der einheimischen deutschen Bevölkerung, in der das Gewicht der älteren Altersgruppen mit niedrigeren Erwerbsquoten tendenziell zunimmt.³ Die vergleichsweise jüngere ausländische Binnenbevölkerung dämpft diesen Einfluß nur wenig.

Der positive Potentialeffekt aus der *Erwerbsbeteiligung* resultiert aus dem langfristig tendenziell zunehmenden Wunsch der Frauen nach Erwerbsarbeit. Eine IAB-Untersuchung zur Erwerbsorientierung der Frauen kommt zu dem Schluß, daß unabhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung die Erwerbsneigung der westdeutschen Frauen seit Mitte der 60er Jahre kontinuierlich zunimmt.⁴

Nachlassender Wanderungsdruck

Erfahrungsgemäß sind die *Wanderungsbewegungen* und deren Potentialwirkungen aufgrund ihrer vor allem exogenen Bestimmungsfaktoren schwieriger einzuschätzen. Gegenwärtig liegen die Ergebnisse der Gesamtwanderungsstatistik erst bis Mitte 1997 vor. Diese Daten haben wir auf das gesamte Jahr 1997 hochgerechnet. Demnach hat sich die schon seit einigen Jahren zu beobachtende Beruhigung im Wanderungsgeschehen auch im abgelaufenen Jahr fortgesetzt. Die 1997 allmählich in Gang gekommene Rückwanderung der Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien erhöhte die Abwanderungsströme etwas, so daß der Überschuß in der Außenwanderungsbilanz im Ganzen kleiner ausfiel als in den Vorjahren. Der negative Saldo der natürlichen Bevölkerungsbilanz dürfte damit in einem geringeren Maße kompensiert worden sein. Die Bevölkerungszahl in Gesamtdeutschland hat demnach 1997 schwächer als in den Vorjahren zugenommen.

Aktuelle monatliche Daten für einzelne Zuwanderungsgruppen gibt es lediglich für die Spätaussiedler und Asylbewerber. Sie werden von den zuständigen Bundesbehörden erhoben. Beide Gruppen machen demnach ein gutes Viertel aller Zuzüge aus dem Ausland nach Deutschland aus.

Die Zahl der *Spätaussiedler* war 1997 mit 134.000 Personen wiederum beträchtlich geringer als im Vorjahr, in dem noch 178.000 nach Deutschland gekommen waren. Ca. 80 % der Spätaussiedler werden den westlichen Bundesländern zugewiesen, um entsprechend dem seit 1996 geltenden Wohnortzuweisungsgesetz eine ausgewogene regionale Ansiedlung zu erreichen. Die damit verbundene zweijährige Wohnortbindung der zugewiesenen Aussiedler verhindert weitgehend kurzfristige Binnenwanderungen.⁵ Der Anstieg des Erwerbspersonenpotentials aus der Zuwanderung der Spätaussiedler betrug im Jahresdurchschnitt 1997 für das Bundesgebiet West 67.000 Personen.

Auch die Zuwanderungen von *Asylbewerbern* nahmen im Jahr 1997 weiter ab (um gut 10.000 auf 104.000 Personen). Die seit 1993 geltenden Asylregelungen machten sich – wie schon in den Vorjahren – deutlich dämpfend bemerkbar. Von den Bewerbern wurden ebenfalls 80 % den westlichen Bundesländern und 20 % den östlichen zugewiesen. Die Abnahme der Asylbewerberzahlen war auch eine Folge des in Gang gekommenen Friedensprozesses in den Bürgerkriegsgebieten im ehemaligen Jugoslawien, insbesondere im heutigen Bosnien-Herzegowina. Insgesamt bekehrten 1997 17.500 Personen aus dieser Region Asyl, ein Sechstel weniger als 1996, wobei der größte Teil aus der jetzigen Bundesrepublik Jugoslawien (Serbien und Montenegro) kam.

³ Vgl. Grünheid, E./Schulz, R.: Bericht 1996 über die demographische Lage in Deutschland, in Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, Jg. 21, Heft 4/1996, S. 400 ff.

⁴ Vgl. Engelbrech, G./Gruber, H./Jungkunst, M.: Erwerbsorientierung und Erwerbstätigkeit ost- und westdeutscher Frauen unter veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, in: MittAB 1/97, S. 150.

⁵ Der weit überwiegende Teil der Spätaussiedler kam auch 1997 aus den Nachfolgestaaten der früheren Sowjetunion, insbesondere aus Rußland und Kasachstan.

Mit den erneut niedrigeren Zuwanderungen setzte sich eine seit 1995 begonnene Tendenz fort. Die Aussiedlerzahlen liegen damit auch weit unterhalb des 1993 gesetzten jährlichen Rahmens von rd. 220.000 Personen. Als wesentliche Ursachen für die abnehmenden Aussiedlerzahlen werden genannt: Hoffnung auf eine allmähliche Besserung der wirtschaftlichen und politischen Lage in den Herkunftsgebieten, die auch mit gezielten Hilfen aus Deutschland unterstützt werden, sowie Eingliederungsprobleme in Deutschland, insbesondere auch beim Finden adäquater Beschäftigungsmöglichkeiten. Als die Zuwanderung unmittelbar bremsender Faktor ist auch der obligatorische Test auf deutsche Sprachkenntnisse zu nennen, dem sich die Aussiedlungsbewerber unterziehen müssen und den etwa ein Drittel von ihnen nicht besteht.

Dennoch ist das Bestreben vieler Deutschstämmiger in den GUS-Staaten groß, nach Deutschland auszuwandern, wenn sich ihre Lebensbedingungen in ihren jetzigen Siedlungsgebieten nicht verbessern. Das noch vorhandene Potential zeigt sich sowohl in den hohen Teilnehmerzahlen an den Deutschkursen als auch darin, daß etwa 100.000 Personen bereits einen Aufnahmebescheid haben, ohne ihn bisher zur Aussiedlung benutzt zu haben. Die Spätaussiedler im erwerbsfähigen Alter haben grundsätzlich nach ihrer Einreise auch Zutritt zum deutschen Arbeitsmarkt. Oft muß jedoch der sechsmonatige Deutschkurs und eine berufliche Anpassungsmaßnahme durchlaufen werden, bevor eine Beschäftigung aufgenommen werden kann. Damit werden sie zunächst Bestandteil der Stillen Reserve des Erwerbspersonenpotentials.

Auf das Arbeitsangebot haben sowohl die abnehmenden Asylzuwanderungen als auch vor allem die ab Mai 1997 verfügte Änderung im Arbeitserlaubnisrecht Einfluß, nach der neueingereiste Asylsuchende keine Arbeitserlaubnis mehr erhalten. Diesen Regelungen entsprechend steht diese Zuwanderungsgruppe dem Arbeitsmarkt erst nach einer Wartezeit zur Verfügung.⁶

Alle Einflüsse zusammengenommen ergibt sich aus der Asylzuwanderung im Jahresdurchschnitt 1997 eine Zunahme des Erwerbspersonenpotentials im Bundesgebiet West von gut 30.000 Personen.

Bei der übrigen grenzüberschreitenden Ausländerwanderung sind 1997 erstmals nach einer langen Reihe von Jahren mehr Personen weg- als zugezogen, so daß das Arbeitsangebot hierdurch etwas entlastet wurde.

Pendlerbeziehungen stabil

Außerdem wird das inländische Erwerbspersonenpotential auch durch Ein- und Auspendler beeinflußt.

In den *Pendlerbeziehungen* zu den neuen Bundesländern bzw. dem Ausland haben sich keine ins Gewicht fallenden Veränderungen ergeben. Ein positiver Pendlersaldo von rd. 400.000 Erwerbstätigen (+350.000 aus den Beziehungen mit den neuen Bundesländern und +50.000 mit dem Ausland) hält sich schon seit einigen Jahren auf ziemlich stabilem Niveau. Der Pendlersaldo zu den neuen Bundesländern (einschl. Berlin-Ost) kommt sowohl durch leicht steigende Einpendler- als auch Auspendlerzahlen zustande; etwa die Hälfte davon entfällt auf West-Berlin. Diese Pendelbewegungen sind mittlerweile weitgehend als Teil normaler Arbeitsmarktbeziehungen innerhalb eines Wirtschaftsraums bzw. zwischen einer Metropole und ihrem Umland zu betrachten.

Die Einpendlerzahlen umfassen auch *Saisonarbeitskräfte* aus dem Ausland, die hauptsächlich im Obst-, Gemüse- und Weinbau, im Schaustellergewerbe sowie in der Gastronomie eine Beschäftigung finden. Soweit es sich dabei um Staatsbürger aus Nicht-EU-Ländern handelt, bedürfen sie einer Arbeitserlaubnis. Dabei wird die Erteilung von Arbeitserlaub-

nissen auf Arbeitnehmer beschränkt, die von der BA aufgrund einer Absprache mit der Arbeitsverwaltung des Herkunftslandes vermittelt werden. Damit soll sowohl die unkontrollierte Einreise ausländischer Arbeitskräfte verhindert als auch die Beschäftigung zu vergleichbaren Arbeits- und Lohnbedingungen von deutschen Arbeitnehmern gesichert werden.

Vermittlungsabsprachen bestehen z.Zt. mit den Arbeitsverwaltungen folgender Länder: Kroatien, Polen, Rumänien, Tschechien, Slowakei, Slowenien und Ungarn.

Von deutschen Arbeitgebern wurden im Zeitraum von Januar bis November 1997 rd. 200.000 ausländische Saisonarbeiter angefordert. Knapp 90 % davon kamen aus Polen. Neun von zehn Arbeitnehmern wurden namentlich angefordert, haben also in der Regel schon wenigstens einmal beim gleichen Arbeitgeber gearbeitet.

Bei einer geschätzten durchschnittlichen Beschäftigungsdauer von zwei Monaten⁷ entspricht diese Personenzahl wie 1996 einem Jahresvolumen von rd. 33.000 Arbeitskräften. Administrative Regulierungsversuche in der Vergangenheit (strengere Arbeitsmarktprüfungen vor Erlaubniserteilung in den Regionen, Einführung von Vermittlungsgebühren, Einführung einer sog. Arbeitnehmerhilfe nach § 421b AFG für Arbeitslosenhilfebezieher, wenn sie sich für derartige Saisontätigkeiten vermitteln lassen), haben die Anforderung von ausländischen Saisonkräften nicht spürbar verringert.

Indirekt wird das inländische Arbeitsangebot auch durch ausländische *Werkvertragsarbeitnehmer* beeinflußt; indirekt deshalb, weil diese Arbeitnehmer in unserer Arbeitsmarktbilanz zunächst nicht berücksichtigt werden, ihre Produktionsleistung in die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung aber als Dienstleistungsimport eingeht und dadurch in die Bilanz einfließt.

Aufgrund der allgemeinen Auftragsflaute in der inländischen Bauwirtschaft dürfte die Werkvertragsarbeit 1997 in vielen Fällen Inlandsproduktion und -beschäftigung substituiert haben. Um das Volumen der Bauleistungen ausländischer Anbieter zu steuern, wurden schon seit Beginn der 90er Jahre die Werkverträge von Firmen aus mittel-osteuropäischen Ländern kontingentiert und jährlich angepaßt. Ab Mitte 1997 kam es nach Einsprüchen der EU-Kommission zur Stornierung der Regierungsverträge mit diesen Ländern. Ab Herbst 1997 wurden 50 % der vereinbarten Kontingente freigegeben. Insgesamt waren im Jahresdurchschnitt 1997 rd. 38.500 Werkvertragsarbeitnehmer auf der Grundlage von Regierungsvereinbarungen mit mittelosteuropäischen Staaten in Deutschland beschäftigt, darunter knapp 16.000 im Baugewerbe (vgl. Tabelle 9).

Im Unterschied zu diesen kontingentierten Werkverträgen unterliegt die Werkvertragsarbeit von Unternehmen aus EU-Ländern aufgrund der Freizügigkeit für Personen und Leistungen keiner zahlenmäßigen Begrenzung. Das seit März 1996 geltende Arbeitnehmer-Entsendegesetz und die von ihm vorgeschriebenen Mindestlöhne im Baugewerbe, eingeordnet in die allgemeinen Umfeldbedingungen der Bauwirtschaft, dürften die Zahl der vom westlichen Ausland aus eingesetzten Arbeitskräfte begrenzt haben.⁸ Nach der Zahlungsbilanzstatistik ist der entsprechende Dienstleistungsimport 1996 um 18 % gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen und könnte 1997 auf dem erreichten Niveau verblieben sein.

⁶ Die Dauer der Wartezeit steht noch nicht fest. Sie wird voraussichtlich im Zusammenhang mit dem SGB III in einer Änderung der AEOV festgelegt. In der Vergangenheit waren die Zugangsregelungen für die Asylbewerber zum Arbeitsmarkt mehrfachen Veränderungen unterworfen. So konnten Asylbewerber, die bis zum 15.01.1987 einen Antrag auf Anerkennung als Asylberechtigter gestellt hatten, nach Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes eine Arbeitserlaubnis erhalten (sog. allgemeine Arbeitserlaubnis), wenn sie sich zwei Jahre in der Bundesrepublik Deutschland aufhielten. Ab diesem Zeitpunkt wurde die Wartezeit auf grundsätzlich fünf Jahre verlängert, wobei für einige Personengruppen auch kürzere Fristen galten. Wurde die Asylberechtigung bereits vor Ablauf der Wartefrist festgestellt, so endete diese, und es entstand ein Anspruch auf eine besondere Arbeitserlaubnis. Ab 01.01.1991 wurde die Wartezeit für den Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt für Asylsuchende auf ein Jahr verkürzt. Seit 01.07.1991 ist die Wartezeit für Asylbewerber ganz entfallen. Das bedeutet, daß sie nach Verlassen der Erstaufnahmeeinrichtung (spätestens drei Monate nach ihrer Einreise) beim zuständigen Arbeitsamt einen Antrag auf Arbeitserlaubnis stellen konnten. Diesen Regelungen entsprechend werden sie vom IAB als Bestandteile des Erwerbspersonenpotentials betrachtet.

⁷ Wenn die Beschäftigung im Laufe eines Jahres auf höchstens zwei Monate oder 50 Arbeitstage begrenzt ist, besteht für die Saisonarbeitskräfte Versicherungsfreiheit bei den deutschen Sozialversicherungen (Kranken-, Renten-, Arbeitslosenversicherung).

⁸ Für 1996 ging der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie von 210.000 Bauarbeitern aus EU-Ländern in Deutschland aus, für 1997 nimmt er etwa 165.000 an. Vgl. Knipper, M.; Die Lage der Deutschen Bauwirtschaft zum Jahreswechsel 1996/1997, in: Wirtschaftsdienst 1996/12, S. 615; ders. in Frankfurter Rundschau Nr. 303 vom 31.12.1997.

Arbeitsmarktbilanz zunehmend im Ungleichgewicht

Bei nahezu unverändertem Arbeitsangebot (32,8 Mio Personen)⁹ ging die Arbeitskräftenachfrage (Zahl der Erwerbstätigen) um 280.000 auf 27,9 Mio zurück. Die Zahl der nichtbeschäftigten Personen nahm von 4,6 Mio im Vorjahr auf rd. 4,9 Mio im Jahr 1997 zu (vgl. Tabelle 1). Das Ungleichgewicht der Arbeitsmarktbilanz wurde also noch größer. Zu seinen einzelnen Komponenten:

Die *registrierte Arbeitslosigkeit* stieg jahresdurchschnittlich etwa so stark wie im Vorjahr (um 225.000 auf 3,02 Mio Personen). Im Jahresverlauf stabilisierte sich die saisonbereinigte Entwicklung allmählich (vgl. Schaubild 2).

Schaubild 2: Registrierte Arbeitslose in West- und Ostdeutschland



Quelle: Bundesanstalt für Arbeit

Die *Stille Reserve* hat ebenfalls kräftig zugenommen (um 70.000 auf 1,90 Mio Personen).

Zur besseren Darstellung der Problemlage unterscheiden wir hier¹⁰

- die *Stille Reserve* im engeren Sinne; das sind Personen, die nicht arbeitslos gemeldet sind, aber unter den gegebenen oder günstigeren Bedingungen arbeiten möchten und
- die *Stille Reserve* in Maßnahmen; das sind Personen, die weder arbeitslos gemeldet, noch erwerbstätig, aber in arbeits- oder sozialpolitischen Aktivitäten bzw. Regelungen verschiedener Art aufgefangen sind (Bildungsmaßnahmen, Vorruhestandsregelungen u.a.).

Die *Stille Reserve im engeren Sinne* spiegelt Entmutigungs- und Verdrängungseffekte infolge der insgesamt verschlechterten Arbeitsmarktsituation wider. Sie hat 1997 um rd. 140.000 auf gut 1,4 Mio Personen zugenommen.

⁹ Nach Vorliegen von Mikrozensusreihen bis 1995 wurde eine Neuschätzung der Stillen Reserve für die vergangenen Jahre vorgenommen. Erstmals konnte auch die ausländische Bevölkerung in die Rechnung einbezogen werden. Die Ergebnisse der Neuberechnung weichen von den früher veröffentlichten Angaben zur Stillen Reserve, die auf einer Projektion der bis 1990 vorliegenden effektiven Daten beruhten, deutlich ab. Zur Neuberechnung der Stillen Reserve und damit auch des Erwerbspersonenpotentials vgl. Thon, M., IAB-Werkstattbericht, erscheint demnächst.

¹⁰ Zu weitergehenden Ausführungen vgl. Autorengemeinschaft: Der Arbeitsmarkt 1995 und 1996 in der Bundesrepublik Deutschland, in: MittAB 1/1996, S. 11 - 12.

Die *Stille Reserve in Maßnahmen* ist um 70.000 auf 0,5 Mio Personen gesunken. Diese Entwicklung ergab sich v.a. aus dem Rückgang der Teilnehmerzahlen bei den Maßnahmen zur beruflichen Weiterbildung. 1997 wurden gut 50.000 Personen weniger gefördert als im Vorjahr.

Verschlechterung kam nicht unerwartet

Rückblickend auf die Ergebnisse der an dieser Stelle vor Jahresfrist vorgelegten Vorausschau ist festzustellen, daß die damalige mittlere Variante die eingetretene Entwicklung im wesentlichen zutreffend angegeben hat: Wirtschaftswachstum, Produktivität, Arbeitszeit, Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit haben sich entsprechend den damaligen Erwartungen entwickelt. Die leichte Unterschätzung des Rückgangs der Arbeitskräftenachfrage wurde durch die leichte Überschätzung des Angebotsdrucks ausgeglichen.

1.2 Neue Bundesländer

Wirtschaftlicher Aufholprozeß unterbrochen

Die wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Bundesländern hat sich 1997 weiter abgeschwächt. Die gesamtwirtschaftliche Produktion von Waren und Dienstleistungen ist nur mehr um 1,6 % gewachsen (nach 1,9 % 1996 und 5,2 % 1995). Erstmals seit 1992 blieb das wirtschaftliche Wachstum hinter der Westrate zurück (vgl. Tabelle 1).

Das heißt allerdings nicht, daß der Anpassungsprozeß der Wirtschaft in den neuen Ländern gänzlich ins Stocken geraten wäre, denn die gesamtwirtschaftliche Betrachtung läßt den tiefgreifenden strukturellen Wandel der Auftriebskräfte nicht erkennen: War es in den Jahren 1992-1995 das *Baugewerbe*, das dem Wachstum kräftige Impulse gegeben hat, so gewinnt seit Mitte des Jahres 1996 zunehmend das *Verarbeitende Gewerbe* an Boden. Bei steigender Kapazitätsauslastung ist hier die reale Produktion im zweiten Halbjahr 1997 mit zweistelligen Raten gewachsen. Immer mehr Industriebetriebe haben offenbar ihre Wettbewerbsposition gestärkt und nehmen teil an der lebhaften Außennachfrage. Hohe Zuwächse verzeichnen denn auch traditionell exportorientierte Branchen (z.B. Elektrotechnik, Straßenfahrzeugbau, Maschinenbau). Schwächer entwickeln sich dagegen v.a. Branchen, die vom privaten Verbrauch und von den Bauinvestitionen abhängen (z.B. Bekleidungsindustrie, Steine und Erden). Die Entwicklung insgesamt ist das Ergebnis der fortschreitenden Erneuerung der industriellen Basis. Sie geht einher mit kräftig steigender Produktivität und sinkenden Lohnstückkosten.

Beschäftigungsrückgang beschleunigt

Die Arbeitskräftenachfrage hat 1997 weiter stark abgenommen. Im Jahresdurchschnitt gab es rd. 200.000 Erwerbstätige weniger als im Vorjahr. Besonders kräftig war der Rückgang im Verlauf der letzten zwei Quartale des Jahres. Im Westen begann sich die Entwicklung schon zu stabilisieren (vgl. Schaubild 1a und 1b).

Die Entwicklung verlief allerdings in den einzelnen Wirtschaftszweigen sehr unterschiedlich (vgl. Tabelle 6).

Trotz kräftig steigender Produktion sank im *Verarbeitenden Gewerbe* die Beschäftigtenzahl um rd. 4 %.

Die anhaltende Baurezession hat tiefe Spuren am ostdeutschen Arbeitsmarkt hinterlassen. Die bisher wichtigste Säule der ostdeutschen Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung

ist brüchig geworden. Bei weiterem Rückgang von Nachfrage und Produktion ist die Beschäftigtenzahl im *Baugewerbe* 1997 um 60.000 (gut 5 %) gesunken.

Handel und Verkehr konnten die gesamtwirtschaftliche Entwicklung, großenteils infolge der schwachen Binnenkonjunktur, nicht stützen. Der Beschäftigungsrückgang (-3 %) war zwar geringer als im Verarbeitenden Gewerbe, hat sich aber gegenüber dem Vorjahr (-2 %) beschleunigt.

Die Entwicklung der *Dienstleistungsunternehmen* – neben dem Baugewerbe bisher eine wichtige Triebkraft des Wachstums – hat im ganzen deutlich an Schwung verloren. Weder Banken und Versicherungen noch die sonstigen Dienstleistungsunternehmen haben ihre Beschäftigung ausgeweitet (- 0,0 %). Infolge des nahezu stagnierenden privaten Verbrauchs und des Einbruchs der Bauinvestitionen haben Konsum- und baunahe Dienstleistungen an Boden verloren. Im Jahr 1997 hat die Beschäftigtenzahl in den Dienstleistungsunternehmen nur mehr um knapp 2 % zugenommen (Vorjahr: 2,7 %). Diese Entwicklung dürfte allerdings nicht allein konjunkturellen Faktoren zuzuschreiben sein.¹¹

Im Sektor *Staat/private Haushalte* hat sich der Beschäftigungsrückgang wieder etwas beschleunigt (-4 % gegenüber -3,6 % im Jahr 1996). Neben dem weiteren Abbau von partiellen Überkapazitäten dürfte auch die Einschränkung der Förderung von Beschäftigungsschaffenden Maßnahmen (ABM und § 249h AFG) eine Rolle gespielt haben, die großenteils in öffentlicher Trägerschaft durchgeführt werden.

In der *Land- und Forstwirtschaft* zeichnet sich das Ende des Schrumpfungsprozesses ab. Der Beschäftigungsrückgang dürfte 1997 zum Stehen gekommen sein (1996 noch -4,4 %).

Kürzere Jahresarbeitszeit

Die durchschnittliche Jahresarbeitszeit je *Arbeitnehmer* hat – wie schon in den Vorjahren – 1997 weiter kräftig abgenommen (-1,1 %). Zu dieser Veränderung haben die einzelnen Arbeitszeitkomponenten in unterschiedlichem Maße beigetragen (vgl. Tabellen 3b und 4b):

Kalenderbedingt gab es durchschnittlich rd. einen Arbeitstag weniger als im Vorjahr. Dies entspricht - 0,5 Prozentpunkten.

Tarifliche Verkürzungen durch geringere Wochenarbeitszeit und mehr Urlaubstage haben knapp -1,4 Prozentpunkte beigetragen. Für 0,2 Mio Arbeitnehmer verringerte sich die Wochenarbeitszeit um durchschnittlich 0,9 Stunden (Energie- und Versorgungswirtschaft, Braunkohlenbergbau und Gasindustrie, Kalksandsteinindustrie, Kfz-Gewerbe, Deutsche Telekom AG-Ost, privates Banken- und Versicherungsgewerbe, Schornsteinfegerhandwerk, Redakteure bei Zeitungs- und Zeitschriftenverlagen). Der Abstand zum Westen beträgt bei der tariflichen Wochenarbeitszeit durchschnittlich knapp 2 Stunden, beim tariflichen Jahresurlaub knapp 1 Tag.

Der *Krankenstand* war rückläufig. Im Jahresdurchschnitt waren 4,4 % der Arbeitnehmer krank (1996: 4,9 %).

V.a. aufgrund der schwachen Wirtschaftsentwicklung haben die Arbeitnehmer im Jahr 1997 im Durchschnitt etwas weni-

ger *Überstunden* geleistet als im Vorjahr (41,6 nach 42,9 Stunden).

Kurzarbeit wurde in geringerem Maße praktiziert als in 1996. Die Zahl der Kurzarbeiter sank von 71.000 auf 50.000 im Jahresdurchschnitt. Angesichts der schwachen Konjunkturlage spricht einiges dafür, daß unter den gegebenen Bedingungen aus betrieblicher Sicht Entlassungen vielfach als die kostengünstigere Alternative eingestuft wurden.

Die Zahl der *Teilzeitbeschäftigten* ist weiter angestiegen. Mit rd. 12 % liegt die Teilzeitquote allerdings noch weit unter dem Stand in Westdeutschland.

Die Zahl der *witterungsbedingten Ausfallstunden* hat abgenommen.

Die stärkere Inanspruchnahme von *Erziehungsurlaub* im Jahr 1997 erhöht den Abzugsposten bei der Jahresarbeitszeit um rd. 3 Stunden.

Im Ganzen haben Kalendereinflüsse, tarifliche Arbeitszeitverkürzungen, höhere Inanspruchnahme des Erziehungsurlaubs, weniger Überstunden und zunehmende Teilzeitarbeit die Jahresarbeitszeit der Arbeitnehmer kräftig verringert. Niedrigerer Krankenstand und weniger Kurzarbeit haben diese Einflüsse etwas abgeschwächt.

Die Arbeitszeit der *Selbständigen und Mithelfenden* hat 1997 erneut zugenommen (+0,6 %).

Für die *Erwerbstätigen* insgesamt ergibt sich eine Abnahme der durchschnittlichen Jahresarbeitszeit um 0,9 %.

Arbeitsnachfrage weiter stark rückläufig, Produktivitätsentwicklung beschleunigt

Obwohl die Arbeitszeitentwicklung den Beschäftigungsabbau 1997 etwas gedämpft hat, ist die Entwicklung schlechter ausgefallen als schon im Vorjahr. Die Erwerbstätigkeit nahm um 0,20 Mio auf 6,05 Mio Personen ab (1996: -0,14 Mio). Die Zahl der Selbständigen und Mithelfenden ist gleichgeblieben, die der abhängig Beschäftigten um 0,2 Mio gesunken. Etwa ein Viertel davon entfällt auf die Einschränkung der Förderung von Allgemeinen Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung (ABM), die erheblich an Stützkraft verloren haben. Im Abschnitt 4 ist dies im einzelnen erläutert.

Die drastische Verschlechterung kommt in einer Verlaufsbeurteilung noch stärker zum Ausdruck: Bis ins dritte Quartal hinein ist der Einbruch immer tiefer geworden (vgl. Schaubild 1): Wurde der Vorjahresstand im ersten Quartal erst um gut 200.000 unterschritten, so waren es im dritten schon gut 240.000.

Da außerdem die Arbeitszeit rückläufig war, ist das *gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen* drastisch geschrumpft (-4,2 %). Die *Arbeitsproduktivität* je Stunde ist stark angestiegen (+6 %) (vgl. Tabelle 1).

Arbeitsangebot erneut abnehmend

Die seit Jahren zu beobachtende Tendenz zur Abnahme des Arbeitsangebots setzte sich auch 1997 fort.¹² Im Jahresdurchschnitt verringerte sich das Erwerbspersonenpotential um 0,1 Mio Personen.

Zu dieser Gesamtveränderung trugen die folgenden Komponenten bei (vgl. Tabellen 1 und 2b):

¹¹ Vgl. DIW/IfW/IWH: Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsfortschritte in Ostdeutschland, DIW-Wochenbericht Nr. 3, 1998, S. 46ff.

¹² Zu weiteren Ausführungen vgl. Fuchs, J.: Umfang und Struktur der Stillen Reserve in den neuen Bundesländern, in diesem Heft.

- Bevölkerungsentwicklung (ohne Wanderungen): -30.000 Personen,
- Erwerbsbeteiligung: -65.000 Personen,
- Wanderungen: +10.000 Personen,
- Pendlersaldo: -10.000 Personen.

Demographie und Erwerbsneigung entlasten

Die entlastenden Wirkungen der Entwicklung von Zahl und Altersstruktur der *Bevölkerung* ergeben sich grundsätzlich aus den gleichen Ursachen wie in den alten Bundesländern. Allerdings wird ihr Einfluß infolge des kräftigen Bevölkerungsrückgangs durch die Abwanderung vorwiegend jüngerer Personen in die westlichen Bundesländer ab 1989 verstärkt. Bei einer Bevölkerungszahl von 16,6 Mio in 1989 sind bis 1996 1,9 Mio Personen von Ost nach West verzogen. Der Rückgang des Arbeitsangebots allein durch den negativen Wanderungssaldo betrug in diesem Zeitraum insgesamt 1,1 Mio Personen.

Die durch Vorruhestandsregelungen verminderte Zahl von älteren Erwerbstätigen und Arbeitslosen bedeutet keine Minderung des Erwerbspersonenpotentials, da die Vorruheständler Bestandteil der Stillen Reserve in Maßnahmen sind.

Die Abnahme des Erwerbspersonenpotentials ergibt sich 1997 überwiegend aus einer weiter sinkenden *Erwerbsbeteiligung*. Diese kommt vornehmlich aus der Annäherung der Bildungsbeteiligung im Osten an die Verhältnisse in den alten Bundesländern zustande, was sinkende Potentialerwerbsquoten in den Altersgruppen bis zum 25. Lebensjahr zur Folge hat. Für die entsprechenden Quoten ab dem 25. Altersjahr wurde die Fortsetzung der seit 1991 zu beobachtenden leichten Abnahmetendenzen unterstellt. Diese geringen Quotenveränderungen stehen in Übereinstimmung mit der in verschiedenen Untersuchungen mehrfach konstatierten hohen Erwerbsneigung der Frauen in den neuen Bundesländern, die trotz reduzierter Beschäftigungsmöglichkeiten auf relativ hohem Niveau verharren.¹³

In der Bildungsbeteiligung der jugendlichen Bevölkerung setzte sich der Prozeß der Annäherung an die Verhältnisse im Bundesgebiet West fort. Sowohl bei den Schulbesuchsquoten an Gymnasien sowie den Anteilen der Schulabgänger mit Hochschulreife als auch den Anteilen der Studienanfänger an

¹³ Vgl. Engelbrech, G. u.a., a.a.O. S. 150-159.

Eine 1997 vom Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrum Berlin-Brandenburg vorgenommene Untersuchung zur sozialen Situation in den neuen Bundesländern ergab z.B. zum Arbeitswunsch der 18- bis 59jährigen Frauen, daß 60 % von ihnen in Vollzeit und 33 % in Teilzeit arbeiten möchten, zusammen also über 90 %, in: Sozialreport 1997, IV. Quartal 1997/Sonderheft 2/1997, S. 13.

¹⁴ In den Jahren seit der Wiedervereinigung ist das Bildungssystem in den neuen Ländern nach dem Vorbild der alten Bundesländer umgebaut worden und funktioniert mittlerweile in vergleichbarer Weise. Die früheren Restriktionen zum Besuch höherer allgemeinbildender Schulen und zum Studium sind weggefallen. Als Folge dessen nahm die Schülerzahl in den Gymnasien bis 1992/1993 stark zu, ist seitdem aber nurmehr schwach gestiegen. Der Anteil der Gymnasiasten der Jahrgangsstufen 11-13 an der Durchschnittsjahrgang der 17- bis unter 20jährigen Bevölkerung betrug 1995 in den neuen Bundesländern 56,5 %, in den alten 75,8 %. Der Abstand beträgt mithin 19 Prozentpunkte gegenüber noch 29 Prozentpunkten im Jahre 1991.

Die Zahl der Studienanfänger nahm ebenfalls leicht zu (Sie wird vom Umfang der Studienberechtigten begrenzt, der naturgemäß erst mit einem entsprechenden Zeitverzug nach dem Durchlauf der höheren Schülerzahlen durch die Gymnasien auch stärker zunehmen wird).

Der Anteil der Studienanfänger (Sommer- und Wintersemester) an dem Durchschnittsjahrgang der 19- bis unter 21jährigen Bevölkerung betrug 1996 in den neuen Bundesländern knapp 22 %, im Altbundesgebiet gut 33 %. Beide Quoten sind seit einigen Jahren nahezu unverändert geblieben, d.h. die Abstände zwischen Ost und West haben sich hierbei nicht abgebaut.

Universitäten und Hochschulen ist der Abstand zwischen Ost und West geringer geworden. Er ist aber noch immer beträchtlich, so daß bei Fortsetzung des bisherigen Annäherungstempos erst in weiterer Zukunft eine etwa übereinstimmende Bildungsbeteiligung zu erwarten ist.¹⁴

Aus der steigenden Bildungsbeteiligung ergab sich eine tendenzielle Abnahme der potentiellen Erwerbsbeteiligung, deren zeitliche Dimension allerdings noch nicht abzusehen ist. Betrachtet man den zeitlichen Verlauf der Erwerbsquoten aus dem Mikrozensus (Erwerbspersonen je 100 der Bevölkerung nach Altersgruppen) näher, so ist die Tendenz zur Abnahme in den beiden jüngeren Altersgruppen (15- bis 19jährige und 20- bis 24jährige) von April 1991 bis zuletzt April 1996 nicht zu übersehen: von 41 % auf 31 % bzw. 78 % auf 74 %. Die Abnahme trifft für beide Geschlechter gleichermaßen zu. Dennoch liegen die beiden altersspezifischen Erwerbsquoten gegenüber dem Bundesgebiet West noch um 6 % bzw. 11 Prozentpunkte höher, woraus sich für die Zukunft durchaus noch Annäherungspotentiale ergeben.

Einfluß der Wanderungen und Pendlerbeziehungen gering

Aus den *Wanderungsbewegungen* ergaben sich 1997 leicht positive Effekte für das Arbeitsangebot. Während in den ersten Jahren nach der „Wende“ die Abwanderungen in das westliche Bundesgebiet die Zuwanderungen von dort weit überstiegen, sind die innerdeutschen Wanderungsbeziehungen inzwischen nahezu ausgeglichen. Aus den Migrationsbeziehungen mit dem Ausland resultierten deutlich positive Salden, so daß sich in der Summe die genannte leichte Zunahme des Angebots ergibt.

Wie schon weiter oben gesagt, sind die *Pendlerbeziehungen* zwischen neuen und alten Bundesländern (einschl. West-Berlin) nach wie vor beachtlich, haben aber aufgrund ihrer geringen Veränderung zum Vorjahr auf die Entwicklung des Arbeitsangebots so gut wie keinen Einfluß gehabt.

Arbeitsmarkt看anz: Ungleichgewicht erneut größer

Die rückläufige Arbeitskräftenachfrage (-205.000 Erwerbstätige) wurde 1997 durch ein abnehmendes Arbeitsangebot (-95.000 Personen) abgedeckt. Der nichtbeschäftigte Teil des Erwerbspersonenpotentials hat deshalb in der Summe nur um 110.000 auf 2,20 Mio Personen zugenommen.

Zwischen einzelnen Komponenten der Arbeitsmarkt看anz vollzog sich allerdings eine Umschichtung: Die *registrierte Arbeitslosigkeit* stieg sprunghaft an (um 195.000 auf 1,36 Mio im Jahresdurchschnitt); die *Stille Reserve im engeren Sinne* legte ebenfalls zu (um schätzungsweise +40.000 auf 0,46 Mio Personen). Dagegen nahm die *Stille Reserve in Maßnahmen* kräftig ab (um -125.000 auf 370.000), weil die Förderung von beruflichen Bildungsmaßnahmen eingeschränkt wurde und weil Vorruhestandsregelungen ausliefen. In dem Maße, wie freigesetzte Personen nicht mehr in solchen Maßnahmen der Arbeitsförderung aufgefangen werden können, wird unter sonst gleichen Bedingungen die registrierte Arbeitslosigkeit oder die Stille Reserve im engeren Sinne belastet.

Stark zunehmend wurde im Jahr 1997 allerdings von der Regelung nach § 105c AFG Gebrauch gemacht, wonach Ältere nicht mehr uneingeschränkt der Arbeitsvermittlung zur Verfügung stehen müssen und dann nicht als arbeitslos geführt werden. Nachdem die o.g. Regelungen (Altersübergangsgeld, Vorruhestandsgeld) seit einigen Jahren verschlossen sind,

rücken zunehmend Arbeitslose in ein Alter, das sie zur Inanspruchnahme der Regelung nach § 105c AFG berechtigt. Hier ist von einer gewissen Instrumentensubstitution auszugehen.

Im Ganzen war der Arbeitsmarkt in den neuen Bundesländern im Verlauf des Jahres 1997 gekennzeichnet durch kräftig steigende offene Arbeitslosigkeit (vgl. Schaubild 2): Wurde der Vorjahresstand im ersten Quartal um rd. 120.000 überschritten, waren es im vierten Quartal schon rd. 270.000 mehr.

Arbeitsmarktbilanz schlechter als erwartet

Es ist nicht zu übersehen, daß sich die Entwicklung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt in Ostdeutschland weiter in einem kritischen Stadium befindet: Anschubhilfen sind großenteils ausgelaufen. Positive Entwicklungen sind zwar unübersehbar, aber noch zu schwach, um durchschlagende und nachhaltige Impulse zu geben.

Der *Rückblick* auf unsere vor Jahresfrist an dieser Stelle vorgelegte Arbeitsmarktvorausschau ergibt im Ganzen, daß wir für Ostdeutschland die Produktivitätsentwicklung und damit den Beschäftigungsrückgang unterschätzt haben. Dies gilt auch für den Anstieg der Arbeitslosigkeit. Dabei spielt u.a. eine Rolle, daß die vor Jahresfrist gesetzten arbeitsmarktpolitischen Ziele nicht erreicht wurden und die Entlastungseffekte geringer als erwartet ausfielen.

2 Entkoppelung von Wirtschaftsentwicklung und Arbeitsmarkt?

Die Ausgangslage für das Jahr 1998 in Deutschland ist gekennzeichnet durch insgesamt gekräftigtes Wirtschaftswachstum bei nahezu stagnierender Beschäftigung und anhaltend hoher Arbeitslosigkeit. Das beschleunigte Wirtschaftswachstum vermochte die Arbeitsmarktentwicklung bislang offenbar nicht zu wenden. Entlassungen und Zurückhaltung bei Einstellungen ließen die Beschäftigung (saisonbereinigt) im Jahresverlauf stetig sinken. Es entsteht der Eindruck, die Beschäftigungsentwicklung sei von der Wirtschaftsentwicklung abgekoppelt und der konjunkturelle Aufschwung gehe am Arbeitsmarkt vorbei. Die nähere Betrachtung zeigt, daß dieser Eindruck falsch ist.

Bevor wir unseren Blick ins Jahr 1998 richten, sei zur Klärung dieser in prognostischer Hinsicht wichtigen Frage kurz auf die Entwicklung in Westdeutschland seit dem Jahr 1990 zurückgeblendet.

– In den Jahren 1990 und 1991 beschert der „Vereinigungsboom“ der westdeutschen Wirtschaft kräftige Zuwächse bei der Produktion von Gütern und Dienstleistungen und bei der Beschäftigung. Die drastische Wachstumsverlangsamung im Jahr 1992 geht zunächst sogar mit einem nochmaligen kräftigen Beschäftigungsanstieg einher. In der wirtschaftswissenschaftlichen Literatur wird diese Erscheinung als „end of expansion phenomenon“ bezeichnet.¹⁵ Die weitgehend kontraktbestimmte Beschäftigung reagiert zeitverzögert auf die marktbestimmte Produktionstätigkeit.

¹⁵ Vgl. Gordon, R.A., in: Brookings Papers on Economic Activity, Nr. 2/1979, S. 477 ff.

¹⁶ Der Sachverständigenrat errechnet deshalb eine um den Effekt von Beschäftigungsabbau bereinigte Produktivitätssteigerungsrate, vgl. Jahresgutachten 1997/98, a.a.O., Anhang, S. 264.

¹⁷ Nach dem ifo-Investitionstest; vgl. Weichselberger, A.: Westdeutsche Industrie: Investitionen gewinnen 1998 an Schwung, in: ifo Schnelldienst, Nr. 33, 1997.

– Die nachfolgende Rezession verschärft das Ungleichgewicht und erhöht den Druck auf die Beschäftigung. Die in den Jahren 1992 und 1993 nur schwach zunehmende Produktivität ist das Ergebnis zeitverzögerter, partieller Anpassungen an neue Gleichgewichte. Mit dem Einschwenken der Wirtschaft auf einen flachen Wachstumspfad in den Jahren ab 1994 werden die Anpassungen der Beschäftigung allmählich wirksam und die Arbeitsproduktivität wächst wieder stärker.¹⁶

– Bei insgesamt schwacher Investitionstätigkeit hohem Lohnkostendruck und starker D-Mark, v.a. in den Jahren 1992 und 1993 werden verstärkte Rationalisierungsbemühungen in Gang gesetzt. Der Anteil der Rationalisierungsinvestitionen¹⁷ nimmt in der Folgezeit möglicherweise auch unter dem Einfluß der Globalisierungsdebatte kräftig zu. Ihre arbeitsparenden Wirkungen kommen allmählich zur Entfaltung.

– Aus diesen Entwicklungen ergeben sich in den Folgejahren ab 1993 starke Produktivitätssteigerungen.

– Die Beschleunigung des Wachstums im Jahr 1997 kann den Beschäftigungsrückgang zunächst nicht aufhalten. Abnehmende Kurzarbeit und rückläufiger Krankenstand machen Arbeitsvolumen für Warenproduktion und Dienstleistungen frei.

– Vom exportgetragenen Wachstum profitieren 1997 vorrangig Sektoren, die überdurchschnittlich kapitalintensiv produzieren. Ein Teil der beobachteten Produktivitätssteigerung ergibt sich aus diesem Struktureffekt.

– Die Stabilisierung der Beschäftigungsentwicklung im Verlauf des Jahres 1997 legt den Schluß nahe, daß Auslastungsreserven nahezu ausgeschöpft und Ungleichgewichte infolge der Wachstumsverlangsamung des Vorjahres weitgehend beseitigt sind.

– Mehrjährig sinkende Lohnstückkosten dämpfen allmählich die u.a. durch Faktorsubstitution bestimmte Produktivitätszunahme.

Im Ganzen sind demnach keine *grundlegende* Veränderungen der Zusammenhänge zwischen Wirtschaftswachstum und Beschäftigung zu erkennen. Es kann allerdings nicht ausgeschlossen werden, daß die Unsicherheit über den künftigen Kurs der Wirtschafts- und Finanzpolitik (Wahljahr, „Reformstau“) sowie über die weltwirtschaftliche Entwicklung die betriebliche Schwelle für Einstellungen erhöht.

Häufig übersehen werden in diesem Zusammenhang auch die *Bewegungen am Arbeitsmarkt*. Die Aggregate der Arbeitsmarktbilanz – Erwerbspersonenpotential, Erwerbstätigkeit, Arbeitslose, Stille Reserve – sind keine voneinander isolierten Bestandsmassen, sondern durch vielfältige Ströme miteinander und mit anderen Aggregaten verbunden.

So waren im Lauf des Jahres 1997 in den *alten Bundesländern* rd. 5 Mio Arbeitslosmeldungen zu verzeichnen, die Hälfte davon mit vorheriger Erwerbstätigkeit. Im selben Zeitraum gab es ebenfalls etwa 5 Mio Abmeldungen aus Arbeitslosigkeit. Wiederum die Hälfte davon mündete in Erwerbstätigkeit ein.

Obwohl am Jahresanfang 1997 fast genauso viele Arbeitslose registriert waren wie ein Jahr später, haben sich also in erheblichem Umfang Zu- und Abgänge vollzogen. (Zum kleinen Teil sind diese freilich administriert. So werden zum Beispiel auch krankheitsbedingte Unterbrechungen der Arbeitslosigkeit als Abgänge und erneute Zugänge gezählt.)

In den *neuen Bundesländern* waren im Jahresverlauf 1997 gut 2,3 Mio Arbeitslosmeldungen zu verzeichnen. 56 % dieser Personen waren vorher erwerbstätig. Rd. 2 Mio sind im selben Zeitraum aus der Arbeitslosigkeit ausgeschieden, darunter etwa die Hälfte wegen Aufnahme einer Erwerbstätigkeit. Die Abgänge sind also weit hinter den Zugängen zurückgeblieben. Der Arbeitslosenbestand ist kräftig angestiegen.

Dieser schlichte Befund führt dreierlei vor Augen:

– Trotz anhaltend hoher Unterbeschäftigung ist der Arbeitsmarkt in starker Bewegung. Dies trägt zur Bewältigung des Strukturwandels bei.

– Auch bei insgesamt schlechter Gesamtsituation wird eine Vielzahl von Beschäftigungsverhältnissen begründet, bieten sich dem einzelnen Arbeitslosen also Chancen. Selektionen bei Einstellungen und Entlassungen führen andererseits oft zu Langzeitarbeitslosigkeit und einer Verhärtung, die oft nur mit kostspieligen Maßnahmen über einen längeren Zeitraum hinweg wieder aufzulösen ist. So haben in den letzten 10 Jahren die Personen mit Arbeitslosigkeitsperioden von einem Jahr und länger in Westdeutschland zusammengenommen über 50 % des Gesamtarbeitslosigkeitsvolumens getragen und zwar mit steigender Tendenz.¹⁸

– Es sind erheblich mehr Menschen von Arbeitslosigkeit überhaupt betroffen, als es die übliche Bestandszahl zum Ausdruck bringt. Dies gilt auch, wenn man Mehrfacharbeitslosigkeit derselben Personen innerhalb eines bestimmten Zeitraums herausrechnet. In der überwiegenden Zahl der Fälle (über 80 %) wird die Arbeitslosigkeit allerdings vor Ablauf eines Jahres beendet.

Alles in allem ergibt sich, daß von einer Abkoppelung der Arbeitsmarktentwicklung von der Wirtschaftsentwicklung nicht die Rede sein kann.

Im Hinblick auf Maßnahmen zur Beschäftigungsförderung ist gleichwohl eine differenzierte, ursachenorientierte Analyse erforderlich. Fest steht, daß die gegenwärtige Arbeitslosigkeit nicht im Ganzen konjunkturbedingt ist. Dies zeigt schon die Tatsache, daß ein Teil der Arbeitslosen nicht oder erst nach langer Zeit von den Gütermarkimpulsen und von der Arbeitsmarktdynamik profitiert. Hier spielen strukturelle Einflüsse und wohl auch Funktionsmängel des Arbeitsmarkts hinein. Zu warnen ist allerdings vor mehr oder weniger willkürlichen Festlegungen und Quantifizierungen von Arbeitslosigkeitssegmenten, denn sie sind empirisch schwer zu untermauern und könnten falsche beschäftigungspolitische Signale geben.

3 Perspektiven im Jahr 1998

Das Jahr 1998 hat mit positiven Meldungen vom Arbeitsmarkt begonnen, denn der Anstieg der Winterarbeitslosigkeit fiel schwächer als erwartet aus und die saisonbereinigten Arbeitslosenzahlen vom Januar und Februar sind in West und Ost deutlich zurückgegangen.

Diese Entwicklung sollte allerdings *nicht überbewertet* werden. Zum einen dürfte die Arbeitslosigkeit schon zum Jahresende hin besonders stark gestiegen sein, weil möglicherweise aufgrund der Lage der Feiertage Entlassungen aus Kostengründen *vorgezogen* bzw. Einstellungen unterlassen wur-

den. Zum anderen wird der Rückgang im Januar und Februar durch das Saisonbereinigungsverfahren *überzeichnet*. Es orientiert sich an den kalten Wintermonaten der letzten Jahre und rechnet deshalb einen zu hohen Saisonanteil aus der Arbeitslosenzahl vom Jahresanfang 1998 heraus, der durch eine relativ milde Witterung geprägt war. Ein ähnlicher Effekt, allerdings in gegensätzlicher Richtung, war vor Jahresfrist zu beobachten (vgl. Schaubild 2). Außerdem können mögliche Änderungen im Beschäftigerverhalten aufgrund der neuen Schlechtwetterregelungen eine Rolle spielen (vgl. Abschnitt 5.1).

Es wird wohl einige Monate dauern, bis sich die saisonbereinigten Zahlen wieder auf die Entwicklung „eingependelt“ haben, die von den *fundamentalen Faktoren* des Arbeitsmarktgeschehens bestimmt wird. Diese Faktoren werden im folgenden analysiert.

Aufschwung gewinnt an Breite

Wir erwarten, daß die konjunkturellen Auftriebskräfte im Jahr 1998 die Oberhand behalten und an Breite gewinnen. Die anhaltend lebhaftere Außennachfrage wird weiterhin treibende Kraft des Wirtschaftswachstums sein, denn die weltwirtschaftlichen Bedingungen bleiben günstig. Auch leichte Aufwertungsstendenzen sowie die Finanz- und Wirtschaftskrise in Süd-Ost-Asien dürften die Exportentwicklung nur wenig dämpfen. Moderate Lohnentwicklung und sinkende Lohnstückkosten sowie relativ niedrige Zinsen, annähernd stabile Preise und verbesserte Unternehmenserträge stehen für insgesamt günstige Bedingungen auf der Angebotsseite.

Die Binnennachfrage wird mit der Entwicklung der Außennachfrage allerdings wieder nicht Schritt halten:

Die zunehmende Auslastung der Produktionskapazitäten, v.a. in den exportorientierten Bereichen, wird zwar immer mehr auch die *Ausrüstungsinvestitionen* mitziehen, aufgrund seines relativ geringen Gewichts bleibt der Beitrag dieses Endnachfrageaggregats zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung aber bescheiden. Die realen *Bauinvestitionen* werden die gesamtwirtschaftliche Entwicklung auch im Jahr 1998 bremsen. Die Abnahme dürfte aber bei weitem nicht mehr so groß ausfallen wie im Vorjahr. Die *Anlageinvestitionen insgesamt* werden demnach 1998 wieder zum Wachstum beitragen. Auch von den *Lagerinvestitionen* sind im Zuge der konjunkturellen Belebung Wachstumsimpulse zu erwarten.

Der *öffentliche Verbrauch* wird bei den anhaltenden Bemühungen der Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen um die Konsolidierung ihrer Haushalte nur schwach zunehmen.

Der *private Verbrauch* dürfte sich zwar im Vergleich zum Vorjahr leicht beleben, insgesamt aber nur verhalten zunehmen. Die Reallohnentwicklung wird sich voraussichtlich im bisherigen Rahmen halten. Die Wirkung steuerlicher Be- und Entlastungen im Jahr 1998 ist im Saldo schwer quantifizierbar. Der Mehrwertsteuererhöhung um 1 Prozentpunkt steht ein Abbau des Solidaritätszuschlags um 2 Prozentpunkte gegenüber. Nennenswerte Änderungen der Konsumquote zeichnen sich nicht ab.

Die moderate Lohnpolitik bewirkt voraussichtlich auch 1998 Kostenentlastungen und trägt damit zur Verbesserung der Bedingungen für Wachstum und Beschäftigung bei. Kurzfristig belastet sie allerdings zunächst die Entwicklung, weil sie ohne Flankierung durch Steuer- und Beitragsentlastung der Binnennachfrage wenig Impulse gibt.

¹⁸ Vgl. Karr, W.: Die konzeptionelle Untererfassung der Langzeitarbeitslosigkeit, in: MittAB 1/1997, S. 37ff.

Finanzkrise in Süd-Ost-Asien birgt Risiken

Zum Jahresanfang wurden allerdings Stimmen laut, die ein Übergreifen der *Finanzkrise in Süd-Ost-Asien* auf die westeuropäische Wirtschaftsentwicklung befürchten ließen. Zwar ist der Anteil der deutschen Exporte in die direkt betroffenen Länder im Durchschnitt relativ klein. Sektoral und noch mehr regional können Auftragseinbußen aber doch tiefe Spuren hinterlassen. Außerdem bewirkt die starke Abwertung der Währungen in den direkt betroffenen Ländern eine Verbesserung ihrer preislichen Wettbewerbsfähigkeit und damit zunehmende Importkonkurrenz im Inland. Der drohende Verdrängungswettbewerb kann die ohnehin schwache Binnenkonjunktur dämpfen.

Zu bedenken sind auch Drittländereffekte. So können über Staaten, die enger mit den asiatischen Krisenregionen verflochten sind und gleichzeitig wichtige Handelspartner der deutschen Wirtschaft und anderer westeuropäischer Länder sind, zusätzliche negative Impulse auf die binnenwirtschaftliche Entwicklung übertragen werden. Der internationale Zinszusammenhang ist ein weiteres Unsicherheitsmoment.

Aufgrund der vielfältigen möglichen Transmissionswege und -mechanismen sind die Risiken schwer abzuschätzen. Das ifo-Institut z.B. erwartet, daß das Wachstum der westeuropäischen Wirtschaft durch die Finanzkrise in Süd-Ost-Asien und ihre Folgewirkungen um $\frac{1}{2}$ Prozentpunkt verlangsamt wird. Aber es gibt auch Stimmen, die diese Schwächung kleiner einschätzen.

Wachstumstempo im Westen höher als im Osten

Alles in allem stimmen die verschiedenen Institute und Institutionen, die Voraussagen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung machen, tendenziell in folgenden Einschätzungen für 1998 überein: Es droht kein Abbruch der Aufwärtsentwicklung, die Außennachfrage wächst stärker als die Binnennachfrage, die Investitionen ziehen spürbar an, der Verbrauch nimmt verhalten zu. Teils unterschiedlich wird das Wachstumstempo insgesamt und der Beitrag einzelner Nachfrageaggregate veranschlagt.

Im Mittel wird mit einem realen Wachstum von $2\frac{3}{4}$ % gerechnet. Übereinstimmend wird erwartet, daß die neuen Länder hinter den alten zurückbleiben. Das West-Ost-Wachstumsgefälle wird durchschnittlich auf $\frac{1}{2}$ Prozentpunkt veranschlagt.

Nach kritischer Würdigung der vorliegenden Wirtschaftsprognosen nehmen wir an, daß die gesamtwirtschaftliche Produktion von Waren und Dienstleistungen im Jahr 1998 innerhalb eines Korridors von $2\frac{1}{4}$ - $3\frac{1}{4}$ % wachsen wird.

Der untere Rand des Korridors (Variante I) steht für die Risiken, die sich u.a. aus möglichen wachstumsdämpfenden Folgewirkungen der Wirtschaftskrise in Süd-Ost-Asien ergeben können. Der obere Rand (Variante III) markiert eine Entwicklung, bei der die Wirtschaft stärker als derzeit allgemein erwartet in Schwung kommt.

Wir schließen allerdings nicht aus, daß die gesamtwirtschaftliche Entwicklung noch lebhafter sein könnte und haben des-

halb zusätzlich eine ausgeprägt optimistische Variante (Variante III*) in diese Alternativrechnung einbezogen, die ein reales Wirtschaftswachstum von $3\frac{3}{4}$ % unterstellt.

Auf den einzelnen Varianten zugrundeliegende Annahmen gehen wir in Abschnitt 3.3 näher ein.

In den *Mittelpunkt des Ausblicks* auf das Jahr 1998 stellen wir im folgenden die *Variante II* unseres Alternativtableaus, die auf der Annahme fußt, daß das reale Bruttoinlandsprodukt in Deutschland um 2,7 % zunimmt (vgl. Tabelle 1). Davon geht die nationale und internationale Wirtschaftsprognostik derzeit mehrheitlich in etwa aus.

3.1 Alte Bundesländer

Unsere Analyse der Nachfrageseite des Arbeitsmarktes hat ergeben, daß die aktuelle Beschäftigungsentwicklung vor allem bestimmt wird vom realen Wirtschaftswachstum, von der durchschnittlichen Jahresarbeitszeit, von zeitverzögerten Anpassungsreaktionen sowie von den Lohnstückkosten und vom Wirtschaftsklima.¹⁹

Wir nehmen im Kern dieser Vorausschau an, daß das reale Bruttoinlandsprodukt in den alten Bundesländern innerhalb eines Korridors von $2\frac{1}{4}$ - $3\frac{1}{4}$ % wachsen wird. Der mittleren Variante II unseres Alternativtableaus liegt eine Wachstumsrate von $2\frac{3}{4}$ % zugrunde.

Demnach geht der konjunkturelle Aufschwung mit etwa unverändert verhaltenem Tempo weiter. Die gegenüber dem Vorjahr höhere Zuwachsrate ergibt sich im wesentlichen aus dem statistischen Überhang in Höhe von rd. 1 Prozentpunkt (Dies bedeutet, daß das Bruttoinlandsprodukt des Jahres 1998 schon dann um 1 % zunähme, wenn seine Entwicklung von Jahresbeginn an stagnieren würde).

Jahresarbeitszeit nimmt kalenderbedingt zu

Für die durchschnittliche Jahresarbeitszeit je Arbeitnehmer rechnen wir mit einem deutlichen Anstieg um 1 %. Diese – zunächst überraschend starke – Zunahme ergibt sich aus folgenden, teils gegenläufigen, Entwicklungen der einzelnen Arbeitszeitkomponenten (vgl. Tabellen 3a und 4a).

Bedingt durch den *Kalender* gibt es 1998 im Durchschnitt zwei Arbeitstage mehr als im Vorjahr. Dieser Arbeitstageeffekt erklärt allein 0,8 Prozentpunkte der Zunahme der Jahresarbeitszeit. Auf der Suche nach einer Antwort auf die Frage, wie sich der außergewöhnlich große Kalendereffekt am Arbeitsmarkt auswirken könnte, liegt es nahe, von der Praxis in den Betrieben und Verwaltungen auszugehen. Wir unterscheiden hier (beispielhaft) folgende typische Verhaltensmuster:

- Ein Betrieb mit sehr guter Auftragslage und hoher Auslastung seiner technischen und personellen Kapazitäten wird das kalenderbedingt zusätzliche Arbeitsvolumen mit hoher Wahrscheinlichkeit für zusätzliche Produktion nutzen.
- Betriebe mit lediglich befriedigender Auftragslage, normaler Auslastungssituation und stabiler Beschäftigung, eventuell mit Überstundenarbeit in Teilbereichen, dürften – wo dies möglich ist – die zusätzlichen Arbeitstage zum Abbau der teuren Überstunden nutzen und möglicherweise Ersatzbedarf bei der Beschäftigung (z.B. infolge von Fluktuation und natürlichen Abgängen) nicht gleich decken, sondern Einstellungen hinausschieben.

¹⁹ Wir sind bei der Analyse und Vorausschätzung der Beschäftigungsentwicklung einen anderen methodischen Weg gegangen als in unseren früheren Arbeitsmarktprojektionen. Die Beschäftigungsentwicklung wurde auf der Grundlage einer Beschäftigungsfunktion vorausgeschätzt, die aus einem einfachen Ungleichgewichtsmodell hergeleitet ist. Ihre Parameter wurden ökonometrisch bestimmt.

- Betriebe mit schlechter Auftragslage und rückläufiger Beschäftigung werden zu (mehr) Kurzarbeit neigen und/oder bemüht sein, den Beschäftigungsabbau zu beschleunigen.
- Betriebe in Märkten mit oftmals sehr kurzfristig schwankender Nachfrage, wo also sehr hohe Planungsunsicherheit herrscht, werden auf vorübergehende kalenderbedingte Spielräume oftmals wohl überhaupt nicht reagieren (können). Dies geht dann kurzfristig vom Auslastungsgrad der personellen Kapazitäten und von der Produktivität ab.

Aufgrund der Vielfalt der sektoralen, regionalen und einzelbetrieblichen Wirklichkeit werden sicher alle diese Reaktionen, allein oder gemischt, vorkommen. Ihrem Wesen nach sind sie alle in unserer Analyse berücksichtigt: Der erstgenannte Fall ist (konzeptgemäß) in der zugrundegelegten Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsprodukts enthalten. Dem zweiten/dritten tragen wir Rechnung, indem wir den Überstundenanstieg, der konjunkturüblich wäre, niedriger veranschlagen und das Ausmaß der Kurzarbeit etwas höher. Der dritte/vierte Fall ist in der letztendlich schwächeren Beschäftigungsentwicklung enthalten, die sich aus unserem Schätzverfahren ergibt und der geringeren Zunahme der Arbeitsproduktivität, die schließlich aus dieser Gesamtkonstellation folgt.²⁰

Einzuräumen ist eine gewisse Unsicherheitsmarge, die sich aus der Möglichkeit ergibt, daß Betriebe mit flexiblen Arbeitszeiten und langen Ausgleichszeiträumen Zeitguthaben bilden und für spätere Zeiten (Jahre) aufheben können, die kalenderbedingt und/oder konjunkturell unter anderen Vorzeichen stehen. Verbreitung, Umfang und Auswirkungen solcher Regelungen sind allerdings noch zu wenig erforscht, um ihren Stellenwert in diesem Zusammenhang einschätzen zu können.

Da alle Wirkungsweisen des Kalendereffekts in unserer Ableitung explizit oder implizit Berücksichtigung finden, besteht kein Anlaß, diesen etwa nur mit einem Bruchteil anzusetzen oder ihn gar zu vernachlässigen.

Es ist davon auszugehen, daß Kalendereffekte in den Planungen, Kalkulationen und Entscheidungen von Betrieben und Verwaltungen berücksichtigt werden, denn das den Betrieben und Verwaltungen auf diesem Wege kalenderbedingt zuwachsende Arbeitsvolumen kann erhebliche Kostenentlastungen bewirken. Daß ein Arbeitstag mehr oder weniger für die Betriebe eine kostenrelevante Größe ist, belegt z.B. das Tauziehen um die Finanzierung des Arbeitgeberbeitrags zur Pflegeversicherung im Jahr 1996 durch die Streichung eines Feiertags.

Die tarifliche *Wochenarbeitszeit* wird im Lauf des Jahres 1998 in verschiedenen regionalen Fachbereichen für rd. 0,3 Mio Personen um durchschnittlich 0,7 Stunden verkürzt. Außerdem wirken einige im Vorjahr in Kraft getretene Verkürzungen rechnerisch nach. Es handelt sich dabei zusammengenommen um das Elektroh Handwerk, die Holz-, Papier- und Pappeverarbeitende Industrie, das Kfz-Gewerbe, Tankanlagenbau und Tankschutzgewerbe, Redakteure bei Zeitungs- und Zeitschriftenverlagen. Hinzu treten Verlängerungen des *Jahresurlaubs* in einzelnen Tarifbereichen. Auf alle Arbeitnehmer gerechnet fallen diese Einflüsse aber zusammengenommen nicht stark ins Gewicht.

²⁰ Entsprechende Produktions-, Überstunden/Kurzarbeits-, Beschäftigungs- und Produktivitätswirkungen ergeben sich analog aus Untersuchungen über die Elastizität dieser Variablen in bezug auf Veränderungen der Jahresarbeitszeit insgesamt. Vgl. Fußnote 21.

Es sei an dieser Stelle auch auf Probleme hingewiesen, die unsere Vorausschätzung der Arbeitszeit zunehmend erschweren. Das Bild wird immer differenzierter. Von Tarifbereich zu Tarifbereich, zwischen Betrieben und innerhalb der Betriebe fächert sich die Arbeitszeitgestaltung immer mehr auf. Dies erschwert die statistische Erfassung und die Prognose. So ist schwer einzuschätzen, wie sich die vereinbarten Arbeitszeitkorridore auf die jeweils praktizierte Wochenarbeitszeit auswirken. Wir nehmen an, daß die damit verbundenen Flexibilitätsspielräume nach oben größtenteils bereits im Zuge des vorjährigen Wirtschaftsaufschwungs ausgeschöpft worden sind und erwarten deshalb für 1998 keine weiteren Arbeitszeitverlängerungen dieser Art.

Die *freiwillige Teilzeitarbeit* wird weiter zunehmen. Es besteht kein Anlaß zur Erwartung, daß der bisherige Trend gebrochen ist. Wir rechnen mit einer Zunahme der Teilzeitquote um 0,5 Prozentpunkte auf (19,8 %). Bezogen auf alle Arbeitnehmer entspricht dies einem Arbeitszeitrückgang um 0,2 %.

Schwer einzuschätzen sind Umfang und Entwicklung beschäftigungssichernder Maßnahmen der Arbeitszeitpolitik, die wir hier als „*akzeptierte Teilzeitarbeit*“ bezeichnen. Die Defizite bei der statistischen Erfassung solcher vorübergehenden Abweichungen „nach unten“ von den tariflichen Regelungen sind unüberschaubar. Da es sich hier oft um betriebsspezifische Regelungen handelt, die unabhängig von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung gesehen werden können, nehmen wir hier – mangels sicherer Informationen – an, daß sie weiterhin ihren Rang behalten werden und sich auf das Arbeitszeitgeschehen 1998 im Ganzen quantitativ nicht wesentlich auswirken werden.

Der durchschnittliche *Krankenstand* wird voraussichtlich nur noch leicht zurückgehen. Nach der deutlichen Absenkung in den letzten zwei Jahren dürfte die Krankenstandsquote 1998 etwa auf dem Vorjahresstand verharren (4 %) (siehe hierzu Abschnitt 5).

Das Volumen des *witterungsbedingten* Arbeitsausfalls im Baugewerbe veranschlagen wir auf rd. 60 Mio Stunden. Neben den wetterbedingten Unsicherheiten spielen hier unzureichende Erfahrungen mit den tarifvertraglichen Änderungen herein, die mit Beginn der Schlechtwetterzeit 1997/98 in Kraft getreten sind.

Im Zuge des anhaltenden Konjunkturaufschwungs wird die *Kurzarbeit* weiter abnehmen. Während im Verarbeitenden Gewerbe diese vorübergehenden Arbeitszeiteinschränkungen stark zurückgehen dürften, erwarten wir aufgrund der anhaltenden Krise der Bauwirtschaft dort weiterhin Zahlen in beachtlicher Größenordnung. Im Jahresdurchschnitt rechnen wir mit insgesamt 100.000 Kurzarbeitern.

Infolge des anhaltenden wirtschaftlichen Aufschwungs werden die (bezahlten) *Überstunden* (insgesamt und je Arbeitnehmer) wieder leicht zunehmen. Der Anstieg wird allerdings schwächer ausfallen als in vergleichbaren Konjunkturphasen der Vergangenheit, denn die kalenderbedingt größere Zahl potentieller Arbeitstage schafft 1998 zusätzlichen Raum für die Produktion von Waren und Dienstleistungen. Im übrigen wirkt die zunehmende Flexibilisierung der Arbeitszeiten einem Anstieg der Mehrarbeitsstunden entgegen, da transitorische Überstunden zunehmen (siehe dazu Abschnitt 5.2). Wir erwarten für 1998 eine leichte konjunkturbedingte Zunahme der jährlichen Überstundenleistung um rd. 2 Stunden je Arbeitnehmer auf 65,7 bzw. auf insgesamt rd. 1,6 Mrd Stunden.

Im Ganzen wird die durchschnittliche Jahresarbeitszeit der Arbeitnehmer 1998 um 1,0 % länger sein als im Vorjahr und zwar v.a. aufgrund des Arbeitstageffekts. Die anderen Arbeitszeitkomponenten gleichen sich etwa aus.

Bei den *Selbständigen und Mithelfenden* erwarten wir im Jahr 1998 eine um 0,6 % längere Arbeitszeit, wobei der trendmäßige leichte Rückgang ihrer Wochenarbeitszeit durch kalenderbedingt mehr Arbeitstage überkompensiert wird.

Im Mittel errechnet sich für alle *Erwerbstätigen* eine Zunahme der durchschnittlichen Jahresarbeitszeit um 0,9 %.

Ökonometrische Untersuchungen und Simulationsrechnungen im IAB haben ergeben, daß Arbeitszeitverkürzungen unter bestimmten Bedingungen die Beschäftigung fördern können.²¹ Analog kann deshalb erwartet werden, daß die Zunahme der durchschnittlichen Jahresarbeitszeit im Jahr 1998 die Beschäftigungsentwicklung dämpft.

Lohnstückkostenentwicklung verbessert Angebotsbedingungen

Nach unseren Untersuchungen beeinflussen sinkende Lohnstückkosten die Beschäftigungsentwicklung kurzfristig und zeitverzögert schwach positiv. Auf längere Sicht kommt ihr Einfluß stärker zum Tragen.²²

Die realen Lohnstückkosten sind seit 1994 rückläufig (vgl. Schaubild 3a).²³ Außer den moderaten Lohnabschlüssen und den Produktivitätssteigerungen der letzten Jahre hat auch der rückläufige Krankenstand die Arbeitskosten 1997 entlastet (rechnerisch um rd. 9 Mrd DM). Die Kostenentwicklung insgesamt dürfte neben der DM-Abwertung und der anhaltend günstigen Weltkonjunktur zu den Exporterfolgen im Jahr 1997 beigetragen haben.

Auch für 1998 werden moderate Lohnabschlüsse erwartet. Es kommen Kostenentlastungen in Höhe von rechnerisch bis zu 14 Mrd DM hinzu, weil den Betrieben und Verwaltungen, durch den aktuellen Kalender bedingt, Arbeitsvolumen „zum Nulltarif“ zuwächst.

Die transitorischen Entlastungen werden längerfristig aller-

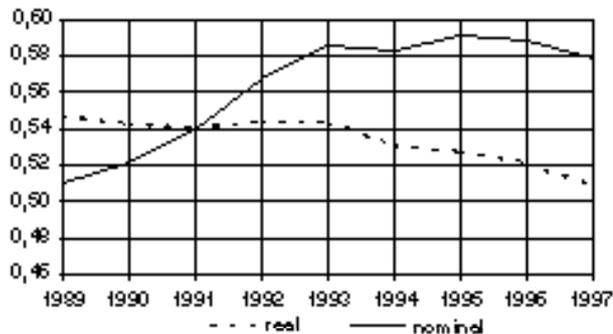
²¹ Simulationsrechnungen mit dem SYFIFO-Modell zu den Wirkungen einer Arbeitszeitverkürzung (ohne Lohnausgleich) haben ergeben, daß sich eine Veränderung der Jahresarbeitszeit um 1,1 % kurzfristig zur Hälfte in Beschäftigungssteigerung und zu einem Viertel in Produktivitätseffekten niederschlägt. Ein weiteres Viertel entfällt auf gegenläufige Arbeitzeiteffekte (z.B. kurzfristig mehr Überstunden und weniger Kurzarbeit). Produktionseffekte spielen eine sehr geringe Rolle. Vgl. W. Klauder, P. Schnur, G. Zika: Wege zu mehr Beschäftigung, IAB-Werkstattbericht Nr. 5/1996, Anhang, S. 8. Dies stimmt weitgehend mit den Ergebnissen unserer kurzfristigen Beschäftigungsfunktion überein. Die ökonometrische Analyse der Wirkungen von Arbeitszeitverkürzungen bedarf allerdings dringend einer Differenzierung nach einzelnen Arbeitszeitkomponenten.

²² Vgl. Klauder, W., Schnur, P., Zika, G.: Strategien für mehr Beschäftigung - Simulationen bis 2005 am Beispiel Westdeutschland, IAB-Kurzbericht Nr. 7/1996 und dieselben: Wege zu mehr Beschäftigung, IAB-Werkstattbericht Nr. 5/1996.

²³ In unserer (vereinfachten) Darstellung haben wir der gängigen Praxis folgend für die realen Lohnstückkosten als Bezugsgröße das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in jeweiligen Preisen und für die nominalen Lohnstückkosten das BIP zu konstanten Preisen verwendet. In Abhängigkeit vom jeweiligen Analyseziel werden unterschiedliche Konzepte zur Berechnung volkswirtschaftlicher Lohnstückkosten angewandt. So werden bei intertemporalen Vergleichen üblicherweise die nominalen Lohnstückkosten zugrundegelegt, bei interregionalen Vergleichen (West/Ost, vgl. Schaubild 5) die realen. Zu konzeptionellen und terminologischen Fragen vgl. Hauf, S., Volkswirtschaftliche Lohnstückkosten und ihre Komponenten, in: Wirtschaft und Statistik, 8/1997, S. 523-535.

Um Unterschiede deutlich zu machen, ist in den Schaubildern 3a und 3b die Lohnstückkostenentwicklung in realer und in nominaler Rechnung dargestellt.

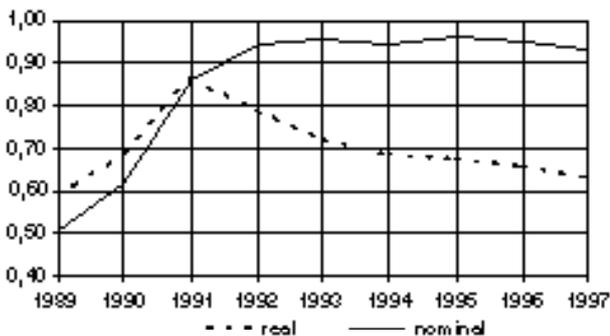
Schaubild 3a: Lohnstückkosten* in Westdeutschland



* Bruttoeinkommen der abhängig Beschäftigten im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt

Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW)

Schaubild 3b: Lohnstückkosten* in Ostdeutschland



* Bruttoeinkommen der abhängig Beschäftigten im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt

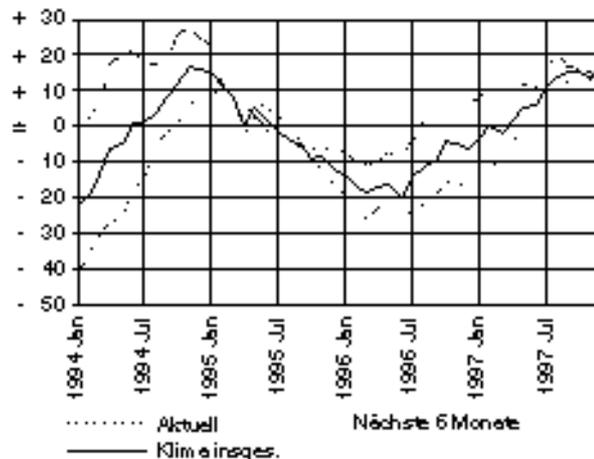
Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW)

dings durch gegenläufige Kalendereinflüsse kompensiert.

Wirtschaftsklima aufgehellt

Die Lagebeurteilung und die Zukunftserwartungen der Betriebe sind wichtige Bestimmungsfaktoren der künftigen Beschäftigungsentwicklung. Die entsprechenden Indikatoren aus dem Konjunkturtest des ifo-Instituts zeigen bis zuletzt tendenziell eine Aufhellung des Wirtschaftsklimas an (vgl.

Schaubild 4a: Wirtschaftsklima im Verarbeitenden Gewerbe (West) – saisonbereinigt



Quelle: ifo-Konjunkturtest

Schaubild 4a). Stabile optimistische Erwartungen fördern die Einstellungsbereitschaft, indem sie die Kosten-Ertrags-Erwägungen bei Personalentscheidungen positiv beeinflussen. Diese reichen ja meist in die Zukunft und sind insoweit vergleichbar mit Investitionsentscheidungen. Nach unseren Untersuchungen korreliert die Beschäftigung zeitverzögert positiv mit dem Wirtschaftsklima.

Stabile Beschäftigungsentwicklung im Jahresverlauf

Unter den Annahmen der Variante II unserer Alternativrechnung (vgl. Tabelle 1) ergibt sich im Jahresdurchschnitt 1998 zwar ein leichter Rückgang der Zahl *beschäftigter Arbeitnehmer* um 30.000. Da zum Jahresanfang der Beschäftigungsabbau zum Stillstand gekommen ist, bedeutet dies aber im Jahresverlauf etwa Stagnation. Die Zahl der *Selbständigen und Mithelfenden* dürfte – dem bisherigen Trend entsprechend – sich kaum verändern.

Die Zahl der *Erwerbstätigen* insgesamt wird dann 1998 mit rd. 27,8 Mio um 30.000 bzw. 0,1 % unter dem Durchschnitt des Vorjahres liegen.

Bei zunehmender Jahresarbeitszeit wird das gesamtwirtschaftliche *Arbeitsvolumen*, erstmals seit 1992, gegenüber dem Vorjahr wieder steigen (+0,8).

Für die *Arbeitsproduktivität* (je Stunde) resultiert daraus eine Zunahme um 2,0 %. Diese deutlich schwächere Entwicklung als im Vorjahr halten wir aus folgenden Gründen für plausibel: Die Wirkungen von Rationalisierungsprogrammen der Betriebe und Verwaltungen dürften ihren Höhepunkt überschritten haben, Auslastungsreserven sind nach den mehrjährigen kräftigen Produktivitätszunahmen wohl weitgehend aufgezehrt, die kalenderbedingt größere Zahl von Arbeitstagen wird nicht von allen Betrieben voll ausgeschöpft werden, was die Produktivitätsentwicklung etwas dämpft. Die Perspektiven über 1998 hinaus sind gut (zumindest nach den OECD- und EU-Prognosen für das Jahr 1999), so daß Einstellungsrisiken kleiner veranschlagt werden dürften.

Alles in allem erwarten wir für 1998 eine *stabile Beschäftigungssituation*. Im Jahresverlauf wird die Beschäftigung (gemessen an den saisonbereinigten Zahlen) im Ganzen etwa auf dem Jahresendstand 1997 verharren. Aus saisonalen Gründen dürfte die Beschäftigung von Januar bis September allerdings vorübergehend um gut 0,5 Mio Personen ansteigen. Der leichte Rückgang 1998 in *jahresdurchschnittlicher* Rechnung folgt im wesentlichen aus dem niedrigen Ausgangsniveau am Jahresanfang.

Arbeitskräfteangebot nimmt erstmalig ab

Nach einer ersten Vorausschätzung ist 1998 nicht mit einer weiteren Ausweitung des Angebots an Arbeitskräften zu rechnen. Die Summe aller kleinen Veränderungen der das Angebot bestimmenden Komponenten hat eine Abnahme zur Folge (vgl. Tabellen 1 und 2a).

Wie schon in den vergangenen Jahren ergibt sich aus der *demographischen Entwicklung* (negative Effekte aus der alternden und zahlenmäßig abnehmenden deutschen Bevölkerung werden durch die positiven der ausländischen nicht aufgewogen) und trotz tendenziell steigender *Erwerbsbeteiligung* per Saldo eine Abnahme des Erwerbspersonenpotentials.

Die grundsätzlich schwieriger einzuschätzenden *Wanderungs-*

beziehungen mit dem Ausland lassen aus heutiger Sicht keine großen Veränderungen erwarten. Die Spätaussiedlerzahlen aus Osteuropa und Asien dürften in Fortsetzung der Tendenz von 1997 weiter abnehmen (rd. 120.000 Personen für Gesamtdeutschland), und die Zahl der Asylbewerber könnte wiederum leicht sinken (weitere Abnahme von Bewerbern aus Ex-Jugoslawien). Aufgrund des geänderten Arbeitserlaubnisrechts sind neu eingereiste Asylsuchende ab Mai 1997 zunächst ohnehin nicht angebotswirksam.

Die übrigen Wanderungsbeziehungen mit dem Ausland und auch mit den neuen Bundesländern dürften sich auch 1997 in den ruhigen Bahnen der letzten Jahre bewegen.

Für 1998 ist die Begrenzung der Zulassung von *Saisonkräften* aus mittel-osteuropäischen Ländern neu geregelt worden. Das Ziel besteht darin, den Einsatz inländischer Arbeitskräfte zu erhöhen, indem eine Reduzierung der Zahl der Zulassungen von ausländischen Saisonkräften um 10 % gegenüber 1996 angestrebt wird. Bei 200.000 Saisonkräften im Jahr 1997 ergäbe das eine Vorgabe von 180.000 im Jahr 1998, was einer Abnahme von gut 3.000 Personen im Jahresdurchschnitt entsprechen würde. Im Ganzen ergäbe sich also eine recht bescheidene Verminderung des Angebots. Das angestrebte Reduzierungsziel soll dadurch erreicht werden, daß bei Betrieben mit fünf und mehr Anforderungen in der Vergangenheit für 1998 85 % der bisher Vermittelten zugelassen werden und bei Betrieben mit weniger als fünf Saisonkräften keine Kürzung vorgenommen wird.

Alle *Einzelkomponenten zusammen* bewirken, daß auf der Angebotsseite der Arbeitsmarktbilanz 1998 knapp 100.000 Personen weniger zur Verfügung stehen dürften als im laufenden Jahr. Diese Abnahme des Erwerbspersonenpotentials ist ein für den westdeutschen Arbeitsmarkt erstmaliges Phänomen.

Leichte Verbesserung der Arbeitsmarktbilanz

Erstmals seit vielen Jahren wird die Arbeitsmarktbilanz durch eine Abnahme des Angebotsdrucks (100.000) entlastet. Allein dieser Entwicklung ist es zu danken, daß sich das Ungleichgewicht nicht weiter erhöht, denn die Arbeitskräfte-nachfrage ist 1998 erneut schwächer als im Vorjahr (-30.000), wenn auch nur in geringem und im Jahresverlauf abnehmendem Umfang.

Der nichtbeschäftigte Teil des Erwerbspersonenpotentials wird unter den Annahmen der Variante II unseres Alternativtableaus um rd. 70.000 von 4,92 auf 4,85 Mio Personen abnehmen. Zwei Drittel des Rückgangs entfallen auf die Stille Reserve in Maßnahmen. Die weiter abnehmende Zahl von Teilnehmern an beruflichen Bildungsmaßnahmen und Deutschlehrgängen für Spätaussiedler läßt sie erneut spürbar sinken.

Die Stille Reserve im engeren Sinne sowie die registrierte Arbeitslosigkeit nehmen vergleichsweise wenig ab.

Im Jahresdurchschnitt rechnen wir mit 3,0 Mio Arbeitslosen, rd. 20.000 weniger als im Vorjahr. Im Jahresverlauf bedeutet das allerdings eine allmähliche, deutlich spürbare Verbesserung.

3.2 Neue Bundesländer

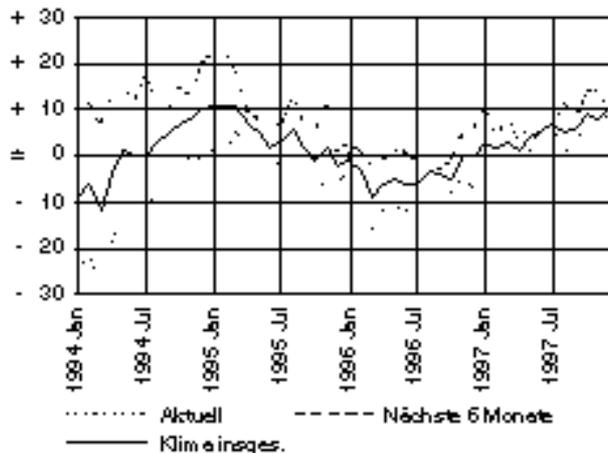
Leichte Wachstumsbeschleunigung

Die wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Bundesländern

wird sich 1998 verbessern, aber erneut schwächer ausfallen als in den alten. Maßgebend dafür ist die weiterhin rückläufige Bauproduktion, die wegen ihres hohen Anteils an der gesamten Bruttowertschöpfung besonders stark ins Gewicht fällt.

Zwar wird die industrielle Basis immer breiter, aber das kräftige Wirtschaftswachstum in Teilen des Verarbeitenden Gewerbes schlägt gesamtwirtschaftlich bislang noch nicht stark zu Buche. Das verbesserte Wirtschaftsklima (vgl. Schaubild 4b) und die insgesamt recht lebhaft entwickelte Produktionsentwicklung dürfte auch die Investitionsplanungen der Betriebe

Schaubild 4b: Wirtschaftsklima im Verarbeitenden Gewerbe (Ost) – saisonbereinigt



Quelle: ifo-Konjunkturtest

positiv beeinflussen und allmählich die Ausrüstungsinvestitionen mitziehen.

Im Jahr 1998 wird die Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts der neuen Bundesländer davon allerdings nur relativ wenig beeinflusst. Wir nehmen im Kern dieser Alternativrechnung an, daß es innerhalb einer Bandbreite von $1\frac{3}{4}$ - $2\frac{3}{4}$ % zunehmen wird. In unserer im folgenden erläuterten mittleren Variante II ist ein Wachstum der realen Produktion von Waren und Dienstleistungen um $2\frac{1}{4}$ % unterstellt.

Die Vorausschätzung der Beschäftigungsentwicklung ist in den neuen Bundesländern mit größeren Schwierigkeiten und Unsicherheiten behaftet als in den alten, denn die Zusammenhänge der Makrogrößen können nicht auf der Grundlage von langen Zeitreihen analysiert werden. Außerdem wirft der noch nicht abgeschlossene wirtschaftliche Transformationsprozeß besondere analytische Probleme auf.

Definitiv ergibt sich auch in den neuen Bundesländern die Erwerbstätigkeit aus dem Zusammenwirken von Wirtschaftswachstum, Entwicklung der Arbeitsproduktivität und Veränderung der Jahresarbeitszeit.

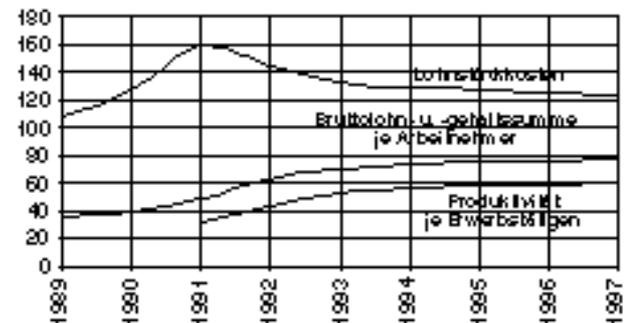
Anhaltender Kostendruck – kräftige Produktivitätszunahme

Wir gehen in dieser Vorausschau von der Annahme aus, daß es in der ostdeutschen Wirtschaft unter den herrschenden Bedingungen im Hinblick auf die Produktivitätsentwicklung nach wie vor einen Nachholbedarf gibt.

²⁴ Vgl. Ragnitz, J.: Zur Produktivitätslücke in Ostdeutschland, in: IWH Wirtschaft im Wandel 7/1997 und 1/1998.

Unübersehbar ist, daß die Betriebe und Verwaltungen im Durchschnitt aufgeholt haben. Die Arbeitsproduktivität (je Stunde) hat in den letzten drei Jahren doppelt so stark zugenommen wie im Westen. Die Zuwachsraten sind aber tendenziell kleiner geworden. Wir erwarten auch für die Zukunft kräftige Produktivitätssteigerungen. Sie sind eine wichtige Voraussetzung für Wettbewerbsfähigkeit gegenüber westdeutschen und ausländischen Betrieben und Basis der Lohnentwicklung. Am ausgeprägten Mißverhältnis zwischen Löhnen und Arbeitsproduktivität hat sich allerdings in den letzten Jahren wenig geändert: In nominaler Rechnung erreichte die Produktivität 1997 60 %, die Bruttolöhne und -gehälter 78 % des Westniveaus (je Erwerbstätigen bzw. Arbeitnehmer). Die realen Lohnstückkosten sinken zwar seit mehreren

Schaubild 5: Produktivität, Bruttolohn- und -gehaltssumme, Lohnstückkosten* (jeweils Ostdeutschland in % von Westdeutschland)



* Alle in die Berechnung einbezogenen Angaben nominal

Quelle: Statistisches Bundesamt, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW)

Jahren, liegen aber immer noch um rd. 25 % über dem Westniveau (vgl. Schaubild 5).

Die Arbeitsproduktivität (je Stunde) ist in Ostdeutschland also nach wie vor erheblich geringer als in Westdeutschland. Diese „Produktivitätslücke“ hat vielfältige Ursachen. Genannt werden die fortgesetzte Nutzung veralteter Produktionsanlagen, Defizite im Technologiemanagement, in der Betriebsorganisation und in der Personalführung, Marktzutrittsbarrieren aufgrund spezifischer Angebotsprofile, ungenügende Einbindung in innovative Netzwerke u.a.m.²⁴

Die Produktivitätslücke ist offenbar nicht monokausal zu erklären. Die Verhältnisse sind oft von Betrieb zu Betrieb sehr unterschiedlich. Deshalb haben statistische Durchschnitte nur begrenzte Aussagekraft. Sie sind aber gleichwohl eine unverzichtbare Orientierungsgröße für wirtschafts- und lohnpolitische Entscheidungen.

Es ist deshalb damit zu rechnen, daß die Betriebe bestrebt sind, den Kostendruck durch Produktivitätssteigerung zu mildern. Es erscheint uns plausibel, für 1998 bei der Produktivität etwa das gleiche relative Ost/West-Entwicklungsgefälle wie in den letzten drei Jahren anzunehmen. Wir erwarten demnach in der mittleren Variante II unserer Alternativrechnung eine Zunahme der Produktivität (je Stunde) um 3,5 %. Mangels gesicherter, zeitreihenanalytisch gestützter Erkenntnisse ist diese Annahme aber wenig mehr als eine plausible Setzung.

Jahresarbeitszeit nimmt zu

Die Arbeitszeitentwicklung wird im Jahr 1998 – anders als in

den Vorjahren – die Beschäftigungsentwicklung nicht stützen. Die durchschnittliche Jahresarbeitszeit der Arbeitnehmer wird um 0,8 % zunehmen (vgl. Tabellen 3b und 4b):

Die Arbeitszeitlücke zwischen Ost und West hat sich von 1994 an allmählich verringert. Treibende Kraft war die Verringerung der *tariflichen Jahresarbeitszeit* durch Wochenarbeitszeitverkürzungen und Urlaubsverlängerungen. Dieser Konvergenzprozeß kommt 1998 zum Stillstand, denn die tarifliche *Wochenarbeitszeit* nimmt im Durchschnitt aller Arbeitnehmer kaum mehr ab und der *Jahresurlaub* wird nur ein wenig länger.

Der *Krankenstand* hält sich mit 4,3 % etwa auf dem Vorjahresniveau, nachdem er in den letzten Jahren deutlich gesunken ist.

Wie im Vorjahr dürften die Arbeitnehmer 1998 durchschnittlich rd. 41 *Überstunden* leisten, das sind insgesamt gut 0,2 Mrd. Ein stärkerer Anstieg wird durch die größere Zahl verfügbarer Arbeitstage vermieden. Konjunkturell bedingt war das Überstundenvolumen insgesamt und je Arbeitnehmer in den letzten Jahren rückläufig.

Wenig Änderungen erwarten wir bei der *Kurzarbeit*. Die leichte Wachstumsbeschleunigung dürfte die Kurzarbeiterzahl auf jahresdurchschnittlich 40.000 sinken lassen.

Das Volumen der Ausfallstunden im Baugewerbe durch *Schlechtwetter* veranschlagen wir auf 11 Mio Stunden.

Die freiwillige *Teilzeitarbeit* nahm bis zuletzt trendmäßig zu. Wir erwarten auch für 1998 einen Anstieg der Teilzeitquote um 0,4 Prozentpunkte auf 12,2 %. Da uns keine Informationen über Ausmaß und Entwicklung von akzeptierter Teilzeitarbeit vorliegen, bleibt diese Komponente unberücksichtigt.

Die steigende Inanspruchnahme des *Erziehungurlaubs* erfordert einen höheren Abzugsposten bei der durchschnittlichen Jahresarbeitszeit als im Vorjahr.

Außerdem hat das Jahr 1998 in den neuen Bundesländern kalenderbedingt 3 Arbeitstage mehr als 1997. Dies entspricht einer Zunahme der Jahresarbeitszeit um 1,2 %. Der Arbeitstageseffekt ist in den neuen Bundesländern größer als in den alten.²⁵

Alles in allem nimmt die Jahresarbeitszeit der Erwerbstätigen 1998 um 1 % zu. Die verfügbaren Informationen aus dem Mikrozensus deuten auf einen kräftigen Anstieg der täglichen Arbeitszeit der *Selbständigen und Mithelfenden* hin (+0,7 %). Einschließlich des Kalendereffekts ergibt sich für sie eine Zunahme um 1,9 %.

Die Arbeitszeitentwicklung dämpft die Beschäftigungsentwicklung im Jahr 1998. Die in diesem Zusammenhang für die alten Bundesländer angestellten Überlegungen gelten hier analog.

Verlangsamter Rückgang der Arbeitsnachfrage

Diese Konstellation von Wirtschaftswachstum, Produktivitäts- und Arbeitszeitentwicklung führt in der *Variante II* zu einem weiteren kräftigen Rückgang der Arbeitskräftenachfrage um 135.000 (-2,2 %) auf 5,92 Mio *Erwerbstätige* im Jah-

resdurchschnitt 1998 (vgl. Tabelle 1). Die Zahl der *Arbeitnehmer* wird im gleichen Umfang abnehmen (-135.000), da die der *Selbständigen und Mithelfenden* auf dem Stand des Vorjahres verharren dürfte.

Von Saisonausschlägen abgesehen, erwarten wir im Jahresverlauf weiterhin Rückgänge der Erwerbstätigkeit, allerdings in deutlich abnehmendem Umfang. Allein aus *saisonalen* Gründen könnte die Beschäftigung von Januar bis September allerdings vorübergehend um 0,1 Mio ansteigen. Der Abstand *zum Vorjahr* dürfte aber im ersten Quartal des Jahres 1998 rd. -170.000 betragen (nach -200.000 im 4. Quartal 1997), im Jahresendquartal voraussichtlich immer noch rd. -100.000.

Auf die besonderen Schwierigkeiten der Beschäftigungsvorausschätzung in den neuen Bundesländern haben wir oben schon hingewiesen. Deshalb haben wir neben dem vorstehend beschriebenen Weg der Projektion auch einen anderen Weg beschritten:

Im Rahmen unserer Repräsentativbefragung über Personalbedarf und offene Stellen im Spätherbst 1997 wurden die Beschäftigungserwartungen für 1998 von Betrieben und Verwaltungen auch in Ostdeutschland erfragt. Die Ergebnisse stützen im wesentlichen das vorstehend gezeichnete Bild: Die weit überwiegende Zahl erwartet einen erneuten Beschäfti-

Betriebliche Beschäftigungserwartungen in Ostdeutschland

(Erwartete Entwicklung in den folgenden 12 Monaten, Anteile in %)

	Zunahme	keine Änderung	Abnahme	keine Angabe	Saldo*
<i>Betriebe insgesamt</i> (jeweils 4. Quartal)					
1997/1998	17	45	33	5	-16
nach Beschäftigtengrößenklassen 1997/1998					
bis 9 Beschäftigte	17	63	17	2	0
10 - 19 Beschäftigte	18	56	23	4	-5
20 - 49 Beschäftigte	21	52	23	4	-2
50 - 199 Beschäftigte	23	44	31	3	-8
200 - 499 Beschäftigte	20	38	39	4	-19
500 - 999 Beschäftigte	11	37	46	6	-35
1.000 und mehr Beschäftigte	3	19	67	12	64
nach Wirtschaftszweigen 1997/1998					
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	8	45	42	5	-34
Wasser-, Energieversorgung, Bergbau	9	26	64	1	-55
Grundstoffindustrie	24	47	24	5	0
Investitionsgüterindustrie	26	44	28	2	-2
Verbrauchsgüterindustrie	27	52	19	2	+8
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	17	65	16	2	+1
Baugewerbe	9	49	37	6	-28
Handel	18	59	20	2	-2
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	16	29	52	3	-36
Kredit- und Versicherungsgewerbe	24	54	16	6	+8
Konsumnahe Dienstleistungen	24	49	24	3	0
Soziale Dienstleistungen	15	49	33	4	-18
Wirtschaftsnahe Dienstleistungen	31	44	22	3	+9
Staat	10	25	53	13	-43

* Zunahme minus Abnahme, geringe Abweichungen durch Runden der Zahlen

Quelle: IAB/ifo-Erhebung über Personalbedarf und offene Stellen

²⁵ Der Reformationstag fällt auf einen Samstag. Er ist regional überwiegend arbeitsfrei.

gungsrückgang.

Nach der Betriebsgröße und nach der wirtschaftsfachlichen Zugehörigkeit gegliedert, ergeben die Tendenzaussagen ein sehr unterschiedliches Bild (siehe folgende Übersicht):

Je größer der Betrieb, desto ungünstiger sind im Durchschnitt die Beschäftigungserwartungen. Eine Stabilisierung der Beschäftigung ist im Verarbeitenden Gewerbe, im Handel, im Kredit- und Versicherungsgewerbe sowie in den konsum- und wirtschaftsnahen Diensten zu erwarten. Diese Tendenzaussagen sind allerdings nicht in Beschäftigtenzahlen umsetzbar und liefern nur Anhaltspunkte.

Arbeitskräfteangebot nimmt weiter ab

Auch in den neuen Bundesländern setzt sich die Tendenz zum Rückgang des Arbeitsangebots fort (vgl. Tabellen 1 und 2b). Wir rechnen mit etwa 70.000 Personen weniger Erwerbspersonenpotential im Jahresdurchschnitt 1998. Dies ergibt sich aus entlastenden *demographischen Faktoren* (-20.000) und aus der weiter, wenn auch langsamer als bisher, sinkenden *Erwerbsbeteiligung* (-28.000). Die *Wanderungs- und Pendlerbewegungen* verringern das Erwerbspersonenpotential ebenfalls (-22.000).

In der Bildungsbeteiligung (außerhalb der von der gesetzlichen Arbeitsförderung gestützten Aus- und Weiterbildung) kann in Fortsetzung der Entwicklung der vergangenen Jahre mit einer weiteren Annäherung an die Verhältnisse in den alten Bundesländern gerechnet werden. Dies hat eine sinkende Erwerbsbeteiligung in den jüngeren Altersgruppen zur Folge. Was die Entwicklung der potentiellen Erwerbsbeteiligung der Altersgruppen ab dem 25. Lebensjahr und ihre Auswirkung auf das Arbeitsangebot betrifft, so wird im ganzen die Fortsetzung der seit 1991 zu beobachtenden leichten Abnahmetendenz in den Potentialerwerbsquoten unterstellt. Die Effekte aus der Verhaltenskomponente ergeben einen kleineren Potentialrückgang als in den Vorjahren.

Ungleichgewicht der Arbeitsmarktbilanz nimmt zu

Die Arbeitskräftenachfrage sinkt 1998 voraussichtlich um 135.000 Erwerbstätige von 6,05 auf 5,92 Mio. Das Erwerbspersonenpotential nimmt um rd. 70.000 von 8,25 auf 8,18 Mio Personen ab.

Die Veränderungen bei den Komponenten der Unterbeschäftigung setzen sich tendenziell wie in 1997 fort (vgl. Tabelle 1):

– Die *Stille Reserve im engeren Sinne* legt weiter zu (+15.000), weil aufgrund schlechter Arbeitsmarktsituation mehr Personen vom Arbeitsmarkt abgedrängt oder entmutigt werden.

– Die *Stille Reserve in Maßnahmen* nimmt erneut ab (-50.000), v.a. wegen geringerer Teilnehmerzahl bei beruflichen Bildungsmaßnahmen und wegen des auslaufenden Übergangs aus Vorruhestand in normale Altersrente.

– Die *registrierte Arbeitslosigkeit* steigt jahresdurchschnittlich kräftig an (+100.000).

Im *Jahresverlauf* ist, abgesehen von jahreszeitlich bedingten Schwankungen, unter den Voraussetzungen der *Variante II* ein leichter Rückgang der registrierten Arbeitslosigkeit zu erwarten. Sie erreicht allerdings mit rd. 1,45 Mio einen neuen jahresdurchschnittlichen Rekordstand.

3.3 Der Arbeitsmarkt 1998 insgesamt: Risiken und Chancen

Es spricht vieles dafür, daß sich der wirtschaftliche Aufschwung in Deutschland im Jahr 1998 festigt und an Breite gewinnt. Deshalb haben wir in der mittleren *Variante II* unserer Alternativrechnung ein reales Wirtschaftswachstum von $2\frac{3}{4}$ % unterstellt und sprechen ihr die größte Eintreffenswahrscheinlichkeit zu.

Wir erwarten unter dieser Annahme bei der Erwerbstätigkeit 1998 jahresdurchschnittlich eine Abnahme um 165.000 Personen (-0,5 %). Dennoch nimmt das Ungleichgewicht von Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage nicht weiter zu, weil das Erwerbspersonenpotential zugleich in etwa dieser Höhe abnimmt (-170.000).

Umschichtungen innerhalb des Saldos der Arbeitsmarktbilanz – von verdeckter hin zu offener Unterbeschäftigung – ergeben einen fast unverändert hohen Stand der registrierten Arbeitslosigkeit: Im Jahresdurchschnitt 1998 rechnen wir in unserer mittleren Variante mit 4,46 Mio Arbeitslosen (vgl. Tabelle 1).

Dieser Anstieg um 75.000 ist eine Hypothek der schlechten Entwicklung im Vorjahr (Überhang am Jahresende +120.000, vgl. Schaubild 7). Noch im Lauf des ersten Halbjahres rechnen wir mit einer Tendenzwende bei der registrierten Arbeitslosigkeit. Zum Jahresende hin dürfte der Vorjahresstand um rd. 90.000 unterschritten werden.

Ein optimistisches Szenario

Sollten aber mehrere günstige Bedingungen zusammenwirken, halten wir eine bessere Entwicklung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt für möglich. Dieses *optimistische Szenario* spiegelt die *Variante III* unserer Alternativrechnung wider. Sie setzt voraus, daß die volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen auf der Kostenseite wie auf der Nachfrageseite stärker in Richtung Expansion eingestellt sind.

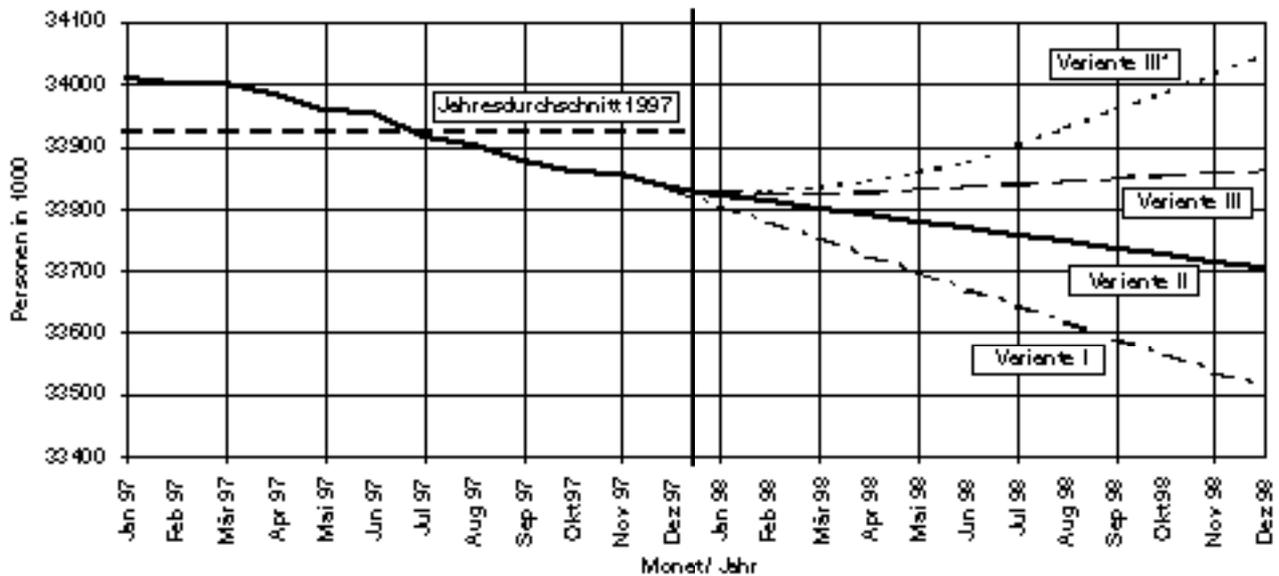
Konkret heißt dies zunächst, daß zumindest von der Lohn-, Zins- und Rohstoffpreisentwicklung keine dämpfenden Wirkungen ausgehen. Allerdings sind günstige Angebotsbedingungen zwar notwendig, aber nicht hinreichend für eine spürbare Beschleunigung der wirtschaftlichen Entwicklung. Wir nehmen deshalb außerdem an, daß die Außennachfrage mit unvermindertem Tempo zunimmt, die Finanzkrise in Asien die Entwicklung nicht wesentlich beeinträchtigt, die Ausrüstungsinvestitionen schnell in Schwung kommen, die Bauinvestitionen sich allmählich fangen und letztlich auch der private Verbrauch angeregt wird.

Wir halten dann eine Zunahme der realen Produktion von Waren und Dienstleistungen um $3\frac{1}{4}$ % für erwartbar.

Das beschleunigte Wirtschaftswachstum würde die Zunahme der Arbeitsproduktivität sowie der Jahresarbeitszeit etwas erhöhen und den Beschäftigungsrückgang abbremsen. Zwar wäre auch dann zunächst noch mit rückläufigen Erwerbstätigenzahlen zu rechnen (wenn man einmal von Saisonauschlägen absieht), aber im zweiten Halbjahr dürfte sich der Trend wenden. Im Jahresdurchschnitt läge die Erwerbstätigenzahl zwar immerhin noch um 90.000 (-0,3 %) unter dem Vorjahresstand, zum Jahresende hin könnte er dann aber deutlich übertroffen werden.

Auch die Arbeitslosenzahlen ergäben im Jahresverlauf ein besseres Bild. Im Zusammenspiel mit den Entlastungen auf der Angebotsseite des Arbeitsmarktes könnten sie relativ

Schaubild 6: Entwicklungstrends der Erwerbstätigkeit* in der Bundesrepublik Deutschland 1997 und 1998



* Saisonbereinigte Zahlen

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des IAB

frühzeitig, über das saisonübliche Maß hinaus, abnehmen. Der kräftige Anstieg im Vorjahr wird freilich noch nicht ausgeglichen, so daß die jahresdurchschnittliche Arbeitslosen-zahl mit rd. 4,41 Mio auch unter den optimistischen Annahmen der Variante III über dem Vorjahresstand liegen würde.

Ein pessimistisches Szenario

Neben diesen Chancen sind aber auch Risiken zu bedenken, sowohl auf der Angebotsseite wie auf der Nachfrageseite. Die *Variante I* spiegelt ein *pessimistisches Szenario* wider.

So könnten z.B. kräftige Lohnsteigerungen über die Produktivitätszunahme hinaus die Minderung des Kostendrucks und die in den letzten Jahren erzielten Gewinne an Wettbewerbsfähigkeit gefährden und die aktuell verbesserten Erwartungen der Betriebe und das Wirtschaftsklima destabilisieren. So wird befürchtet, verstärkte Lohnsteigerungen könnten zusätzlichen Rationalisierungsdruck erzeugen und ihre möglichen nachfragefördernden Wirkungen überkompensieren.²⁶

Risiken gibt es auch im Hinblick auf die Entwicklung der Außennachfrage. Eine schwächere Zunahme der Exporte (bzw. des Außenbeitrags) bei weiter lahmender Verbrauchernachfrage könnte die notwendige Belebung der Investitionstätigkeit verzögern oder verhindern. Eine restriktivere Finanzpolitik des Staates würde die kurzfristige Entwicklung zusätzlich belasten.

Alles in allem könnte dies den Wirtschaftsaufschwung spürbar schwächen. Wir unterstellen in der *Variante I* unserer Alternativrechnung eine Zunahme der realen Produktion von Waren und Dienstleistungen um nur 2¹/₄ %. Das wäre zwar jahresdurchschnittlich etwa soviele Zuwachs wie im Vorjahr, nach dem damaligen Anstiegswinkel aber eine Abflachung des Wachstumstrends. Im Sog dieser Wachstumsverlangsamung würde die Beschäftigung dann – wahrscheinlich sogar leicht beschleunigt – das ganze Jahr über abnehmen. Eine Trendwende wäre außer Reichweite. Im Jahresdurchschnitt

dürfte die Erwerbstätigenzahl um knapp 1/4 Mio unter den Vorjahresstand fallen. Trotz der Entlastung auf der Angebotsseite stiege die Arbeitslosigkeit weiter an. Unter diesen pessimistischen Annahmen erwarten wir im Jahresdurchschnitt gut 4,5 Mio Arbeitslose, knapp 150.000 mehr als im Vorjahr.

Ein ausgeprägt optimistisches Szenario

In letzter Zeit werden Stimmen laut, die eine günstigere Entwicklung für möglich halten, als wir sie in unserem optimistischen Szenario III dargestellt haben. Diese können und wollen wir nicht ausschließen. Voraussetzung dafür ist allerdings, daß die konjunkturelle Entwicklung stärker als derzeit allgemein erwartet in Fahrt kommt und durch unterstützende, frühzeitig wirkende beschäftigungsfördernde Maßnahmen flankiert wird. In groben Strichen sei dazu eine *ausgeprägt* optimistische Variante III* skizziert (vgl. Tabelle 1).

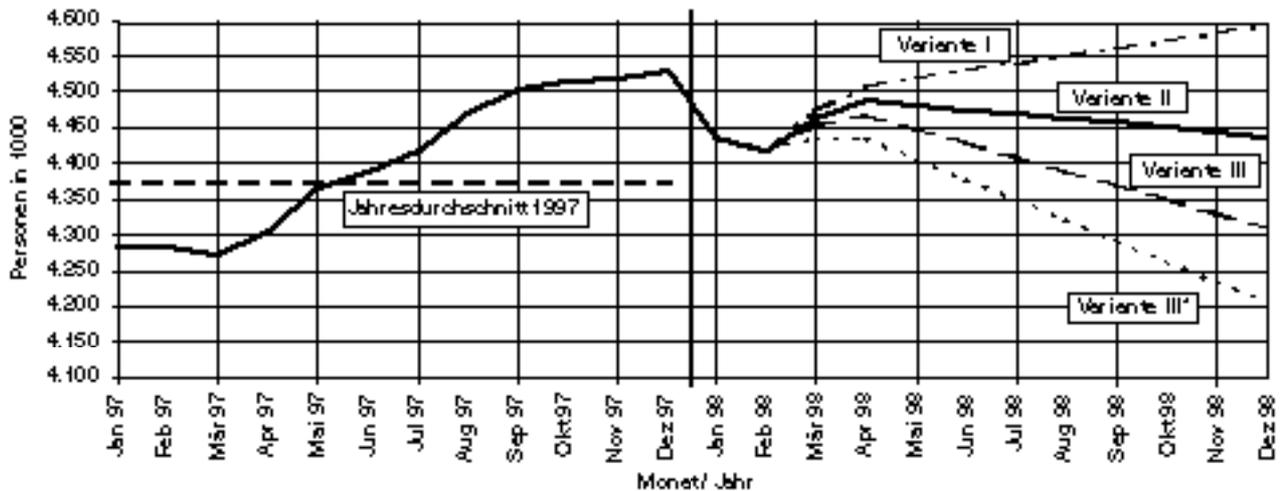
Grundlegend ist hier die Annahme eines kräftigen Wachstumsschubs in West- und Ostdeutschland. Dies setzt – neben den oben genannten *Bedingungen* des Szenarios III – voraus, daß die Anlageinvestitionen schnell, kräftig und nachhaltig in Gang kommen und sich über Multiplikator- und Akzeleratorprozesse ein selbsttragender, immer mehr auf der Binnen-nachfrage fußender Aufschwung entfaltet.

Eine tragende Rolle spielt dabei auch eine Tarifpolitik, die einerseits die Erfolge bei der Kostenentlastung und Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit sichert, andererseits aber auch die private Konsumnachfrage im Blick hat. Nicht minder bedeutsam wäre die Rolle der Finanzpolitik: Unterstützende Maßnahmen und Bemühungen, ohnehin geplante Projekte vorzuziehen, könnten z.B. helfen, die Entwicklung im Bau-sektor schnell zu stabilisieren. Angesichts aktuell geringer Preissteigerungen könnte die Geldpolitik diesen dynamischen Prozeß positiv begleiten, ohne im Hinblick auf die Preisstabilität Risiken einzugehen.

Unter solchen außerordentlich günstigen Bedingungen ist ein reales Wirtschaftswachstum von 3³/₄ % durchaus vorstellbar. Der zusätzliche Wachstumsschub würde zwar nicht in *vollem*

²⁶ Vgl. Pohl, R.: Tarifpolitik nicht vorzeitig forcieren!, in: IWH, Wirtschaft im Wandel, Heft 2, 1998, S. 2.

Schaubild 7: Entwicklungstrends der Arbeitslosigkeit* in der Bundesrepublik Deutschland 1997 und 1998



* Saisonbereinigte Zahlen

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des IAB

Umfang die Arbeitskräftenachfrage steigern, denn Arbeitszeitreserven und höhere Auslastung dürften die Wirkung der Gütermarkimpulse auf die Beschäftigung etwas dämpfen. Im Jahresverlauf könnte sich jedoch eine frühzeitige Tendenzwende und ein kräftiger Anstieg der Arbeitskräftenachfrage im zweiten Halbjahr einstellen. Es kann dann damit gerechnet werden, daß zum Jahresende hin rd. 200.000 Arbeitsplätze gewonnen sind und ein Abbau der Arbeitslosigkeit um rd. 300.000 Personen zu verzeichnen ist. In jahresdurchschnittlicher Rechnung dürfte die Zahl der registrierten Arbeitslosen mit 4,36 Mio den Vorjahresstand spürbar unterschreiten. Eine solche Entwicklung könnte auch durch einen verstärkten Einsatz der Arbeitsmarktpolitik gefördert werden.

Angesichts des nach wie vor hohen Arbeitsplatzdefizits wäre es allerdings verfrüht, darin bereits den Durchbruch am Arbeitsmarkt zu sehen.

Unsere Alternativrechnungen deuten an, daß Arbeitsmarktentwicklungen nicht zwangsläufig sind. Auf Gestaltungsspielräume verschiedener Politikbereiche und auf mögliche Auswirkungen einzelner Strategien und Strategiebündel hat das IAB in der Vergangenheit mehrfach hingewiesen.²⁷

Die projizierten Tendenzen der Entwicklung von Erwerbstätigen- und Arbeitslosenzahlen in Deutschland unter den Annahmen der beschriebenen Szenarien für das Jahr 1998 sind in den Schaubildern 6 und 7 dargestellt. Aufgrund von vielfältigen konjunkturellen, saisonalen und Sondereinflüssen im Jahresverlauf wird die tatsächliche monatliche Entwicklung freilich nicht genau diesen Pfaden folgen, sondern sie im wesentlichen überlagern. So könnten z.B. Konsumgüterkäufe mit Blick auf die Mehrwertsteuererhöhung vorgezogen werden und die Beschäftigungslage in Teilbereichen vorübergehend verbessern. Außerdem könnten die im ganzen wieder größeren Möglichkeiten der Arbeitsmarktpolitik im Jahresverlauf früher oder später entlastend wirken (siehe Abschnitt 4). Zu bedenken sind auch außergewöhnliche Witterungsverhältnisse.

rungsverhältnisse.

4 Entlastung durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit (BA) 1997 und 1998

Wir haben im vorstehenden Abschnitt dargelegt, daß sich im Jahr 1998 Chancen auf eine weitere Stabilisierung der Arbeitsmarktentwicklung in Deutschland eröffnen und daß es Risiken gibt. Während sich in den alten Bundesländern Besserungstendenzen abzeichnen, rechnen wir in den neuen mit einer weiteren Verschlechterung der Lage.

Das Arbeitsplatzdefizit in Deutschland veranschlagen wir 1998 – je nachdem wie man rechnet – auf 6¹/₂ - 7¹/₂ Mio.

Diese Lücke zu schließen, gilt allgemein als gesamtstaatliche Herausforderung. Über die Wege zu diesem Ziel besteht allerdings Uneinigkeit. Für uns ist es unstrittig, daß die Wege zum Abbau eines globalen Arbeitsplatzdefizits dieser Größenordnung vorrangig über den ersten Arbeitsmarkt führen und daß das Ziel nicht in wenigen Jahren zu erreichen ist. Angesichts der aktuellen Beschäftigungsperspektiven und der anhaltend hohen Langzeitarbeitslosigkeit kommt deshalb dem Einsatz der arbeitsmarktpolitischen Instrumente der BA auch weiterhin große Bedeutung zu. Vor allem sollte der sicherlich langwierige wirtschaftliche Annäherungsprozeß der neuen an die alten Länder aus ökonomischen, sozialen und politischen Gründen durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen unterstützt und flankiert werden, ohne ihn zu behindern.

Das Recht der Arbeitsförderung wurde mit Wirkung vom 01.04.1997 (AFG-Änderung) und 01.01.1998 (Einführung des SGB III) vollständig überarbeitet. Stärker als im Arbeitsförderungsgesetz (AFG) wird im Sozialgesetzbuch (SGB) III der Vorrang der Arbeitsvermittlung und die sie unterstützende Funktion der Arbeitsförderung herausgestellt. Durch die stärkere Verlagerung von Entscheidungskompetenz und Verantwortung auf die Arbeitsämter sollen Kreativität und Effizienz gesteigert werden.²⁸ Die weitreichenden Rahmenzielsetzungen der Arbeitsmarktpolitik nach dem AFG (Beiträge zu einem hohen Beschäftigungsstand und zu einer Verbesserung der Beschäftigungsstruktur) sind nicht übernommen worden. Stärker als bisher ist der Erfolg arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen künftig an der angestrebten Eingliederung

²⁷ Vgl. Fußnote 22.

²⁸ Vgl. Blüm, N.: Reform der Arbeitsförderung – Vom Kopf auf die Füße, in: Bundesarbeitsblatt, 7-8/1997, S. 5ff.

²⁹ Vgl. Ammermüller, M.: Reform der Arbeitsförderung – Grundlinien, in: Bundesarbeitsblatt 7-8/1997, S. 8.

der Geförderten in den *ersten* Arbeitsmarkt zu messen.

Das Einzelziel des hohen Beschäftigungsstandes ist im SGB III zwar nicht mehr herausgehoben, behält aber in Verbindung mit den Zielen des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes seine Bedeutung für die Arbeitsmarktpolitik.²⁹ Nicht zuletzt deshalb ist weiterhin zu untersuchen, in welchem Umfang die Arbeitsmarktpolitik aktuell und *gesamtwirtschaftlich* Beschäftigung schafft und die registrierte Arbeitslosigkeit entlastet, sei es durch befristete Beschäftigung z.B. in ABM, sei es durch vorübergehende Kurzarbeit oder Teilnahme an beruflicher Weiterbildung.

Aufgrund gesamtwirtschaftlicher Zusammenhänge könnte die Arbeitsmarktpolitik allerdings, so wird nicht selten vermutet, zu Lasten bestehender oder potentiell entstehender Arbeitsplätze gehen. Soweit Ausgaben für die geförderten Maßnahmen aus dem bestehenden gesamtwirtschaftlichen Einkommenskreislauf finanziert werden, könne es zu entsprechenden Beschäftigungseinbußen an anderer Stelle kommen.

Dieser Frage kommt große Bedeutung zu, denn für die in unserer Entlastungsrechnung berücksichtigten Maßnahmen wird nach wie vor ein hohes Mittelvolumen eingesetzt. Für 1998 sind dafür im Haushalt der BA ca. 30 Mrd eingeplant, das sind rd. 30 % des gesamten Haushaltsvolumens. Auf den ersten Blick entsteht der Eindruck, die Ausgaben für Arbeitsmarktpolitik übersteigen bei weitem das Gesamtdefizit der BA, denn der Haushaltsplan für 1998 schließt mit einem Negativsaldo von 14 Mrd DM. Durch Einsparungen, so könnte fälschlicherweise vermutet werden, ließe sich die Haushaltslücke schließen. Und: Da das Defizit der BA vom Bund aufzubringen und damit Teil des gesamtstaatlichen Defizits ist, würde letzteres ohne die Arbeitsmarktpolitik geringer ausfallen. Dies wiederum könnte den Kapitalmarkt entlasten, über Zinssenkungen die Investitionen anregen und damit die Beschäftigungslage am ersten Arbeitsmarkt verbessern.

Die Vorstellung, die Ausgaben für die aktive Arbeitsmarktpolitik würden bei einem Verzicht auf diese Maßnahmen zu Einsparungen in entsprechender Höhe führen, vernachlässigt allerdings volkswirtschaftliche, budgetübergreifende Sachverhalte und Zusammenhänge.

Der Abschätzung von wirtschaftlichen Kreislaufeffekten müssen anstelle von *Bruttogrößen* vielmehr *Nettogrößen* zu-

grunde gelegt werden. So würden registrierte Arbeitslose großenteils weiterhin Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe beziehen, also *andere* Ausgabebetitel des Budgets belasten, wenn sie nicht in Maßnahmen einmünden könnten. Darüber hinaus ergäben sich auch Mindereinnahmen bei Steuern und Beiträgen. Die kreislaufrelevanten Nettoausgaben zeigen sich erst, wenn die Bruttoausgaben um die *Alternativkosten der Arbeitslosigkeit* vermindert werden. Diese haben beträchtlichen Umfang. Im Jahr 1997 beliefen sich die *gesamtfiskalischen Kosten der registrierten Arbeitslosigkeit* auf rd. 166 Mrd DM. Diese Summe enthält Ausgaben (55 %) und Mindereinnahmen (45 %) der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherungsträger aufgrund der registrierten Arbeitslosigkeit (Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe etc., Sozialhilfe und Wohngeld, entgangene Steuern und Sozialbeiträge).³⁰ Nach unseren Berechnungen sind die *Nettokosten* für aktive Arbeitsmarktpolitik – vorsichtig geschätzt – mit durchschnittlich rd. 30 % anzusetzen. Demnach ist also die mögliche Einsparung, die durch ein Herunterfahren der Arbeitsmarktpolitik erzielt werden könnte, per Saldo weitaus kleiner, als es zunächst den Anschein hat. Ohne die eingangs genannten Maßnahmen könnte sich zwar ein um 9 Mrd kleineres Defizit ergeben, allerdings u. a. um den Preis höherer Arbeitslosigkeit.

Diese Betrachtung zeigt andererseits auch, daß sich die Arbeitsmarktpolitik nicht in Gänze selbst finanziert. Es verbleiben Nettokosten, die volkswirtschaftliche Kreislaufwirkungen haben können. Ihr Einfluß auf dem Arbeitsmarkt hängt u.a. davon ab, wie sie finanziert werden. Werden sie aus den *Beitragseinnahmen* gespeist, müßten – unter sonst etwa gleichen Bedingungen – negative Beschäftigungseffekte in Ansatz gebracht werden, weil dies die verfügbaren Einkommen und damit die kaufkräftige Nachfrage schmälert sowie die Lohnzusatzkosten erhöht.

Werden zur Finanzierung höhere *Kredite* aufgenommen, so hängen die Arbeitsmarkteffekte auch vom Ergebnis der Transmissionsmechanismen des Kapitalmarkts ab (z.B. wären Verdrängungsvorgänge zu Lasten privater Investoren, Zinssteigerungen und Verteuerung von Krediten für Konsumenten und Unternehmen nicht ohne weiteres auszuschließen).

Die prinzipiell einfache volkswirtschaftliche Saldenmechanik wird also schnell kompliziert, denn es kommen vielgliedrige Wirkungsketten ins Spiel. Das *Ergebnis* der Wirkungsbilanz ist sehr unsicher, zumal der Arbeitsmarktpolitik neben den aktuell faßbaren (kurzfristigen) Entlastungseffekten auch mögliche positive Allokationseffekte zugeschrieben werden können, die dem Arbeitsmarkt oft auf mehr oder weniger lange Sicht zugute kommen und die Nettokosten weiter verringern.

Unabhängig davon wird oft auch gefragt, ob eine *grundsätzlich andere* inhaltliche Ausrichtung der Beschäftigungspolitik zu insgesamt besseren Arbeitsmarktergebnissen führen würde. So könnten z.B. anstelle der arbeitsmarktpolitischen Aktivitäten die Beiträge zur BA gesenkt werden. Dies würde die Nettoeinkommensquote erhöhen sowie die Lohnzusatzkosten verringern und könnte im Ganzen die Güter- und Arbeitsnachfrage steigern. Oder: An die Stelle der Arbeitsmarktpolitik könnten theoretisch auch Investitionen der Gebietskörperschaften treten. Es sind auch Kombinationen dieser und anderer Alternativen denkbar.

Die Frage nach dem optimalen policy-mix ist allerdings nicht wissenschaftlich befriedigend beantwortet. Dies würde die Simulation von Arbeitsmarkt- und Budgetwirkungen der ver-

³⁰ Vgl. Bach, H.-U., Spitznagel, E.: Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen – Entlastungswirkungen und Budgeteffekte, in: Brinkmann, Ch./Schober, K. (Hrsg.): Erwerbsarbeit und Arbeitslosigkeit im Zeichen des Strukturwandels, BeitrAB 163, Nürnberg 1992.

³¹ Vgl. ebd., S. 214 ff.

³² Einer wissenschaftlichen Evaluation der Arbeitsmarktpolitik sind aus methodischen Gründen enge Grenzen gezogen. Zwar gibt es inzwischen eine stark angewachsene deutsche und internationale Literatur zu diesem Thema, doch handelt es sich dabei meist um (oft methodisch nicht unproblematische) mikroanalytische Untersuchungen zum Wiedereingliederungserfolg nach der Teilnahme an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen. An Untersuchungen über kurzfristige *makroökonomische Nettobeschäftigungs- und Entlastungseffekte* sowie über mögliche längerfristige Auswirkungen auf Wachstum und Beschäftigung besteht u.E. nach wie vor ein empfindlicher Mangel. Versuche in diese Richtung wurden unternommen. Erste Simulationsrechnungen für ABM (West), die auch mögliche Lohnreaktionen im gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang zu berücksichtigen suchten, ergaben erhebliche direkte und indirekte Beschäftigungseffekte. Vgl. Buttler, F. Emmerich, K.: Kosten und Nutzen aktiver Arbeitsmarktpolitik im ostdeutschen Transformationsprozeß, Schriften des Vereins für Socialpolitik, Folge 239; Gutmann, G. (Hrsg.): Die Wettbewerbsfähigkeit der ostdeutschen Wirtschaft, 1995, S. 86 ff. Das Simulationsmodell halten wir allerdings für zu grob spezifiziert, um mehr als Aussagen über Tendenzen und Größenordnungen zu rechtfertigen. Hier sehen wir weiterhin erheblichen Forschungsbedarf.

schiedenen alternativen Mittelverwendungsstrategien und eine Bewertung ihrer Ergebnisse erfordern.

Die vielfältigen Probleme, die eine anspruchsvolle Wirkungsforschung diesbezüglich zu bewältigen hätte, sollen hier nicht erörtert werden.³¹ Ebenso wenig die Facetten der Implementationsforschung. Auf diesen Gebieten bestehen nach wie vor große Forschungslücken.³²

Mangels besserer Hypothesen nehmen wir deshalb im folgenden an, daß die Nettokosten der Arbeitsmarktpolitik *nicht* zu Lasten des bestehenden Einkommenskreislaufs gehen, sondern aus der Nettokreditaufnahme finanziert werden. Eine zweifelsfreie wirtschaftswissenschaftliche Begründung dieser Annahme, im Sinne einer eindeutigen Kausalitätsbeziehung zwischen dem gesamtstaatlichen Defizit und den (Netto-)Ausgaben für die Arbeitsmarktpolitik, ist allerdings nicht zu liefern. Dennoch halten wir sie für vertretbar. Zum einen kann davon ausgegangen werden, daß – dem Versicherungsprinzip folgend – Pflichtleistungen der BA im engeren Sinne (wie z.B. Arbeitslosengeld und Kurzarbeitergeld) aus den Beiträgen der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber finanziert werden und daß Ausgaben für Arbeitsmarktpolitik, wenn sie dadurch nicht gedeckt sind, letztlich zu Lasten des Bundeshaushalts gehen, weil es sich bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit um eine gesamtstaatliche Aufgabe handelt. Dementsprechend wird in der politischen Wirklichkeit die Höhe der Nettokreditaufnahme von den Handelnden denn auch u.a. mit dem bestehenden Arbeitsmarktgleichgewicht begründet. So kann der Beitrag des Bundes zum Haushalt der BA im Rahmen seiner Defizithaftung als Beitrag zur Arbeitsmarktpolitik verstanden werden, der seinerseits Bestandteil des gesamtstaatlichen Defizits ist. Bei Vollbeschäftigung und ausgeglichenem Staatshaushalt sind arbeitsmarktpolitische Maßnahmen in der Regel nicht nötig und der Staat braucht netto keine Kredite aufzunehmen, denn seine Einnahmen decken die Ausgaben. Bei Unterbeschäftigung werden Defizite in Kauf genommen (automatische Stabilisatoren) oder sie entstehen (im Idealfall vorübergehend) u.a. aufgrund von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen.

Werden gleichzeitig andere Staatsausgaben zurückgenommen, so geschieht dies in der Regel im Hinblick auf langfristige Ziele, wie Rückführung der Staatsquote z.B. durch Abbau von Personal im öffentlichen Dienst. Werden gleichzeitig Staatseinnahmen erhöht, so geschieht das in der Regel nicht wegen arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen, sondern zum Ausgleich von Einnahmeausfällen oder zur Finanzierung von Mehrausgaben, z.B. bei bestimmten Systemen der sozialen Sicherung, oder aufgrund von wachstums- oder verteilungspolitisch motivierten Änderungen im Steuersystem. Solche Veränderungen auf der Einnahmen- wie auf der Ausgabe-seite des Staatshaushalts haben ursächlich aber nichts mit der Arbeitsmarktpolitik zu tun.

Wir nehmen weiter an, daß die höhere Kreditaufnahme zur Finanzierung der Arbeitsmarktpolitik weder crowding out-Effekte noch Zinssteigerungen am Kapitalmarkt auslöst. Diese Annahme halten wir zumindest für 1998 angesichts der Größenordnung des Finanzbedarfs, um den es hier geht, und

der aktuell relativ entspannten Lage am Kapitalmarkt für zulässig.

Nochmals sei es in aller Deutlichkeit gesagt: Alternative Mittelverwendungen würden sicherlich auch Beschäftigungs- und Entlastungseffekte erzielen. Allerdings wären die Möglichkeiten, sie zu steuern und gezielt für Personengruppen, regionale Brennpunkte, Sektoren oder Maßnahmefelder einzusetzen, sehr begrenzt.

So ist denn der aktiven Arbeitsmarktpolitik auch aus diesen Gründen weiterhin große Bedeutung beizumessen. Wenn sie dem Prinzip „Einsatz vor allem dort wo am nötigsten“ folgt, sich also an Grenzerträgen ausrichtet, kann sie auch Effizienzanforderungen gerecht werden. Dementsprechend ist eine an objektiven Maßstäben orientierte Verteilung des Mitteleinsatzes vorgesehen und wurden die Spielräume der Arbeitsämter erweitert. Ermessensleistungen der Arbeitsförderung können der regionalen Problemlage entsprechend vor Ort optimal gemischt werden. Die Arbeitsämter erhalten deshalb die finanziellen Mittel im Rahmen eines einzigen *Eingliederungstitels*. Durch die Dezentralisierung sollen Zielgenauigkeit, Effektivität und Effizienz gesteigert werden. Anders als in früheren Jahren gibt es infolgedessen keine eindeutigen quantitativen Vorgaben für die Förderziele bei den einzelnen Instrumenten.

Die folgende *Entlastungsrechnung* ist bestrebt, diese besonderen Bedingungen zu berücksichtigen. Die Teilnehmerzahlen für das Jahr 1998 sind aus den oben genannten Gründen nicht als Zielwerte der Arbeitsmarktpolitik, sondern als Schätzwerte der Inanspruchnahme der verschiedenen Fördermöglichkeiten aufzufassen. Verschiedentlich haben hier Planungsdaten und Potentialschätzungen der Arbeitsämter Eingang gefunden (Stand: März 1998 plus einem Zuschlag für weitere Vorhaben). Die Freiheitsgrade sind hier naturgemäß heute größer als früher. Mit Änderungen im Verlauf des Jahres ist deshalb zu rechnen. Hinzu kommen Unsicherheiten aufgrund von Änderungen im statistischen Berichtssystem. So sind z.B. die Zahlen der Teilnehmerstatistik bei den Weiterbildungsmaßnahmen ab 1998 nur eingeschränkt mit den Vorjahreszahlen vergleichbar. Um Brüche in den Zeitreihen möglichst zu vermeiden, erfolgen die Vorausschätzungen in den Tabellen 5a und 5b nach dem bisherigen Konzept.³³

Wir gehen im folgenden davon aus, daß der Eingliederungstitel im Jahr 1998 ausgeschöpft wird. So wurden haushaltsrechtliche Regelungen getroffen, damit die zu Beginn des Jahres bereitgestellten Mittel möglichst vollständig eingesetzt werden können.³⁴ In diese Richtung wirkt auch das 600 Mio-Sonderprogramm der Bundesregierung für 1998, das zum großen Teil den neuen Bundesländern zugute kommen soll. Die Hälfte der Mittel kann für die Finanzierung von Sachkosten bei den Trägern von Allgemeinen Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung eingesetzt werden. Die andere Hälfte dient der Finanzierung von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen bei der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben –, der Treuhandliegenschaftsgesellschaft und der Bundesvermögensverwaltung.

Unsere Entlastungsrechnungen (vgl. Tabellen 5a und 5b) treffen die Kernbereiche der aktiven Arbeitsmarktpolitik (Kurzarbeitergeld, Beschäftigungschaffende Maßnahmen, Vollzeitmaßnahmen zur beruflichen Weiterbildung) sowie arbeitsmarktpolitische Maßnahmen im weiteren Sinne (Schlechtwettergeld, seit 1996 Winterausfallgeld, Maßnahmen zur beruflichen Rehabilitation, Sprachlehrgänge für Aussiedler/Asylbewerber/Kontingentflüchtlinge). Außerdem sind ver-

³³ Mit einer Korrektur des Gesamtniveaus dieser Reihen kann deshalb gerechnet werden.

³⁴ Das Bundesarbeitsministerium hat eine einseitige Deckungsfähigkeit zugunsten des Eingliederungstitels und zu Lasten des Titels Arbeitslosengeld bis zu 1 Mrd DM genehmigt. Dies soll als Katalysator für Planungen und Bewilligungen der Arbeitsämter dienen.

schiedene Vorruhestandsregelungen berücksichtigt sowie die Regelung nach § 428 SGB III (bisher § 105c AFG), wonach Bezieher von Arbeitslosengeld/-hilfe ab dem vollendeten 58. Lebensjahr der Arbeitsvermittlung nicht mehr verfügbar sein müssen und deshalb nicht mehr als registrierte Arbeitslose gezählt werden. Diese Regelung darf freilich nicht den Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik gleichgestellt werden, denn ihr Entlastungseffekt entsteht durch eine statistische Umbuchung in der Arbeitsmarktbilanz („registrierte Arbeitslose an Stille Reserve“) ohne jede Verbindung mit Förderinhalten. Besagte Maßnahmen haben in erster Linie sozialpolitische Wesenszüge.

Daneben gibt es noch *andere Maßnahmen* der Arbeitsförderung der BA, die aber aus verschiedenen Gründen nicht in diese Entlastungsrechnung einbezogen werden, z.B. Wintergeld, Eingliederungszuschüsse, Einstellungszuschüsse bei Neugründungen, Förderung selbständiger Tätigkeit, Trainingsmaßnahmen, Mobilitätshilfen, Eingliederungsverträge. Oft erhöhen sie zwar die Einstellungschancen bestimmter, z.B. schwer vermittelbarer Personen und erfüllen so die Brückenfunktion der Arbeitsmarktpolitik, ihr *gesamtwirtschaftlicher Nettoeffekt* auf Arbeitslosigkeit und Beschäftigung ist aber in der Regel schwer einzuschätzen.

4.1 Alte Bundesländer

Im Jahresdurchschnitt 1998 erwarten wir 100.000 *Kurzarbeiter*, ein Viertel weniger als im Vorjahr. Dieser Einschätzung liegt die mittlere Variante unserer Alternativrechnungen im Abschnitt 2 zugrunde (Wirtschaftswachstum von $2^{3/4}$ %). Bei einem durchschnittlichen Arbeitsausfall von 41 % entspricht dies einem Beschäftigungsäquivalent von gut 40.000 und einer Entlastung der Arbeitslosenzahl um knapp 30.000 Personen.

Für das *Winterausfallgeld* gilt seit dem vierten Quartal 1997 eine andere Regelung (§ 214 SGB III, bisher §§ 81ff AFG). So wird jetzt bereits nach 120 Stunden (vorher 150 Stunden) witterungsbedingtem Arbeitsausfall in einem Kalenderjahr das Winterausfallgeld von der BA bezahlt (Für die hier anzustellende Entlastungsrechnung ist nur der Teil relevant, der die BA betrifft). Für 1997 ergab sich eine Inanspruchnahme für die alten Bundesländer in Höhe von 3.000 Personen im Jahresdurchschnitt. Für 1998 nehmen wir an, daß sich der Entlastungseffekt in ähnlicher Größenordnung bewegt.

Die Zahl der Teilnehmer an *Allgemeinen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM)* lag im Jahresdurchschnitt 1997 mit 59.000 Personen um 15 % unter dem Stand des Vorjahres. Für 1998 zeichnet sich nach den Planungen der Arbeitsämter eine Zahl von etwa 60.000 Teilnehmern ab. Werden die *zusätzlichen* Beschäftigungseffekte³⁵ berücksichtigt, die sich aus der Anregung von Konsum- und Vorleistungsnachfrage ergeben sowie der Tatsache, daß diese zum Teil der Stillen Reserve zugute kommen, ergibt sich für 1997 eine Gesamtentlastung der registrierten Arbeitslosigkeit um 75.000; 1998 dürfte diese Zahl bei knapp 75.000 Personen liegen.

³⁵ Vgl. Bach, H.-U./Spitznagel, E.: a.a.O., S. 207 ff. und die dort angegebene Literatur.

³⁶ Hilfsweise unterstellen wir im Hinblick darauf ABM-ähnliche Verhältnisse.

³⁷ Die berufliche Erstausbildung jugendlicher Rehabilitanden bleibt in dieser Entlastungsrechnung unberücksichtigt, weil dieser Personenkreis zwischen den Nichterwerbspersonen (Schulische Ausbildung) und dem Erwerbspersonenpotential steht und diese Grenze fließend ist. Entsprechendes gilt für die allgemeinen Hilfen zur beruflichen Erstausbildung nach dem AFG.

Die *Strukturanpassungsmaßnahmen (SAM)* (bisher produktive Lohnkostenzuschüsse nach § 242s AFG) sind mit 8.000 im Jahresdurchschnitt geförderten Personen auch 1997 hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Für 1998 ist im BA-Haushalt eine Zunahme auf 13.000 Personen angesetzt. Einschließlich zusätzlicher indirekter Effekte³⁶ rechnen wir für 1998 auf dieser Basis mit einer Entlastung der Arbeitslosenzahl durch SAM in den alten Bundesländern um 16.000 Personen.

Die Beschäftigungschaffenden Maßnahmen *insgesamt* (ABM und SAM) entlasten die Arbeitslosigkeit dann 1998, wie im Vorjahr, um rd. 90.000 Personen.

Die Zahl der Teilnehmer an *Vollzeitmaßnahmen zur beruflichen Weiterbildung* ist 1997 stark gesunken. Sie lag im Jahresdurchschnitt bei gut 220.000 Personen. 1998 zeichnet sich nach den Planungen der Arbeitsämter ein weiterer Rückgang auf knapp 200.000 Teilnehmer ab. Bei anhaltend starker Ausrichtung der Maßnahmen auf registrierte Arbeitslose dürfte die Arbeitsmarktentlastung 1998 bei knapp 190.000 Personen liegen.

Darüber hinaus fördert die BA im Rahmen der *beruflichen Rehabilitation* in erheblichem Umfang behindertenspezifische Bildungsmaßnahmen. Bei vielen Rehabilitanden in berufsfördernden Maßnahmen mit dem Ziel der Wiedereingliederung sowie in Weiterbildungsmaßnahmen dürfte Arbeitslosigkeit vermieden werden.³⁷ Der durchschnittliche Teilnehmerbestand ist seit 1995 weitgehend unverändert. Bei den vor Beginn der Maßnahme arbeitslosen Teilnehmern kann unterstellt werden, daß sie sonst auch weiterhin arbeitslos gewesen wären. Bei den anderen wird dies zu zwei Dritteln angenommen. Bei einer Teilnehmerzahl von 36.000 Personen wird die Entlastung der registrierten Arbeitslosigkeit für 1998 auf knapp 30.000 Personen im Jahresdurchschnitt geschätzt.

Sprachlehrgänge werden als Hilfe zur Integration von arbeitslosen Aussiedlern, Asylberechtigten und Kontingentflüchtlingen durchgeführt. Die Teilnahme verhindert zunächst Arbeitslosigkeit, weil ohne diese Maßnahme eine unmittelbare Eingliederung in der Regel nicht möglich wäre. Wie nicht anders zu erwarten, verlaufen die Teilnehmerzahlen in etwa parallel zur vorangegangenen Zuwanderung. Wir rechnen daher nach einer Inanspruchnahme von durchschnittlich 33.000 im Jahr 1997 mit nur noch 30.000 Personen im Durchschnitt 1998. In jeweils gleicher Höhe wird die Arbeitslosigkeit entlastet.

Vorruhestandsgeld und *Altersübergangsgeld* spielen 1998 keine Rolle mehr. Die 1996 eingeführte *Altersteilzeitregelung* wird bislang in sehr geringem Umfang angenommen. Wir erwarten, daß der Bestand von 2.000 Personen im Jahresdurchschnitt 1997 auf 5.000 im Jahr 1998 ansteigt. Die Entlastung der Arbeitslosenzahl – für zwei Altersteilzeitfälle ein (eingestellter oder vermiedener) Arbeitsloser – ist theoretisch halb so hoch. In dem Maße, wie die Möglichkeit der Blockung genutzt wird, tritt die Entlastung allerdings erst in späteren Jahren ein.

Insgesamt würden diese Maßnahmen der BA die registrierte Arbeitslosigkeit im Jahr 1998 in den alten Bundesländern um gut 370.000 Personen entlasten; gegenüber dem Vorjahr wäre dies eine Minderung um 30.000.

Die *Regelung für ältere Bezieher von Arbeitslosengeld/-hilfe nach § 428 SGB III* (bisher § 105c AFG) wird seit dem Beginn des zweiten Halbjahrs 1995 immer weniger in Anspruch genommen. Nach einem Höchststand im Jahresdurchschnitt

1995 mit gut 145.000 Personen und einem Stand von 130.000 im Jahre 1997 rechnen wir für 1998 mit einem weiteren Absinken auf gut 120.000. In derselben Größenordnung wird dann die registrierte Arbeitslosigkeit entlastet.

Im *Ganzen* ist die Arbeitslosigkeit aufgrund der genannten Maßnahmen in den alten Bundesländern im Jahr 1997 um gut 1/2 Mio Personen niedriger ausgefallen. Im Jahresverlauf haben die Entlastungswirkungen stark nachgelassen (vgl. Tabelle 5a). Die Entlastung ist insgesamt etwa so groß gewesen, wie wir sie vor Jahresfrist eingeschätzt haben. Im Jahresdurchschnitt 1998 werden die entlastenden Wirkungen der Arbeitsmarktpolitik erneut geringer sein als im Durchschnitt des Vorjahres. Wir veranschlagen sie auf knapp 1/2 Mio Personen. Damit könnte aber das zum Ende des Vorjahres erreichte Niveau etwa gehalten werden.

4.2 Neue Bundesländer

Die *Kurzarbeiterzahl* ist im Jahr 1997 bei insgesamt schwacher wirtschaftlicher Entwicklung stark zurückgegangen (Jahresdurchschnitt 50.000 Personen). Dies ist wohl auch Ausdruck einer kurzfristig zurückhaltenden Personalpolitik. Offenbar waren viele Betriebe auf weiterhin rückläufigen Arbeitskräftebedarf eingestellt. Für 1998 rechnen wir in der „mittleren“ Variante mit einem erneuten Rückgang, auf jahresdurchschnittlich 40.000 Personen. Der Stundenausfall je Kurzarbeiter dürfte im statistischen Mittel mit 52 % weiterhin deutlich höher liegen als in den alten Bundesländern (41 %). Dem Volumen der Kurzarbeit im Jahr 1998 entspricht ein Beschäftigungsäquivalent von gut 20.000 und eine Verringerung der registrierten Arbeitslosigkeit um 15.000 Personen.

Das *Winterausfallgeld* wurde wie in den alten Bundesländern 1997 wenig in Anspruch genommen. Für 1998 rechnen wir aufgrund der nun günstigeren Ausstattung mit einer Zunahme. Die milde Witterung zum Jahresanfang sowie die abgeschmolzene Baubeschäftigung dürfte aber die Inanspruchnahme dämpfen. Die Entlastung veranschlagen wir auf 2.000 Personen im Jahresdurchschnitt.

Die *Allgemeinen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM)* haben stark an Boden verloren. Die Zahl der Geförderten ist im Verlauf des Jahres 1997 drastisch zurückgegangen. Mit jahresdurchschnittlich 154.000 Personen wurde der Stand des Vorjahres um fast 40.000 unterschritten, zum Jahresende hin sogar um mehr als das Doppelte. Für 1998 lassen die Planungen der Arbeitsämter im Rahmen der Vorgaben des Haushaltsplans der Bundesanstalt für Arbeit eine durchschnittliche Teilnehmerzahl von ca. 140.000 erwarten. Dies wäre zwar nochmals deutlich weniger als im Vorjahr, aber ausgehend vom niedrigeren Jahresanfangsbestand (rd. 100.000) würde dies einen kräftigen Wiederanstieg im Jahresverlauf ermöglichen. Unter Berücksichtigung von Multiplikatoreffekten könnte dann die registrierte Arbeitslosigkeit durch ABM jah-

resdurchschnittlich 1998 um knapp 180.000 Personen entlastet werden (1997: 195.000).

Die Zahl der Geförderten in *Strukturanpassungsmaßnahmen (SAM)* lag im Jahresdurchschnitt 1997 mit 80.000 Personen etwa auf dem Niveau des Jahres 1996 – allerdings mit stark ansteigender Tendenz im zweiten Halbjahr. Der sprunghafte Anstieg der Teilnehmerzahlen ist das Ergebnis der äußerst positiven Aufnahme einer *Fördervariante* der Strukturanpassungsmaßnahmen: Nach §§ 272ff i. V.m. § 415 Abs. 3 SGB III können Wirtschaftsunternehmen zu günstigen Bedingungen Lohnkostenzuschüsse erhalten. So müssen z.B. die eingestellten Arbeitslosen nicht zu den Schwervermittelbaren gehören und bisher nur mindestens drei Monate arbeitslos gewesen sein. Der Betrieb muß weder eine Nachbeschäftigungsfrist einhalten noch einen Dauerarbeitsplatz bereitstellen. Der Lohnkostenzuschuß ist relativ hoch und die administrative Abwicklung einfach und überschaubar. Offenbar findet die Variante v.a. bei kleinen und mittleren Unternehmen großen Anklang.

Erste Beobachtungen lassen auf Eingliederungserfolge hoffen, denn es werden auf dieser Basis oft schon unbefristete Arbeitsverträge geschlossen. Andererseits könnte dies auch als ein Indiz für Substitutionseffekte gewertet werden, denn gesamtwirtschaftliche Zusätzlichkeit dieser Beschäftigungen wird weder gefordert noch kann sie unterstellt werden. Es spricht einiges dafür, daß die Lohnkostenzuschüsse bei ohnehin fälligen Einstellungen „mitgenommen“ werden, lediglich Vorzieheffekte bewirken oder zu Lasten anderer Förderinstrumente gehen. Empirische Befunde zeigen, daß Lohnsubventionen im ersten Arbeitsmarkt nur zu einem vergleichsweise geringen Anteil gesamtwirtschaftlich zusätzliche Beschäftigung induzieren. Ob dies bei der betrieblichen Variante der Strukturanpassungsmaßnahmen anders zu bewerten ist, bedarf der genauen Untersuchung.³⁸

Bis dahin bleiben die nach dieser Fördervariante beschäftigten Personen in dieser Entlastungsrechnung unberücksichtigt. Wir räumen ein, daß dies eine enge Sichtweise ist, denn es ist nicht auszuschließen, daß mancher Betrieb mit dieser Hilfe die Einstellungsschwelle leichter oder früher überschreitet als ohne sie.

Wir rechnen damit, daß die im BA-Haushalt für 1998 veranschlagte Teilnehmerzahl von jahresdurchschnittlich 160.000 Geförderten in SAM erreicht wird. Der Anteil der betrieblichen Variante wird hier auf gut die Hälfte veranschlagt. Dies entspricht etwa dem zum Jahresende 1997 erreichten Stand.³⁹ Es wird hilfsweise angenommen, daß diese Art von SAM keine Beschäftigungs- und Entlastungseffekte bewirken. Der anderen Hälfte rechnen wir – unter Berücksichtigung von direkten und indirekten Effekten – eine Entlastung der registrierten Arbeitslosigkeit im Jahr 1998 um rd. 100.000 Personen zu.

Die beschäftigungschaffenden Maßnahmen *insgesamt* würden dann im Durchschnitt des Jahres 1998 die Arbeitslosigkeit um knapp 270.000 Personen entlasten, etwas schwächer (-10.000) als im Vorjahr. Ausgehend vom niedrigeren Jahresanfangsstand dürfte die Entlastung im Jahresverlauf aber zunehmen.

An *Maßnahmen zur beruflichen Weiterbildung* (im Vollzeitunterricht) haben im Jahresdurchschnitt 1997 knapp 180.000 Personen teilgenommen. Für 1998 erwarten wir nach dem derzeitigen Planungsstand der Arbeitsämter im Rahmen des Eingliederungstitels des Haushaltsplanes der Bundesanstalt für Arbeit eine Teilnehmerzahl von gut 160.000. Die regi-

³⁸ Diese neue, auf Ostdeutschland beschränkte Form betriebsbezogener Einstellungshilfen wird im Rahmen der anlaufenden IAB-Projekte 10-497 (Selektivität und Eingliederungserfolg betriebsbezogener Einstellungshilfen) und 10-498 (Betriebsbezogene Einstellungshilfen und betriebliches Einstellungsverhalten) explizit berücksichtigt. In diesem Zusammenhang sind auch Einschätzungen zur Frage der „Zusätzlichkeit“ der subventionierten Arbeitsplätze und damit der quantitativen Entlastungswirkung für den Arbeitsmarkt zu erwarten.

³⁹ Ende Februar 1998 waren es bereits 65 %. Angesichts der Unsicherheit über die weitere Entwicklung (Neuinterpretationen der Vergaberegulungen im gewerblichen Bereich könnten die Implementation der nichtbetrieblichen SAM wieder erleichtern) wurde hier trotzdem ein niedrigerer Wert ausgesetzt.

strierte Arbeitslosigkeit wird dadurch in fast gleicher Höhe entlastet. Das wären 14.000 Personen weniger als im Vorjahr. Vom niedrigeren Jahresanfangsbestand (rd. 140.000) ausgehend ist, wie bei ABM, auch bei FuU 1998 Raum für größere Entlastungswirkungen v.a. im zweiten Halbjahr.

Reha-Maßnahmen und *Sprachlehrgänge für Aussiedler* haben in den neuen Bundesländern weiterhin nur geringes Gewicht. Ihre Entlastungswirkung schätzen wir auf knapp 15.000 Personen im Jahresdurchschnitt 1998.

Die ausgelaufene *Altersübergangsgeldregelung*, die 1997 im Jahresdurchschnitt mit immerhin noch knapp 60.000 Personen zur Entlastung der registrierten Arbeitslosigkeit beitrug, wird 1998 keine Rolle mehr spielen, denn fast alle Übergänge in normale Altersrente sind inzwischen vollzogen. Für die *Altersteilzeitregelung* rechnen wir in den neuen Bundesländern 1998 mit einer Inanspruchnahme von jahresdurchschnittlich 2.000 Personen. Die Entlastungswirkung ist entsprechend gering. Wie im Westen wäre sie um die Zahl von „Blockungsfällen“ zu vermindern.

Durch die aufgeführten *BA-Maßnahmen zusammen* ist 1998 eine Entlastung der Zahl der registrierten Arbeitslosen in Höhe von knapp 460.000 Personen möglich. 1997 waren es noch über 540.000, wobei der Rückgang zu 70 % dem Auslaufen der Altersübergangsgeldregelung zurückzuführen ist.

Arbeitslose im Alter von 58 und mehr Jahren müssen sich nicht mehr für eine Vermittlung verfügbar halten und werden dann auch nicht mehr in der Statistik als arbeitslos geführt. Die *Regelung (nach § 428 SGB III bzw. 105c AFG)* spielte bis Ende 1995 in den neuen Ländern nur eine sehr geringe Rolle, denn bis 1993 konnte ab den 55. Lebensjahr Altersübergangsgeld in Anspruch genommen werden, womit auf Jahre hinaus keine Nachfrage für diese Sonderregelung mehr vorhanden war (Inanspruchnahme durch 58jährige oder Ältere). Seit 1993 ist der (Neu-)Zugang in das Altersübergangsgeld nicht mehr möglich und es rücken Jüngere in das Anspruchsalter für die Regelung. Während im Jahresdurchschnitt 1995 erst 7.000 Personen davon Gebrauch machten, belief sich deren Zahl 1997 schon auf 79.000 Personen. Bei steigender Tendenz (4. Quartal: 97.000) schätzen wir die damit verbundene Entlastung der registrierten Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt 1998 auf über 100.000 Personen. Wie im Westen gilt: Diese Regelung ist nicht gleichzustellen den Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik im engeren Sinne.

Im Ganzen haben die aufgeführten Maßnahmen der BA die Arbeitslosigkeit 1997 um gut 620.000 Personen entlastet, das waren rd. 180.000 weniger als im Vorjahr. An die Stelle des Rückgangs der altersbezogenen Maßnahmen ist per Saldo nichts quantitativ gleichwertiges getreten. Im Jahresdurchschnitt 1998 wird die Entlastungswirkung voraussichtlich 560.000 Personen betragen, also erneut geringer sein. Ausgehend vom niedrigen Niveau am Jahresanfang dürfte sie allerdings im Jahresverlauf wieder zunehmen, v.a. weil der Eingliederungstitel Raum für mehr berufliche Bildungsmaßnahmen und beschäftigungsschaffende Maßnahmen (ABM und SAM) läßt. Im Hinblick auf die mit dem SGB III eröffneten regionalen Entscheidungsspielräume haftet dieser Vorausschau allerdings eine wesentlich größere Unsicherheit an als in der vergangenen Jahresprojektion.

5 Ausgewählte Aspekte der Arbeitsmarktentwicklung

Die Darstellung von Grundlinien und Perspektiven der Arbeitsmarktentwicklung kann in diesem Rahmen der Vielfalt

des Arbeitsmarktgeschehens bei weitem nicht gerecht werden. Im folgenden untersuchen wir deshalb zumindest ausgewählte Elemente näher. Sie sind Bestandteil der bisherigen Analyse und wurden schon in gebotener Kürze angesprochen. Sie stehen aber auch für sich, zumal sie unter analytischen wie beschäftigungspolitischen Gesichtspunkten von Bedeutung sind.

Mit Blick auf aktuelle *wirtschaftliche Besonderheiten* beleuchten wir die krisenhafte Entwicklung im Baugewerbe sowie die nachlassende Dynamik im Dienstleistungssektor näher. Größere Aufmerksamkeit widmen wir auch den *krankheitsbedingten Fehlzeiten*, weil sie sich anders als in vergleichenden Zeiträumen verändert haben. Auch die *Überstunden* werden ausführlicher untersucht, weil sie nach wie vor mit im Zentrum der öffentlichen Debatte über Potentiale für mehr Beschäftigung stehen. Daneben gibt es freilich eine Vielzahl von weiteren analytisch und politisch bedeutsamen Aspekten, die in diesem Rahmen aber zunächst nicht hinreichend gewürdigt werden können.

5.1 Sorgenkind Bauwirtschaft – Hoffnungsträger Dienstleistungen?

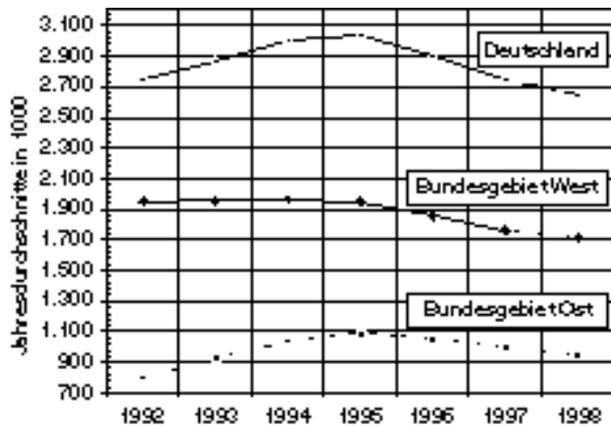
Die Bauwirtschaft steckt in einer Krise, sowohl im Westen als auch noch stärker im Osten. Die realen Bauinvestitionen sinken in Westdeutschland seit 1995 und in Ostdeutschland seit 1996 (vgl. Tabelle 7).

In den *alten Bundesländern* waren die höchsten Rückgänge der Bauinvestitionen 1996 zu verzeichnen (insgesamt -3,7 %). Besonders stark traf es den Wirtschaftsbau (-5,2 %) und den öffentlichen Bau (-8,1 %). Der Wohnungsbau nahm vergleichsweise wenig ab (-1,8 %). Im Verlauf des Jahres 1997 hat sich die Lage etwas aufgehellt, ohne die Entwicklung grundlegend zu verbessern. Für 1998 wird zwar eine Stabilisierung erwartet, aber der Einbruch im Baugewerbe bremsen die konjunkturelle Entwicklung in der Gesamtwirtschaft.

In den *neuen Bundesländern* markiert die Entwicklung der letzten beiden Jahre gewissermaßen eine Tendenz zur Normalisierung. Nach der Wiedervereinigung Deutschlands stiegen die Bauinvestitionen im Osten außerordentlich stark an und erreichten 1995 ihren Höhepunkt. Je Einwohner wurden 1995 im Osten gut 9.000 DM in Bauleistungen investiert, im Westen lediglich 5.100 DM. Auch 1997 lagen die Prokopfbauinvestitionen im Osten um 80 % über denen im Westen. Die Abnahme der realen Bauinvestitionen seit 1996 verteilt sich ungleich auf die einzelnen Bausparten. Am höchsten sind die Einbußen im Wirtschaftsbau, auf den etwa ein Drittel der Bauinvestitionen entfällt. Die Auftragseingänge als Indikator für künftige Entwicklungen sind hier am stärksten rückläufig. Weniger ungünstig sind die entsprechenden Kennziffern im Wohnungsbau (Anteil: knapp 50 %) und auch im öffentlichen Bau (Anteil: 20 %). In vielen Infrastrukturbereichen sowie beim Neubau und bei der Sanierung von Wohnungen sind in den letzten Jahren sichtbare Fortschritte erzielt worden. Der Baubedarf in diesen Sparten ist zwar noch immer hoch, doch sind die Möglichkeiten zur Finanzierung von Bauprojekten begrenzt. Die Aussichten für den Wirtschaftsbau hängen hauptsächlich von der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung ab, deren grundlegende Besserung im Osten noch aussteht.

Die sinkende Produktion bewirkte im Westen und Osten einen kräftigen Beschäftigungsabbau (vgl. Tabelle 8 und Schaubild 8). Im Baugewerbe war der Beschäftigungs-

Schaubild 8: Beschäftigte im Baugewerbe



Quelle: Statistisches Bundesamt; 1998: IAB-Prognose

höchststand in den alten Bundesländern mit knapp 2 Mio Personen schon im Jahr 1994 erreicht worden, in den neuen Bundesländern 1995 mit knapp 1,1 Mio Personen. Seit diesen Jahren nimmt die Beschäftigtenzahl jeweils ab. Bis 1997 ging sie im Westen um 200.000 auf 1,76 Mio und im Osten um 100.000 auf knapp 990.000 zurück.

Zu bedenken ist dabei, daß auf deutschen Baustellen oft Arbeiter aus der Europäischen Union und aus dem übrigen Ausland tätig sind. Trotz der Mindestlohnregelung im Rahmen des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes ist ihre Zahl beträchtlich.⁴⁰ Darüber hinaus belegen Kontrollen der Arbeitsämter, daß zahlreiche ausländische Arbeitnehmer ohne Arbeitsgenehmigungen bzw. auch inländische Schwarzarbeiter im Baugewerbe tätig sind.⁴¹

Nach vorläufigen statistischen Angaben hat sich das Tempo des Beschäftigungsrückgangs im Bundesgebiet West im Jahresverlauf 1997 vermindert. Demgegenüber sehen die Tendenzen im Bundesgebiet Ost ungünstiger aus. Die monatlichen Abnahmeraten waren 1997 deutlich höher als im Vorjahr.

Diese Entwicklung führte zu steigender *Arbeitslosigkeit* bei Beschäftigten mit Bauberufen (vgl. Schaubild 9). So waren Ende des Jahres 1997 im Bundesgebiet West 165.000 Bauarbeiter (Berufsbereich 44 - 47) arbeitslos gemeldet, 3,3 % mehr als zum Vorjahresende. Dramatischer hat sich die Zahl der arbeitslosen Bauarbeiter im Bundesgebiet Ost erhöht. Mit 123.000 lag sie Ende 1997 um 43,6 % über dem Vorjahresstand.⁴²

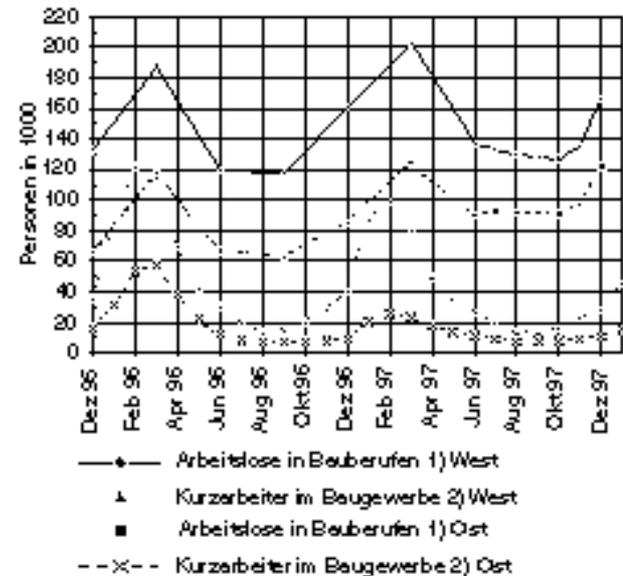
⁴⁰ Die Angaben zu ihrer Größenordnung sind nicht einheitlich. Knipper (vgl. Fußnote 49, S. 687) nennt 182.000 Beschäftigte als Jahresdurchschnitt 1997. Das Arbeitnehmer-Entsendegesetz schreibt dem ausländischen Arbeitgeber vor Beginn einer Bautätigkeit im Inland eine Anmeldung auch der beschäftigten Arbeitnehmer vor. Danach betrug der Bestand an gemeldeten ausländischen Arbeitnehmern im März 1997 rd. 69.000. Es ist anzunehmen, daß die Anmeldungen nicht vollständig erfolgen. Vgl. Weber, B.: Die Kontrollaufgaben der Bundesanstalt für Arbeit im Rahmen des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes und ihre praktische Umsetzung, in: Arbeit und Beruf 6/1997, S. 161-163.

⁴¹ Vgl. Liebold, E.: Immer mehr Schwarzarbeit auf dem Bau, in: Behörden-Spiegel, März 1997, S. 3.

⁴² Vgl. Institut der Deutschen Wirtschaft (Hrsg.): Ostdeutschland – Bauwirtschaft speckt ab, in: Informationsdienst des IW, Nr. 5/1998, S. 3. Söffner, F.: Baurezession schwächt sich ab, in: ifo-Wirtschaftskonjunktur, 8/97, S. A1-A14.

⁴³ Vgl. Hammer, R.: Winterarbeitslosigkeit vermeiden, in: Bundesarbeitsblatt, 12/1997, S. 17ff.

Schaubild 9: Registrierte Arbeitslose und Kurzarbeiter im Baugewerbe



1) Berufsgruppen 44 - 47; Stand Monatsende
2) Wirtschaftszweige 59 - 61; Stand Monatsmitte
Quelle: Bundesanstalt für Arbeit

Die *Kurzarbeit* in der Bauwirtschaft nahm zum Jahresende hin saisonüblich zu. Sie war zwar am Jahresende 1997 im Westen niedriger als 1996, mit -29 % fiel der Rückgang aber nicht so deutlich aus wie in den übrigen Wirtschaftsbereichen (-45 % im Dezember 1997 gegenüber dem Vorjahr). Im Unterschied dazu stieg die Zahl der Kurzarbeiter im Baugewerbe der neuen Bundesländer entgegen der Entwicklung in den übrigen Branchen (+14 %).

Im Baugewerbe gibt es Regelungen zur *Absicherung der Beschäftigungsverhältnisse bei witterungsbedingten Arbeitsausfällen*.⁴³

Es kann grundsätzlich angenommen werden, daß ein mehr oder weniger großer Teil der Betroffenen ohne derartige Regelungen entlassen worden wäre. Es können somit Arbeitsverhältnisse erhalten und stärkere saisonale Schwankungen der Beschäftigtenzahl und höhere registrierte Saisonarbeitslosigkeit vermieden werden.

Mit der Einschätzung dieser Arbeitsmarktentlastungseffekte verbinden sich aber eine Reihe von Unsicherheiten. So ist z.B. nicht auszuschließen, daß sich Baubetriebe ohne diese Regelungen stärker um eine Verstetigung der Bauproduktion übers Jahr bemüht und/oder zumindest einen Teil der Belegschaft, insbesondere die Fachkräfte, über das Saisontief hinweg gehalten hätten. Darüber hinaus liegt der produktive Wert der Schlechtwetterregelungen darin, daß durch den Fortbestand des Arbeitsverhältnisses die Produktion bei besserem Wetter *unverzüglich* wieder aufgenommen werden kann. Quantitativ ist dieser Effekt um so größer zu veranschlagen, je günstiger sich die Auftragslage darstellt, um so kleiner, je schlechter die Auftragslage ist.

Wenn also z.B. wegen schlechter Auftragslage Bauproduktion und Baubeschäftigung ohnehin deutlich rückläufig sind, kann die Schlechtwettergeldregelung bzw. ihre Änderung im wesentlichen zu *zeitlichen Verschiebungen* beim Personalabbau und bei der Veränderung der Arbeitslosigkeit führen. Auf *Jahresbasis* gerechnet würde dann bei Dominanz der kon-

junkturrellen und strukturellen Einflußfaktoren das Beschäftigungsvolumen im Bau möglicherweise nicht anders ausfallen als sonst.

Zum Jahresbeginn 1996 ist an die Stelle der Schlechtwettergeldregelung ein System der Beschäftigungsförderung getreten. Dazu gehörten u.a. die Zahlung eines Überbrückungsgeldes (Winterausfallgeld-Vorausleistung) für die ersten 150 witterungsbedingten Ausfallstunden und die Zahlung von Winterausfallgeld ab der 151. Ausfallstunde. Zum 1. November 1997 wurde die Schlechtwettergeldregelung im AFG durch neue Regelungen abgelöst. Sie erlauben eine flexible Gestaltung der Arbeitszeit in den Sommer- und Wintermonaten, entlasten die Betriebe von Kosten bei witterungsbedingten Arbeitsausfällen in den Wintermonaten und ersetzen eine unmittelbare Belastung der Unternehmen durch eine mittelbare (Umlagefinanzierung). Die Frage nach den Auswirkungen dieser Neuregelung ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch offen.

Um einer Antwort näher zu kommen untersuchen wir im folgenden die Elastizität der Beschäftigung im Baugewerbe (West) in zwei annähernd vergleichbaren Entwicklungsphasen.

Die Bauproduktion – gemessen am Beitrag zum realen Bruttoinlandsprodukt der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen – ist in den Jahren 1995 bis 1997 zusammengenommen etwa im gleichen relativen Aufwand geschrumpft wie in den Jahren 1981 und 1982 (-8,4 % gegenüber -7,9 %). Die Beschäftigung war in diesen Jahren um 10,4 % bzw. 6,0 % rückläufig.

Die *Elastizität der Beschäftigung* im Hinblick auf die Produktionsentwicklung (Verhältnis der prozentualen Veränderungen) war demnach zuletzt größer als früher (1,2 gegenüber 0,76). Dies spricht dafür, daß negative Impulse von der Nachfrageseite her 1995/1997 stärker in einen Beschäftigungsrückgang umgesetzt wurden als früher. Hätte sich die Elastizität nicht geändert, dann wäre es – bei der gegebenen Produktionsentwicklung – zu einem Beschäftigungsrückgang um 130.000 statt um rd. 200.000 Personen gekommen.

Zu der um 70.000 Personen stärkeren Beschäftigungsreaktion könnte die o.a. Neuregelung beigetragen haben. Eine Entwicklung der saisonbereinigten Arbeitslosenzahlen in den Bauberufen deutet darauf hin, daß sich die witterungsbedingte Unterbeschäftigung in den Wintermonaten der Jahre 1996/97 stärker als früher in registrierter Arbeitslosigkeit niedergeschlagen hat. Der Einfluss der o.a. Neuregelungen läßt sich derzeit allerdings nicht beziffern.

So ist bei den vorstehenden Periodenvergleichen u.a. folgen-

des zu bedenken:

- Die Entwicklung im Baugewerbe verlief vor 1981 relativ gut und stetig, in der ersten Hälfte der 90er Jahre dagegen schwach und schwankend. Dies könnte die Beschäftigungselastizität erhöht haben.
- Unterschiedliche Witterungsbedingungen könnten eine Rolle spielen.
- Die jeweilige Arbeitszeitentwicklung müßte näher untersucht werden (Kurzarbeit, Überstunden, tarifbestimmte Arbeitszeiten).
- Die Jahreswerte ergeben nur ein sehr grobes Bild. Die Entwicklung müßte auch unterjährig (nach Quartalen/Monaten) analysiert werden.
- Durch die fortschreitende Internationalisierung der Bauproduktion wird heute mehr als früher auf ausländische Unternehmen und Subunternehmen zurückgegriffen. Dadurch wird inländische Wertschöpfung durch Dienstleistungsimporte substituiert.

Derzeit mischen sich konjunkturelle, strukturelle und witterungsbedingte Einflüsse mit dem Einfluß gesetzlicher und tariflicher Neuregelungen. So kommt z.B. das ifo Institut in einer Untersuchung zu folgendem Ergebnis: „Auch wenn der sprunghafte Anstieg arbeitsloser Bauarbeiter seit Anfang des Jahres (1997 d. Verf.) in hohem Maße auf Sondereinflüsse zurückzuführen ist, führt kein Weg an der Erkenntnis vorbei, daß der (west-)deutsche Bausektor nicht bloß eine konjunkturelle Schwächephase durchläuft, sondern (erneut) in einer strukturellen Krise steckt“.⁴⁴

Die *Probleme im Bausektor* werden auch 1998 anhalten. Noch sind wenig Anzeichen für einen nachhaltigen Besserung zu erkennen.⁴⁵ Allerdings sind die Aussichten der Bauproduktion für die einzelnen Sparten sehr unterschiedlich.⁴⁶

Die Investitionen im *Wohnungsbau* werden real um 1,4 % unter dem Vorjahresniveau liegen, wobei die Entwicklung im Westen und im Osten nach dem gleichen Muster erfolgen wird (weniger Mietwohnungsbau, mehr Eigenheimbau).

Im *Wirtschaftsbau* wird für Westdeutschland nach längerer Zeit wieder mit einem leichten Zuwachs gerechnet, während im Osten erneut weniger investiert werden dürfte. Dazu tragen hohe aktuelle Leerstandsdaten bei Büro- und Gewerbeflächen, der vorläufige Abschluß der nach der Wiedervereinigung begonnenen größeren Investitionen in Industrie und technischer Infrastruktur sowie die aufgrund der trüben allgmeinwirtschaftlichen Aussichten geringe Neigung zu Erweiterungsinvestitionen bei.

Auch im *öffentlichen Bau* wird die Entwicklung gespalten sein: im Westen tendenziell leichte Zunahme, weniger bei Neubau- als verstärkt bei Instandsetzungsmaßnahmen; im Osten erneute Abnahme der öffentlich finanzierten Bautätigkeit aufgrund der zurückhaltenden Auftragsvergabe der Gebietskörperschaften.

Insgesamt erwarten wir für 1998 aufgrund der skizzierten baukonjunkturellen Lage im Rahmen der *mittleren Variante II* unserer Alternativrechnungen (siehe Abschnitt 3) einen weiteren Beschäftigungsabbau. Die aktuellen kurzfristigen Beschäftigungserwartungen (3 - 4 Monate im voraus) der im ifo-Konjunkturtest befragten Bauunternehmen im Osten und

⁴⁴ ifo Schnelldienst 5-6, 1997, S. 3.

⁴⁵ Vgl. Knipper, M.: Die Lage der deutschen Bauwirtschaft zum Jahreswechsel 1997/98, in: Wirtschaftsdienst 1997/12, S. 685-688, ders. in: Frankfurter Rundschau Nr. 303 vom 31.12.1997.

⁴⁶ Vgl. Rußig, V.: Baukonjunktur 1997/98 in Westeuropa: Wachstumsbremse trotz zunehmender Dynamik, Ausgewählte Ergebnisse der 44. EURO-CONSTRUCT-Konferenz am 1./2. Dezember in Barcelona, in: ifo-Schnelldienst 3/98, S. 29-30.

⁴⁷ Die zuletzt verfügbaren Angaben stammen vom Dezember 1997. Sie werden also zusätzlich zur allgemeinen konjunkturellen Lage von dem in den Wintermonaten üblichen Einschränkungen der Bauproduktion geprägt. 37 % der westdeutschen Baufirmen wollen ihre Belegschaft in nächster Zeit verringern, von den ostdeutschen ist es hingegen gut die Hälfte.

⁴⁸ Der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie geht für 1998 von einem Beschäftigungsrückgang im Bauhauptgewerbe von 70.000-100.000 Personen für Gesamtdeutschland aus. Vgl. Knipper, M.: a.a.O. S. 687. Allein für Ostdeutschland wird ein Abbau von 40.000 Arbeitsplätzen im Baugewerbe erwartet. Vgl. W+P Konjunktur '98, in: Wirtschaftswoche Nr. 52/1997, S. 34

im Westen lassen keine durchgreifenden Verbesserungen erwarten.⁴⁷ Um eine Vorstellung über die mögliche Größenordnung des Beschäftigungsrückgangs zu gewinnen, haben wir die Produktivitätsentwicklung von 1997 zu 1996 (hier hilfsweise berechnet als Relation zwischen Volumen der Bauinvestitionen und Jahresdurchschnitt der Beschäftigten im Baugewerbe) für 1998 fortgeschrieben. Aus den voraussichtlichen Investitionsvolumina (vgl. Tabelle 7) und der so ermittelten Produktivität ergibt sich dann die erwartete Beschäftigtenzahl. Für das Baugewerbe im Bundesgebiet West rechnen wir unter diesen Annahmen für 1998 mit einer Abnahme der Beschäftigtenzahl um gut 50.000 Personen, für das Bundesgebiet Ost um rd. 50.000.⁴⁸

Das Baugewerbe verzeichnet im Jahr 1998 dann noch insgesamt rd. 2,6 Mio Beschäftigte, rd. 100.000 weniger als im Vorjahr. Seit dem Jahr 1995 wären dann 0,4 Mio Arbeitsplätze verlorengegangen.

Weniger Dynamik im Dienstleistungssektor

Als einziger Wirtschaftsbereich mit langfristig anhaltend positiver Beschäftigungsentwicklung erweisen sich die Dienstleistungsunternehmen (*einschl. Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe*). 1997 nahm hier die Zahl der Erwerbstätigen in den alten Bundesländern um 2,2 % (knapp 130.000 Personen) zu. Diese Rate war allerdings die niedrigste seit mehr als zehn Jahren und reichte bei weitem nicht aus, den Beschäftigtenabbau in anderen Branchen, insbesondere im Produzierenden Gewerbe, auszugleichen.

In diesem Sektor sind Branchen zusammengefaßt, die jeweils sehr unterschiedliche Entwicklungen genommen haben. Stark vereinfachend kann man *produktions-/unternehmensnahe, personenbezogene/konsumnahe und soziale Dienstleistungen* unterscheiden. Die Entwicklung in den produktionsnahen Dienstleistungen hängt zum einen stark von der Nachfrage des warenproduzierenden Gewerbes und damit auch von den Wechsellagen der konjunkturellen Entwicklung ab. Außerdem spielt auch die längerfristige Auslagerung von Dienstleistungen aus dem sekundären Sektor bei Konzentration auf das Kerngeschäft (sog. Out-Sourcing) eine größere Rolle. Dämpfend auf die Beschäftigungsentwicklung wirken sich in diesem Bereich auch die Rationalisierungen bei Versicherungen und Kreditinstituten aus. Die Entwicklung der personenbezogenen Dienstleistungen hingegen wird stark von den Bedürfnissen der Bevölkerung und den Möglichkeiten, sie zu befriedigen, also von der Einkommensentwicklung bestimmt. Der Umfang sozialer Dienstleistungen wird weitgehend von politischen Entscheidungen beeinflusst (z.B. Angebote öf-

fentlicher Dienste).

Differenziert und zeitnah ist die Beschäftigungsentwicklung in diesen Wirtschaftszweigen nur für die Gruppe der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten darzustellen (Ergebnisse aus der Beschäftigtenstatistik der BA liegen tiefgegliedert bis zum 1. Quartal 1997 vor). Das Bild ist dennoch unvollständig⁴⁹, denn der Anteil von Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen ist gerade hier recht hoch. Ausserdem dürften die sozialversicherungsfreien, darunter insbesondere die geringfügig Beschäftigten, in diesen Branchen stark vertreten sein. Dies erklärt wohl teilweise auch, warum z.B. die Zweige „Gaststätten und Beherbergung“ sowie „Reinigung und Körperpflege“ schon ab 1996 keine weitere Zunahme ihrer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung aufweisen.

Aufschlußreich ist im Zusammenhang mit der Wirtschaftsentwicklung ein Blick auf die Personalentwicklung bei *produktionsnahen Dienstleistern*. Unternehmen mit qualifiziertem Angebot haben hier für die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft unter den Bedingungen einer anhaltenden Tendenz zur Globalisierung wachsende Bedeutung. Von den konjunkturellen Schwankungen der Wirtschaft sind diese Unternehmen naturgemäß unmittelbar betroffen. Veränderungen der Nachfrage nach ihren Leistungen beeinflussen die Entwicklung ihres Beschäftigtenbestandes. Zwischen den Unternehmen im Bundesgebiet West und Ost bestehen deutliche Unterschiede. Darauf deuten Betriebsbefragungen des Zentrums für europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) hin. Die Beschäftigungsentwicklung war in den westdeutschen Unternehmen allerdings günstiger als in den ostdeutschen.

Allgemein ist seit Mitte 1996 eine allmählich günstigere Entwicklungstendenz festzustellen. Die Situation und die Perspektiven werden überwiegend positiv beurteilt.

Die ZEW-Befragung liefert auch Angaben zur Beschäftigungsentwicklung in zehn ausgewählten unternehmensnahen Dienstleistungsbranchen.⁵⁰

Die branchenspezifische Entwicklung des Personalbestands ist sehr differenziert. Über den gesamten Zeitraum hinweg überwiegen lediglich in den beiden Branchen „EDV-Dienstleistungen“ und „Unternehmensberatung“ eindeutig die positiven Firmenmeldungen.

Demgegenüber gibt es in den Bereichen „Architektur“ sowie „Technische Planung und Beratung“ mehr Unternehmen mit abnehmendem Personalbestand. Offenkundig spielt hier die allgemein schwache Investitions- und Bautätigkeit eine Rolle. Auch in der Vorausschau zeichnet sich keine Besserung ab.

In den neuen Bundesländern haben die *Dienstleistungsunternehmen* ihren Beschäftigtenstand nicht weiter vergrößert. Jahresdurchschnittlich war sogar eine Abnahme um 8.000 Personen zu verzeichnen (vgl. Tabelle 6). Damit konnten die Branchen dieses Wirtschaftsbereiches nicht an die positive bisherige Entwicklung anschließen. Angesichts der schmalen industriellen Basis und der unbefriedigenden Situation in der Bauwirtschaft ist die schwache Entwicklung der mit ihnen arbeitsteilig verbundenen Dienstleistungsunternehmen aber nicht überraschend.

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang immerhin, daß 44 % aller Gewerbeanmeldungen im Jahr 1997 im Osten Dienstleister waren (Westdeutschland: 48 %, nur wirtschafts-

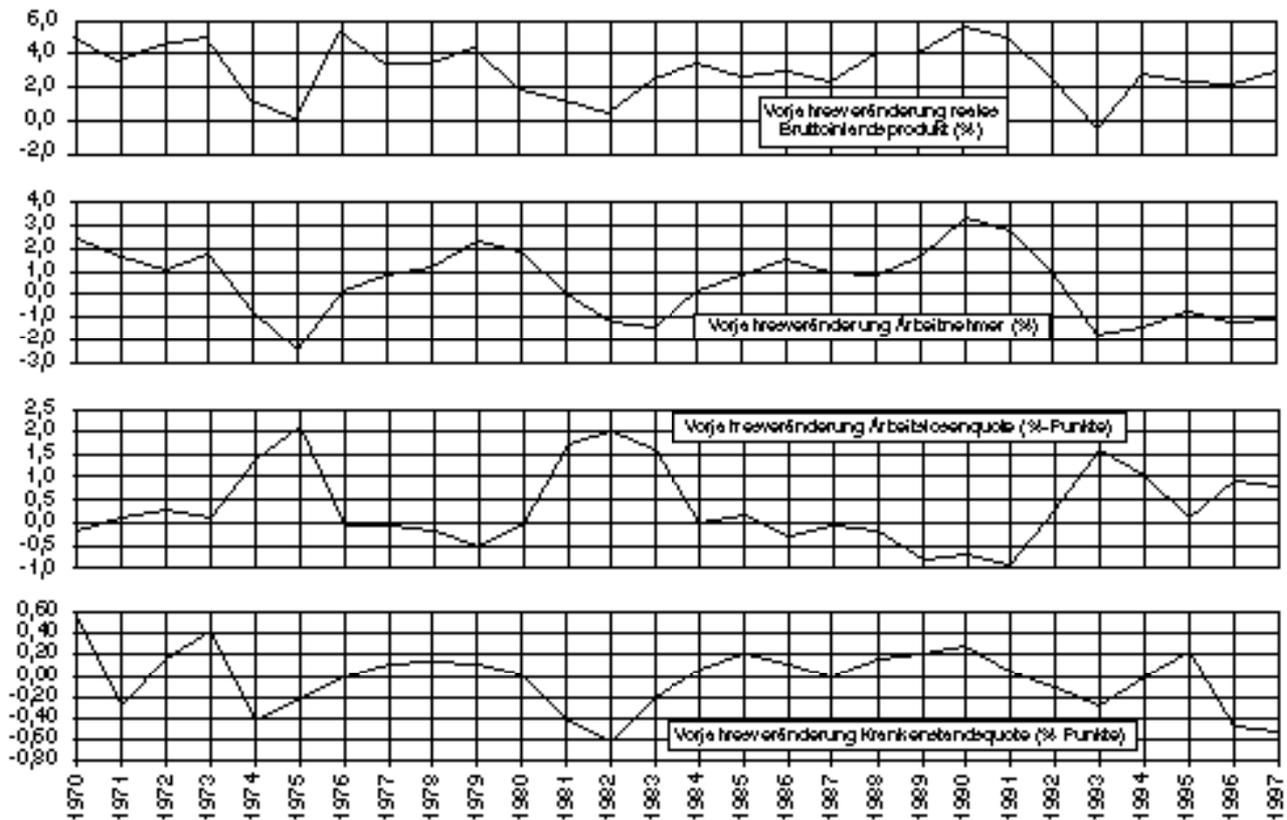
⁴⁹ Im Gegensatz zu ihrer gesamtwirtschaftlichen Bedeutung steht die Verfügbarkeit von statistischen Informationen zu ihrer konjunkturellen Entwicklung. Um diesem Umstand abzuhelfen, befragt seit 1994 alle drei Monate das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) Mannheim in Zusammenarbeit mit dem Verband der Vereine Creditreform rd. 1.000 Unternehmen im gesamten Bundesgebiet aus zehn Dienstleistungsbranchen nach ihrer Geschäftsentwicklung einschl. ihrer Beschäftigtenentwicklung.

Eine ähnliche Befragung veranstaltet das ifo-Institut für Wirtschaftsforschung München seit Anfang 1995 speziell bei rd. 300 DV-Dienstleistern.

⁵⁰ Im einzelnen werden die folgenden Branchen unterschieden: EDV-Dienste; Steuerberatung und Wirtschaftsprüfung; Unternehmensberatung; Architektur; Technische Beratung und Planung; Werbung; Fahrzeugvermietung; Maschinenvermietung; Spedition und Lagerei; Abfall- und Abwasserentsorgung.

⁵¹ Vgl. Bretz, M.: Unternehmensentwicklung – Insolvenzen, Neugründungen und Löschungen – Jahr 1997, eine Untersuchung der Creditreform Wirtschafts- und Konjunkturforschung, Neuss 1997, S. 31-32.

Schaubild 10: Langfristige Entwicklung von Wirtschaftswachstum, Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und Krankenstand in Westdeutschland



Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesanstalt für Arbeit, Bundesministerium für Gesundheit

aktive Unternehmen). Bei geschätzten 67.000 neuen Arbeitsplätzen bei allen Existenzgründungen entfielen damit auf den Dienstleistungsbereich rd. 30.000.⁵¹

Der *Staat* baute 1997 in den alten und neuen Bundesländern weiterhin Personal ab.

In den *neuen Bundesländern* verringerte der öffentliche Sektor seinen Beschäftigungsstand besonders stark. 1997 ging die Beschäftigtenzahl um 4 % (54.000) Beschäftigte gegenüber dem Vorjahr zurück. Dies war die seit 1994 größte Abnahme.

Ergebnisse der Personalstandsstatistik für den *Öffentlichen Dienst* liegen bis zur Jahresmitte 1996 vor (vgl. Tabellen 10a und 10b).⁵² Sie geben die Entwicklung in den Teilbereichen wieder. Offenbar gibt es z.T. noch insbesondere im Verantwortungsbereich der ostdeutschen Kommunen eine im Vergleich zu den westlichen Bundesländern hohe Personalausstattung in verschiedenen Aufgabenfeldern. Diese „Überbesetzung“ ist teilweise historisch-strukturell bedingt, da die Kommunen oft Dienstleistungen vorhalten, z.B. Betreuungseinrichtungen für Kinder, die in den alten Ländern von freien Trägern angeboten werden.

Auf 10.000 Einwohner im Bundesgebiet Ost kamen nach unserer Rechnung Mitte 1996 536 Vollzeitbeschäftigte im unmittelbaren Öffentlichen Dienst. 1991 waren es noch 252 Be-

schäftigte mehr. In Westdeutschland betrug die Quote 433 Vollzeitbeschäftigte. Beim Ansatz der gleichen Quote für den Osten wie im Westen resultiert daraus rein rechnerisch ein Überhang von rd. 160.000 Vollzeitbeschäftigten. 1991 waren es nach gleicher Rechnung noch 475.000.

Weitere Kürzungen und Einsparungen von Haushaltsmitteln dürften einen anhaltenden Abbau des Beschäftigungsvolumens nach sich ziehen, der sich allerdings in verschiedenen Formen vollziehen könnte. Oft wird älteren Beschäftigten das vorzeitige Ausscheiden aus dem Berufsleben ermöglicht, aber es könnten auch vermehrt verschiedene Formen der Teilzeitarbeit angeboten werden. Besonders verbreitet sind solche Lösungen im Bereich der vorschulischen Bildung und der Schulen, da hier wegen des starken Geburtenrückgangs in den Nachwuchsjahren die Zahl der zu versorgenden Kinder und Jugendlichen ebenfalls stark abgenommen hat. Zugleich dürften weiterhin Dienstleistungen, die nicht zum Kernbereich der öffentlichen Verwaltung gezählt werden, teilweise ausgelagert und privatisiert werden.

Auch in den *alten Bundesländern* hält die Tendenz zum Stellenabbau im Öffentlichen Dienst an. Von Mitte 1991 bis 1996 ist die Beschäftigtenzahl im unmittelbaren Öffentlichen Dienst (Bund, Länder und Kommunen) um gut 200.000 reduziert worden. Der Beschäftigungsabbau erfolgt oft nach dem gleichen Muster wie im Osten (Auslagerung, Privatisierung, Straffung von Arbeitsabläufen).

Generell könnten beschäftigungsorientierte Arbeitszeitmodelle, die den Sparzwängen und den Arbeitsmarkterfordernissen gleichermaßen Rechnung tragen, in die Überlegungen einbezogen werden.

⁵² Vgl. Breidenstein, W.: Beschäftigte der öffentlichen Arbeitgeber am 30. Juni 1996, in: *Wirtschaft und Statistik*, 11/1997, S. 785-792.

⁵³ Meldungen der gesetzlichen Krankenkassen an das Bundesgesundheitsministerium.

Bei den *Organisationen ohne Erwerbszweck und Privaten Haushalten* nahm die Beschäftigung in den *alten Bundesländern* zu, in den neuen stagnierte sie.

5.2 Rückläufiger Krankenstand schafft Spielräume

In den Jahren 1996 und 1997 sind die krankheitsbedingten Fehlzeiten kräftig zurückgegangen. Die durchschnittliche Krankenstandsquote⁵³ ist in den alten Bundesländern von 5,2 % im Jahr 1995 auf 4,1 % im Jahr 1997 gesunken (vgl. Tabelle 3a). Das entspricht unseren Erwartungen vor Jahresfrist. Den Betrieben und Verwaltungen ist damit ein Arbeitsvolumen in Höhe von jährlich rd. 220 Mio Stunden zugewachsen, das für die Produktion von Gütern und Diensten genutzt werden konnte.

In den neuen Bundesländern war in den Jahren von 1995 bis 1997 ein Rückgang von 5,1 % auf 4,4 % zu verzeichnen (vgl. Tabelle 3b). Den Arbeitsvolumeneffekt beziffern wir auf jährlich rd. 40 Mio Stunden.

Welche der Reaktionen überwiegt, hängt auch von den aktuellen gesamtwirtschaftlichen Perspektiven ab. So dürften bei verhaltener Entwicklung und vorsichtig optimistischen Erwartungen die Betriebe und Verwaltungen eine zurückhaltende personalpolitische Linie einschlagen. Zusätzliche Produktion von Waren und Dienstleistungen dürften die geringeren Fehlzeiten wohl nur in Teilbereichen, wo hohe Kapazitätsauslastung und starke Nachfrage herrscht, bewirkt haben.

Die *Ursachen* des Rückgangs der krankheitsbedingten Fehlzeiten sind ohne tiefergehende Untersuchung nicht präzise auszumachen. Anhand verschiedener Indikatoren zeichnen sich folgende Zusammenhänge ab:

- Die Krankenstandsquote ist *konjunkturabhängig*. Das Schaubild 10 zeigt, daß sie in den Jahren seit 1970 der Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts, der Beschäftigtenzahl sowie der (inversen) Arbeitslosenquote folgt. Bei einer Verschlechterung der Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage sinkt also der Krankenstand tendenziell und umgekehrt. Dahinter können kurzfristige strukturelle Verschiebungen stehen, z.B. stärkere konjunkturelle Betroffenheit von Sektoren, Tätigkeiten und/oder Beschäftigungsgruppen mit überdurchschnittlichem Krankenstand. Außerdem können auch Verhaltensänderungen bei Beschäftigten eine Rolle spielen.
- Die Krankenstandsquote nimmt trendmäßig ab. Dazu dürfte auch der Wandel der *Wirtschaftsstruktur* beigetragen haben. Der Anteil von Sektoren mit bisher überdurchschnittlichem Krankenstand (Baugewerbe, Verarbeitendes Gewerbe, Verkehr und Nachrichtenübermittlung) ist seit 1970 von 60 % auf 40 % zurückgegangen.
- Zur rückläufigen Tendenz des Krankenstands könnte des weiteren die Verkürzung der Arbeitszeit sowie auch die Verjüngung der Belegschaften in Teilbereichen beigetragen haben. Außerdem könnte sich die längerfristige Gesundheitsversorgung sowie ein höheres Gesundheitsbewußtsein der Bevölkerung positiv ausgewirkt haben. Meldungen aus einzelnen Industriebranchen stützen diese Vermutungen.⁵⁴
- Auch das neue *Entgeltfortzahlungsgesetz* kann der Intention des Gesetzgebers entsprechend auf die Senkung der Krankenstandsquote hinwirken. Es sieht u.a. vor, daß Krankheits-

zeiten zu Einkommensverlusten führen und/oder einkommensneutral durch Einbringung von Urlaubstagen kompensiert werden können. Dennoch wurde in zahlreichen Tarifvereinbarungen das Einkommen im Krankheitsfall abgesichert. Auch diese Einflüsse können wir nicht präzise herausfiltern. Die Gesamtentwicklung im Verlauf der Jahre 1996 und 1997 zeigt allerdings, daß die durchschnittliche Krankenstandsquote bereits gefallen ist, *bevor* die gesetzlichen und tariflichen Neuregelungen greifen konnten (vgl. Schaubild 11a und b).

Der durch niedrigeren Krankenstand geschaffene Spielraum kann betrieblicherseits in folgender Weise genutzt werden:

- Dort, wo hohe Nachfrage herrscht oder die Nachfrage elastisch ist, können mehr Waren oder Dienstleistungen produziert werden.
- Das zusätzlich verfügbare Arbeitsvolumen kann helfen, Überstunden produktionsneutral zu vermeiden.
- Soweit personelle und/oder organisatorische Dispositionen kurzfristig nicht auf die geringeren Fehlzeiten eingestellt werden (können), würde unter sonst gleichen Bedingungen die Produktivität schwächer zunehmen. Es könnte aus den gleichen Gründen auch zu (mehr) Kurzarbeit kommen.
- Das zusätzlich verfügbare Arbeitsvolumen kann bewirken, daß Einstellungen wegfallen oder zurückgestellt werden, oder daß Personal abgebaut wird.

Aufgrund der sektoralen, regionalen und einzelbetrieblichen Vielfalt des wirtschaftlichen Geschehens wird jede dieser Reaktionen vorkommen (nicht selten in Verbindung mit anderen).

Die Wirkungen dieser Entwicklungen auf das Arbeitsmarktgeschehen insgesamt, insbesondere aber auf die Beschäftigung hängen u.a. davon ab, ob der Rückgang des Krankenstands als vorübergehend oder dauerhaft betrachtet wird.

Wird die Entwicklung des Krankenstands von den Beschäftigten als vorübergehend eingestuft, so werden sie wohl nicht mit größeren personellen oder organisatorischen Änderungen reagieren. Rechnen sie damit, daß der Krankenstand dauerhaft auf dem niedrigeren Niveau bleibt, dürften sich ihre längerfristigen Dispositionen darauf einstellen, denn dies bedeutet anhaltend niedrigere Kosten und/oder höhere Erträge und damit bessere Angebotsbedingungen.

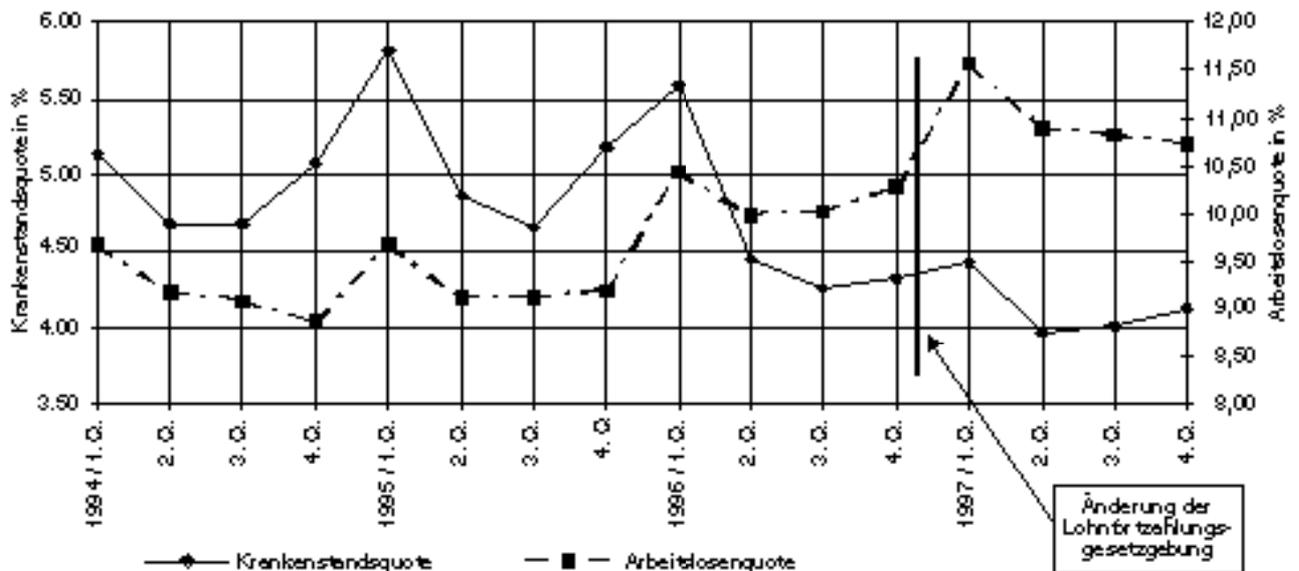
Welche Reaktion überwiegt, hängt auch von den aktuellen gesamtwirtschaftlichen Perspektiven ab. So dürften bei verhaltener Entwicklung und vorsichtig optimistischen Erwartungen die Betriebe und Verwaltungen eine zurückhaltende personalpolitische Linie einschlagen. Zusätzliche Produktion von Waren und Dienstleistungen dürften die geringeren Fehlzeiten wohl nur in Teilbereichen, wo hohe Kapazitätsauslastung und starke Nachfrage herrschen, bewirkt haben.

Im Ganzen spricht einiges dafür, daß der Rückgang der krankheitsbedingten Fehlzeiten auf *kurze* Sicht die Beschäftigungsentwicklung und die Überstundenarbeit gedämpft, aber auf *längere* Sicht die Bedingungen für mehr Wachstum und Beschäftigung verbessert hat, zumal sich ein Wiederanstieg des Krankenstands nicht abzeichnet und somit eine anhaltende Kostenentlastung erwartet werden kann.

Alles in allem ist es plausibel anzunehmen, daß der Krankenstand in nächster Zeit nicht spürbar ansteigen wird. Damit

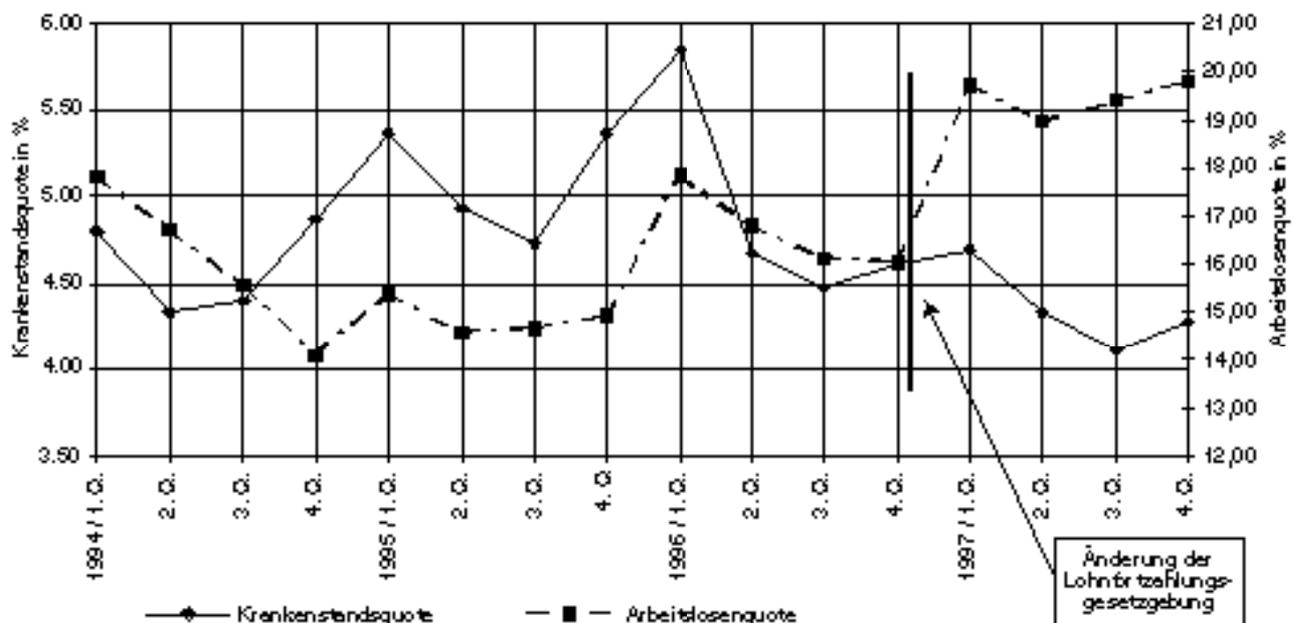
⁵⁴ Vgl. Informationsbrief für Führungskräfte des Bundesarbeitgeberverbandes Chemie (BAVC).

Schaubild 11a: Krankenstandsquote und Arbeitslosenquote in Westdeutschland



Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, Bundesministerium für Gesundheit

Schaubild 11b: Krankenstandsquote und Arbeitslosenquote in Ostdeutschland



Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, Bundesministerium für Gesundheit

könnten sich letztlich die Bedingungen für mehr Wachstum und Beschäftigung verbessern. Das Gesamtergebnis dieser Entwicklung hängt allerdings von möglichen Neben- und Fernwirkungen ab. Sollte der gesunkene Krankenstand infolge unterlassener Heilbehandlungen und Rekonvaleszenz um den Preis eines künftig schlechteren Gesundheitszustands der Beschäftigten erkauft sein, so wäre die zuvor gegebene positive ökonomische Bewertung deutlich zu relativieren (höhere Gesundheitskosten, später steigende Arbeitsausfälle oder Invalidität).

Aufgrund der teilweise angesprochenen Unsicherheiten bleibt es tiefergehenden Untersuchungen vorbehalten, darüber ein

⁵⁵ Vgl. Kohler, H., Spitznagel, E.: Überstunden in Deutschland, Eine empirische Analyse, IAB-Werkstattbericht Nr. 4, 1996.

Gesamturteil zu erarbeiten.

5.3 Weniger Überstunden für mehr Beschäftigung?

Das Überstundenvolumen verdient in der anhaltend schwierigen Arbeitsmarktlage besondere Aufmerksamkeit, denn es kann als ein Element einer Gesamtstrategie für mehr Beschäftigung und weniger Arbeitslosigkeit angesehen werden. Die Frage nach den Möglichkeiten, einen Teil des Überstundenvolumens in Beschäftigung umzumünzen, steht somit zu recht im Vordergrund der arbeitsmarktpolitischen Diskussion.⁵⁵ Wiederholte Appelle der Spitzenverbände der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer sowie anderer Institutionen und Personen zielen in die Richtung, Überstunden zugunsten von mehr Beschäftigung abzubauen bzw. zu vermeiden.

Überstunden – ein vielschichtiger Tatbestand

Mit dem Begriff „Überstunden“ sind die über die regelmäßige tarifliche oder betriebsübliche Arbeitszeit hinaus geleisteten Arbeitsstunden gemeint.

Man kann sie aus ganz unterschiedlichen Blickwinkeln betrachten:

- Für *Betriebe* sind Überstunden oft ein Weg, überraschende oder auch vorhersehbare Spitzen der Nachfrage sowie vorübergehende Störungen und Engpässe elastisch und relativ unkompliziert zu bewältigen.
- Für die *Arbeitnehmer* sind Überstunden oft die Grundlage zusätzlichen Einkommens. Dessen Bedeutung im Haushaltszusammenhang hängt wiederum von vielen anderen Umständen ab.
- In der *Gesamtwirtschaft* sind die jährlich geleisteten Überstunden ein nicht unerheblicher Teil des Arbeitsvolumens und damit des „Produktionsfaktors Arbeit“.

Es kann unterschieden werden zwischen

- „transitorischen Überstunden“, das sind Überstunden, bei denen ein Zeitausgleich stattfindet und
- „definitiven Überstunden“, für die kein Zeitausgleich stattfindet. Sie können bezahlt, aber auch unentgeltlich geleistet werden.

Arbeitsmarktpolitisch orientierte Überlegungen setzen vor allem bei den *bezahlten definitiven Überstunden* an.⁵⁶ Von diesen ist im folgenden die Rede, sofern nichts anderes vermerkt ist.

Trendmäßiger Rückgang der Überstunden von konjunkturellen Schwankungen überlagert

In den *alten Bundesländern* hat die Zahl der durchschnittlich geleisteten (bezahlten) Überstunden je Arbeitnehmer im Lauf der Jahre trendmäßig stark abgenommen.⁵⁷ Während die Beschäftigten in den 60er und 70er Jahren oft erheblich mehr als 100 Überstunden jährlich geleistet haben, waren es in den 80er und 90er Jahren selten mehr als 70. Der *Anteil* der Überstunden am gesamtwirtschaftlichen Arbeitsvolumen ist nur schwach zurückgegangen, weil auch die tarifliche Arbeitszeit verkürzt wurde und sich die Teilzeitbeschäftigung immer mehr verbreitet hat (vgl. Tabelle 11a).

Zum trendmäßigen Rückgang der Überstunden trugen auch

⁵⁶ Aber auch die transitorischen Überstunden sind für die „work sharing“-Debatte von Bedeutung. So kann eine Umwandlung von bezahlten definitiven in transitorische Überstunden durch Zeitausgleich die Beschäftigung fördern, ohne die Flexibilität, Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe zu beeinträchtigen.

⁵⁷ Unsere Berechnungen stützen sich auf Ergebnisse der amtlichen Statistik (Gehalts- und Lohnstrukturerhebungen, Vierteljährliche Verdienststatistik) sowie auf Ergebnisse von Betriebsbefragungen.

⁵⁸ Bezieht man die transitorischen und die nicht bezahlten Überstunden ein, dann erhöht sich das Überstundenvolumen um mehr als das Doppelte: Eine Arbeitnehmerbefragung des ISO-Instituts kommt nämlich zu dem Ergebnis, daß 1995 im Durchschnitt 1,3 bezahlte, 0,7 transitorische und 0,9 unbezahlte Überstunden pro Woche geleistet wurden. Vgl. Bauer, Groß, Schilling: Überstundenarbeit 1995. Häufigkeit, Volumen und Einstellung, Köln, 1996, S. 7. Da im Mittelpunkt der Diskussion um den beschäftigungsorientierten Überstundenabbau aber die bezahlten Überstunden stehen, werden die anderen im folgenden ausgespart.

Strukturveränderungen bei: Die Beschäftigungsanteile von Personengruppen/Sektoren, mit traditionell weniger Überstunden haben zugenommen (Frauen, Teilzeitbeschäftigte, Dienstleistungsbereich). Ab den 80er Jahren hat vermutlich auch die zunehmende Arbeitszeitflexibilisierung (intertemporaler und interpersonaler Zeitausgleich) zu einer zunehmenden Substitution von definitiven Überstunden durch transitorische Überstunden beigetragen.

Den langfristigen Trend überlagern *prozyklische Schwankungen*: In den wachstumsstarken 60er Jahren ist die Zahl der Überstunden absolut und relativ kräftig angestiegen. Der Höhepunkt war 1970 erreicht: Mit 157 Stunden je Arbeitnehmer lag der Anteil der Überstunden am Arbeitsvolumen (8,4 %) fast doppelt so hoch wie 1960 (4,6 %). Insgesamt wurden 1970 rd. 3,5 Mrd. Überstunden geleistet.

Die Rezession in den Jahren 1974 und 1975, die Abflachung des Wachstumstrends und die veränderte Angebots-Nachfrage-Konstellation am Arbeitsmarkt in den Folgejahren brachten einen starken Überstundenabbau.

Seit Anfang der 80er Jahre pendelt der Überstundenanteil am gesamtwirtschaftlichen Arbeitsvolumen um die 4 %-Marke. Nach seinem letzten Tiefpunkt im Rezessionsjahr 1993 (3,8 %) ist er im Zuge der wirtschaftlichen Belebung 1994 und 1995 leicht angestiegen (auf 4,6 %), hat im Verlauf des Jahres 1995 zunächst stagniert und war bei insgesamt schwacher Wirtschaftsentwicklung 1996 und 1997 wieder rückläufig (4,2 %).

Die Entwicklung über den letzten Konjunkturzyklus hinweg ist im großen und ganzen nicht außergewöhnlich. In den alten Bundesländern wurde das Überstundenvolumen⁵⁸ in den letzten zwei Jahren um rd. 200 Mio auf knapp 1,6 Mrd im Jahr 1997 kräftig abgebaut. Dies ist in zweifacher Hinsicht weitgehend ein konjunkturelles Phänomen: Knapp ein Viertel wurde durch den Beschäftigungsrückgang um 1/2 Mio Personen getragen und gut drei Viertel durch geringere durchschnittliche Überstundenleistung der Arbeitnehmer. Mehr als in früheren vergleichbaren Phasen könnte allerdings die größere Unsicherheit über die künftige wirtschaftliche Entwicklung den Überstundenabbau gebremst haben.

In den *neuen Bundesländern* ist das jährliche Überstundenvolumen von 1990 an im Zuge des wirtschaftlichen Aufholprozesses zunächst angestiegen. Im Jahr 1994 haben die Arbeitnehmer durchschnittlich 51 Stunden pro Jahr geleistet, erheblich weniger als in den alten Bundesländern. Das gesamte Volumen belief sich auf 0,3 Mrd Überstunden. 1996 und 1997 ist die erste Phase des wirtschaftlichen Umstrukturierungsprozesses ausgelaufen. Anschlußprojekte waren nicht in hinreichendem Umfang nachgerückt. Die Wachstumsschwäche im Westen hat bei zunehmender Verflechtung der Wirtschaftsräume die Entwicklung im Osten gedämpft. Das Überstundenvolumen ging auf gut 0,2 Mrd (2,6 % des Arbeitsvolumens) zurück. Durchschnittlich wurden je Beschäftigten 42 Überstunden geleistet (vgl. Tabelle 11b).

Bei der Wertung dieser Daten ist zu bedenken, daß auch im Arbeitszeitbereich Statistiken, die über die neuen Bundesländer berichten, erst nach und nach aufgebaut wurden und sich die Informationslage erst allmählich verbessert hat. Insofern sind die Zeitreihen v.a. am Anfang mit gewissen Unsicherheiten behaftet.

Zu berücksichtigen ist außerdem, daß sich die sehr niedrige durchschnittliche Überstundenleistung Anfang der 90er Jah-

re aus dem tiefen Beschäftigungseinbruch und auch aus der damals sehr hohen Zahl von (nicht überstundenleistenden) Kurzarbeitern ergibt.

Weiterhin sollte nicht übersehen werden, daß in den neuen Ländern die tarifliche Arbeitszeit höher und die Teilzeitquote niedriger sind als im Westen. Auch deshalb ist der Anteil des Überstundenvolumens am gesamten Arbeitsvolumen geringer als im Westen.

Insgesamt entfielen auf das in Deutschland geleistete Überstundenvolumen im Jahr 1997 mit knapp 1,8 Mrd Stunden rd. 4 % aller geleisteten Arbeitnehmerstunden. Je Beschäftigten wurden durchschnittlich 59 bezahlte Überstunden geleistet. Im Westen hatten die Überstunden größere Bedeutung als im Osten (4,2 % bzw. 63,5 Std. gegenüber 2,6 % bzw. 41,6 Std.) (vgl. Tabellen 11a-11c).

Im Ganzen kann erwartet werden, daß sich im Jahr 1998 am Ausmaß der Überstundenarbeit in Deutschland wenig ändern dürfte, es sei denn, es gehen von den Gütermärkten außergewöhnlich starke (positive oder negative) Impulse aus. Unter den Annahmen der mittleren Variante unserer Alternativrechnung in Abschnitt 3 rechnen wir mit insgesamt gut 1,8 Mrd bezahlten definitiven Überstunden.

Das Überstundenvolumen ist ungleichmäßig verteilt

Überstundenarbeit ist in den einzelnen Wirtschaftsbereichen unterschiedlich verbreitet. In den *alten Bundesländern* lagen im Jahr 1997 die jährlichen Überstunden je Arbeitnehmer in den Bereichen Land- und Forstwirtschaft, Produzierendes Gewerbe, Verkehr/Nachrichten sowie bei den Dienstleistungsunternehmen (ohne Kreditinstitute und Versicherungen) über dem gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt. In den anderen Dienstleistungsunternehmen, beim Staat und den privaten Haushalten wurden deutlich weniger bezahlte Überstunden geleistet. 40 % des gesamtwirtschaftlichen Überstundenvolumens entfiel auf das Produzierende Gewerbe (vgl. Tabelle 12).

In den *neuen Bundesländern* bestehen im wesentlichen die gleichen sektoralen Unterschiede, allerdings auf insgesamt niedrigerem Niveau (vgl. Tabelle 12).

Im Hinblick auf die *Betriebsgröße* zeigen Betriebsbefragungen für 1996 folgendes Bild (siehe nachstehende Übersicht): In den *alten Bundesländern* wurden knapp 60 % des Überstundenvolumens in kleinen und mittleren Betrieben (bis unter 200 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte) geleistet. Zum Vergleich: Ihr Beschäftigtenanteil beträgt ebenfalls knapp 60 %.

In den *neuen Bundesländern* entfiel ein erheblich größerer Anteil des Überstundenvolumens (fast 80 %) auf kleine und mittlere Betriebe. Dort waren aber nur zwei Drittel aller so-

Überstundenvolumen und Beschäftigung 1996 (in %)

	insges.	Betriebe mit ... Beschäftigten						
		1 bis 9	10 bis 19	20 bis 49	50 bis 199	200 bis 499	500 bis 999	1.000 u.m.
– Westdeutschland –								
Überstundenvolumen	100	14,2	10,3	15,2	18,2	13,2	4,8	24,1
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	100	12,7	10,8	13,7	21,9	13,8	4,8	22,2
– Ostdeutschland –								
Überstundenvolumen	100	18,4	13,7	22,3	24,3	7,5	3,0	10,8
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	100	15,0	12,0	16,8	24,1	12,2	6,8	13,1

Quelle: IAB/ifo-Betriebsbefragung 1996; Bundesanstalt für Arbeit

zialversicherungspflichtig Beschäftigten tätig. Es wurden im Durchschnitt je Arbeitnehmer und Jahr also deutlich mehr Überstunden geleistet als in großen Betrieben.

In *West und Ost* gilt: In Kleinbetrieben mit 1 bis 9 Beschäftigten werden im Verhältnis zu den dort Beschäftigten überproportional viele Überstunden geleistet.

Im Hinblick auf die Möglichkeiten eines beschäftigungsfördernden Abbaus von Überstunden kommt es u.a. auf deren Verteilung an. So ist es von erheblicher Bedeutung, ob die Überstunden sich in etwa gleichmäßig auf die Wirtschaftszweige, Betriebe und Beschäftigtengruppen sowie über die Zeit hin verteilen, oder ob sie sich in bestimmter Hinsicht konzentrieren. Je gleichmäßiger die Verteilung ist, desto schwerer dürfte es fallen, Überstunden in Beschäftigung umzuwandeln, so könnte eine Arbeitshypothese lauten.

Die Durchschnittsdaten der Arbeitszeitstatistiken ziehen derartigen Aufgliederungen enge Grenzen. Repräsentiv-Befragungen helfen hier wenigstens ein Stück weiter: So haben Untersuchungen über Personalbedarf und offene Stellen in Betrieben und Verwaltungen im Jahr 1996 ergeben⁵⁹, daß in den *alten Bundesländern* auf 49 % aller (besetzten) Arbeitsplätze *normalerweise* Überstunden zu leisten sind. (Dies stimmt gut überein mit Informationen aus dem laufenden Konjunkturtest des ifo-Instituts⁶⁰, aus Arbeitnehmerbefragungen des ISO-Instituts⁶¹ aus dem Betriebspanel des IAB und mit Angaben aus der amtlichen Statistik⁶²). Auf 7 % aller Arbeitsplätze sind Überstunden *die Regel*. Im Wochendurchschnitt werden dort acht Stunden geleistet. Auf 42 % fallen sie *gelegentlich* an. Durchschnittlich sind es dort drei Stunden pro Woche.

In den *neuen Bundesländern* geben die Betriebe an, daß auf 47 % aller (besetzten) Arbeitsplätze Überstunden zu leisten sind. Bei 5 % ist dies die Regel, bei 42 % kommt es gelegentlich vor. Im Durchschnitt fallen dann acht bzw. vier Wochenstunden an.

Daraus können folgende *Schlussfolgerungen* gezogen werden:

– Überstundenarbeit ist zwar *kein gleichmäßig flächendeckendes Phänomen*, aber sie beschränkt sich auch nicht auf

⁵⁹ Ergebnisse der IAB/ifo-Erhebungen über Personenbedarf und offene Stellen. (IAB-Projekt Nr. 2-382), vgl. Kohler, H., Spitznagel, E., a.a.O.

⁶⁰ Vgl. Sonderfragen zum ifo-Konjunkturtest.

⁶¹ Vgl. Bauer, Groß, Schilling: Arbeitszeiten und Arbeitszeitwünsche, ISO, 1995, S. 5. Zu beachten ist allerdings, daß es sich dabei – anders als im Konzept unserer Arbeitszeitrechnung – um bezahlte und unbezahlte Überstunden handelt. Eine Untersuchung des ISO-Instituts schätzt den Anteil der bezahlten an allen Überstunden (ohne transitorische) im Jahr 1995 auf 57 % in Westdeutschland und auf 61 % in Ostdeutschland.

⁶² Vgl. Lohn- und Gehaltsstrukturerhebungen des Statistischen Bundesamtes (Fachserie 16).

wenige Arbeitsplätze.

- Permanente Überstundenarbeit gibt es auf relativ wenigen Arbeitsplätzen. Weit *überwiegend* werden Überstunden offenbar von *Fall zu Fall* geleistet.
- Ob regelmäßig oder gelegentlich: Es fallen ggf. im Durchschnitt aber doch *relativ viele* Überstunden an. Offenbar sind dafür betriebsspezifische und/oder arbeitsmarktliche Gründe maßgeblich.

Insgesamt ist daraus zu schließen, daß die statistischen Durchschnitte für die Debatte um Möglichkeiten einer Substitution von Überstunden durch Beschäftigte zwar eine notwendige, aber offenbar keine hinreichende Informationsgrundlage sind: Sie verleiten tendenziell zur Bagatellisierung der Überstundenarbeit, obwohl diese im konkreten Fall (Betrieb, Arbeitsplatz, Beschäftigter) oft erheblichen Umfang annimmt.

Überstunden aus Arbeitnehmersicht – zwischen Zuverdienst und betrieblichen Anforderungen

Befragungen von überstundenleistenden Beschäftigten in Ost- und Westdeutschland durch das ISO-Institut haben folgendes ergeben:⁶³

- Fast drei Viertel der Männer wie der Frauen begründen Überstundenarbeit mit *betrieblichen Gegebenheiten*. Zwischen Ost- und Westdeutschland bestehen hier nur geringe Unterschiede: 76 % bzw. 70 % gaben an, sie könnten sich den Überstunden schlecht entziehen oder die Arbeit sei ohne Überstunden nicht zu bewältigen.

– *Eigene Wünsche* nach Überstunden wurden im Ganzen selten geäußert, allerdings sind sie in den neuen Bundesländern stärker verbreitet als in den alten (11 % bzw. 16 %). Dies spiegelt wohl das West-Ost-Einkommensgefälle wider. Bei Arbeitern ist der *Wunsch* nach Überstunden erheblich stärker ausgeprägt.

– Mit zunehmender beruflicher Qualifikation (gemessen an der „Stellung im Beruf“) nimmt der betriebsbedingte *Überstundendruck* tendenziell zu.⁶⁴

Im Ganzen gibt es offenbar regional unterschiedliche Wunschvorstellungen: „Während in Westdeutschland das Potential derjenigen, die Überstunden machen wollen oder können, weitgehend ausgeschöpft scheint, existiert in Ostdeutschland insbesondere bei den gering verdienenden Beschäftigten eine beträchtliche Reserve“⁶⁵

Überstunden – ein Element betrieblicher Flexibilität

Mit Überstunden können überraschende oder auch vorhersehbare Arbeitsspitzen sowie vorübergehende Störungen und Engpässe elastisch und relativ unkompliziert bewältigt werden. Repräsentative Betriebsbefragungen haben für die Über-

Gründe für Überstundenarbeit

Kategorie	Gründe für Überstundenarbeit	Verarbeitendes Gewerbe Westdeutschland		Gesamtwirtschaft West Ost	
		1995*	1996**	1996**	
1	unvorhergesehene oder regelmäßige Nachfrage- und Produktionsschwankungen	42	41	35	35
2	Überbrückung von Umstellungen oder Störungen im Betriebsablauf	13	13	10	13
3	Überbrückung kurzfristiger Personalengpässe (z.B. Krankheit, Urlaub)	12	23	26	27
4	Personalengpässe bei einzelnen Fachkräften oder Spezialisten	11	12	12	11
5	Wünsche der Mitarbeiter	2	3	3	2
6	tarifliche Arbeitszeitverkürzungen	.	2	1	1
7	Sonstiges	18	8	13	11
	Summe	100	100	100	100

Mehrfachnennungen waren zugelassen; Summe der Nennungen = 100

* IAB/ifo-Erhebung; vgl. Ch. Brinkmann u.a., a.a.O.: Überstunden-Entwicklung, Strukturen und Bestimmungsgrößen, BeitrAB 98, S. 42 ff.

** Grundlagen betrieblicher Arbeitszeitstrukturen. Empirische Ergebnisse aus dem IAB-Betriebspanel, in: Schriftenreihe der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin, Dortmund 1998, S. 56

stundenarbeit die in der nebenstehenden Übersicht gezeigte Grundstruktur ergeben (Angaben in %).⁶⁶

Demnach wird der Umfang von Überstundenarbeit vor allem durch absatzmarktseitige Einflüsse bestimmt. Vor allem saisonale und konjunkturelle Schwankungen der Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen dürften dafür maßgebend sein. Daran hat sich in den letzten zehn Jahren offensichtlich nichts geändert; zumindest im Verarbeitenden Gewerbe Westdeutschlands nicht, wo vergleichbare Daten für 1995 und 1996 vorliegen. Mehr als früher werden Überstunden allerdings zur Überbrückung kurzfristiger Personalengpässe (z.B. bei Krankheit oder Urlaub von Mitarbeitern) eingesetzt. Darüber hinaus haben sich keine wesentlichen Verschiebungen ergeben.

In den anderen Wirtschaftsbereichen – ausgenommen im Baugewerbe – spielen Schwankungen der Nachfrage nach betrieblichen Leistungen im ganzen eine erheblich geringere Rolle. Dagegen werden Überstunden dort vorrangig zur Überbrückung von kurzfristigen Personalengpässen eingesetzt. In Teilbereichen stehen aber auch andere Gründe im Vordergrund. So sind dies im Sektor Energie und Bergbau z.B. Störungen im Betriebsablauf (50 %) und bei Banken und Versicherungen Personalengpässe bei Fachkräften und Spezialisten (24 %).

Interessant ist, daß tarifliche Arbeitszeitverkürzungen als Ursache für Überstunden in keinem Bereich eine nennenswerte Rolle spielen.

Die Grundstruktur der Überstundenarbeit in den neuen Bundesländern stimmt im ganzen mit der in den alten Bundesländern überein.

Beschäftigungsorientierter Abbau von Überstunden – beachtliche Potentiale

⁶³ Vgl. Bauer, Groß, Schilling, a.a.O.

⁶⁴ Unbezahlte Überstunden eingeschlossen.

⁶⁵ Bauer, Groß, Schilling, a.a.O., S.

⁶⁶ Vgl. Gürtler, J.; Spitznagel, E.: Betriebsbefragung, in: BeitrAB 98, S. 42ff. Die Untersuchung wurde im Jahr 1985 vom IAB und vom ifo-Institut durchgeführt.

Vergleichbare Ergebnisse für das Jahr 1995 liefert das IAB-Betriebspanel; vgl. Grundlagen betrieblicher Arbeitszeitstrukturen. Empirische Ergebnisse aus dem IAB-Betriebspanel; in: Schriftenreihe der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin, Dortmund 1998, S. 56.

⁶⁷ Vgl. Fußnote 64.

Mit Blick auf das gesamtwirtschaftliche Ungleichgewicht auf dem Arbeitsmarkt ist zu fragen, ob und gegebenenfalls in welcher Höhe Überstundenarbeit abgebaut und dadurch die Beschäftigung erhöht werden kann. *Rein rechnerisch* entspricht das gesamtwirtschaftliche Überstundenvolumen einem Beschäftigungsäquivalent von gut 1 Mio Personen (Vollzeit- und Teilzeitkräfte, entsprechend ihrem gesamtwirtschaftlichen Verhältnis).

Aber: Welche Möglichkeiten und Grenzen zeichnen sich ab, wenn es um die praktische Umsetzung dieser Überlegungen geht? Denn das Ausmaß der Überstundenarbeit ist ein Ergebnis betrieblicher Optimierungsbemühungen unter einzelwirtschaftlichen Kosten-Ertrags-Gesichtspunkten. Die flexible Anpassung an veränderte Bedarfsituationen wird u.a. mit Überstundenzuschlägen erkaufte, weshalb die Betriebe meist auch bestrebt sind, möglichst ohne Überstunden auszukommen. So haben sich denn auch nach einer Befragung von IAB und ifo⁶⁷ zwei Drittel der Betriebe (nach eigenen Angaben) in der Vergangenheit um die Vermeidung von Überstunden bemüht, oft mit beschäftigungswirksamen Maßnahmen. Große Betriebe gaben dies häufiger an als kleine.

In der öffentlichen Debatte um Überstunden wird im allgemeinen nicht bestritten, daß ein gewisser Sockel an Überstunden betriebswirtschaftlich unverzichtbar ist. Er trägt zu betrieblicher Flexibilität, zu Wettbewerbsfähigkeit und damit letztlich auch zur Sicherung und zum Entstehen von Arbeitsplätzen bei.

Umstritten ist freilich die Größe dieses Sockels sowie seine Bestimmungsfaktoren und damit das Volumen an Überstunden, das ohne negative Begleiterscheinungen für Betrieb und Volkswirtschaft in mehr Beschäftigung umgesetzt werden könnte. Konsensfähig ist sicherlich die Grundbedingung, daß daraus per saldo keine zusätzliche Kostenbelastung entstehen sollte, weil dies Arbeitsplätze gefährden könnte.

Eine theoretisch begründete und statistisch gesicherte, eindeutige Antwort auf diese Frage kann wohl nicht gegeben werden, denn die Problematik ist zu vielschichtig.

Nähert man sich einer Antwort von der empirisch-quantitativen Seite her und nimmt einmal an, daß das historische Minimum der Überstunden (im Jahr 1993 in den alten Bundesländern 58 Stunden pro Arbeitnehmer) ohne größere Probleme erreicht werden könnte, dann ergibt sich ein potentieller *Abbau des Überstundenvolumens um ein knappes Zehntel*.

Trotz zwischenzeitlich eingetretener Veränderungen der Wirtschaftsstruktur kann dieser Bezugspunkt nach wie vor als relevant betrachtet werden.

Man kann auch von den oben dargestellten *Gründen für Überstundenarbeit* ausgehen. Nimmt man an, die Überstunden zur Überbrückung von Umstellungen oder Störungen im Be-

triebsablauf (Kategorie 2) sowie zum Ausgleich längerfristiger Personalengpässe (Kategorie 4) seien unverzichtbar und alle anderen Überstunden könnten um 15 % verringert werden, so errechnet sich im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt ein Abbaupotential von einem Zehntel.⁶⁸ Das entspricht etwa einem Rückgang auf das o.g. historische Minimum.

Nimmt man an, die Überstunden – außer den oben für unverzichtbar erklärten – könnten halbiert werden, dann beträgt das *Abbaupotential ein gutes Drittel*.⁶⁹

Würden z.B. verstärkte und gezielte Vermittlungsbemühungen der Arbeitsämter zusätzlich längerfristige Personalengpässe bei Fachkräften und Spezialisten als Grund für Überstunden beseitigen, dann könnte das *gesamte* Überstundenvolumen *halbiert werden*.⁷⁰

Es ist also durchaus nicht realitätsfern, Spielräume beim Überstundenabbau anzunehmen. Ausdrücklich sei aber darauf hingewiesen, daß der Umfang des Abbaupotentials von den o.g. Annahmen abhängt und insoweit Setzungscharakter hat, freilich auf der Basis empirisch gestützter Erwägungen.⁷¹ Um diese Spielräume genauer ausloten zu können ist weitere Forschung notwendig. Zu denken ist u.a. an eine Betriebstypologie, die sowohl Umfang und Verteilung des betrieblichen Überstundenvolumens als auch dessen Ursachen berücksichtigt.

Arbeitsmarktentlastung durch Überstundenabbau möglich

Simulationsrechnungen auf der Basis des makroökonomischen Modells SYSIFO⁷² haben ergeben, daß ein angenommener dauerhafter Abbau der (zuschlagpflichtigen) Überstunden um rd. 40 % (jahresdurchschnittlich 26 Überstunden pro Kopf weniger) erhebliche und nachhaltige Beschäftigungseffekte bringen könnte.⁷³ Im Durchschnitt des Simulationszeitraums (acht Jahre) könnte die Beschäftigung dann um 320.000 Personen höher sein als sonst: In den ersten Jahren wären es rd. 400.000, am Ende immerhin noch gut 200.000 mehr.

Dieses Ergebnis ist allerdings an eine Reihe von Bedingungen geknüpft: So wurde bei dieser Simulationsrechnung angenommen, daß der Überstundenabbau keine Einschränkung der Betriebszeit verursacht und daß mögliche Diskrepanzen zwischen Angebot und Bedarf an Arbeitskräften („mismatch“) nicht stärker als bisher auftreten. In diesem Zusammenhang wäre auch der wichtige Sachverhalt der Fixkosten von Einstellungen zu bedenken (z.B. Such- und insbesondere Einarbeitungskosten). Wo der Überstundenabbau nur die Beschäftigung sichert, dürften mögliche Profildiskrepanzen und Einstellungskosten allerdings eine relativ geringe Rolle spielen.

Die Simulationsrechnungen zeigen auch einige unerwünschte *Begleiterscheinungen*: Das wirtschaftliche Wachstum wird leicht gedämpft. Die Preise, die Löhne und Lohnstückkosten sowie die Produktivität steigen etwas schneller als sonst. Diese Rückwirkungen ergeben sich aus den volkswirtschaftlichen Interdependenzen. Zu bedenken ist auch, daß mögliche Beschäftigungseffekte nicht in voller Höhe die Arbeitslosigkeit, sondern zum Teil auch die Stille Reserve entlasten.

Insgesamt umreißen diese Simulationen die Chancen und Risiken eines Überstundenabbaus im gesamtwirtschaftlichen Kontext. Unterstellt wird dabei allerdings ein Umfang des Überstundenabbaus, der nahe am oberen Rand des von uns gesteckten Rahmens liegt. Der Ausschöpfungsgrad des Ab-

⁶⁸ Anteile der Kategorien aus vorstehender Übersicht: $(2+4) \cdot 0 + (1+3+5 \text{ bis } 7) \cdot 0,15 = 0,1$

⁶⁹ $(2+4) \cdot 0 + (1+3+5 \text{ bis } 7) \cdot 0,5 = 0,3$

⁷⁰ $(2+4) \cdot 0 + (1+3+5 \text{ bis } 7) \cdot 0,5 + (4) \cdot 1 = 0,5$

⁷¹ In vergleichbarer Weise setzt das ISO-Institut an. Es bezieht in seine Überlegungen die Vorhersehbarkeit von Überstunden sowie die Angebotsseite des Arbeitsmarktes ein und schätzt das Abbaupotential des Überstundenvolumens auf ein Drittel.

⁷² Vgl. Klauder, W., Schnur, P., Zika, G., a.a.O.

⁷³ Da die Arbeitszeit in diesem Modell nicht nach ihren Komponenten untergliedert ist, also keine spezifischen Elastizitäten enthalten sind, lassen die Simulationen aber lediglich Aussagen über Richtung und mögliche Größenordnungen der Wirkungen zu.

baupotentials hängt aber von mehreren Bedingungen ab und es ist keine Frage, daß diese nicht so ohne weiteres realisiert werden können.

Große Bedeutung messen wir in diesem Zusammenhang der Stabilisierung von wirtschaftlichen Perspektiven zu. So könnten v.a. verbesserte mittelfristige Erwartungen die „Einstel-

lungsschwelle“ bei den Betrieben senken und die Neigung zu Überstunden als Bestandteil einer vorsichtigen Personalpolitik mindern.

Durch vermehrten Zeitausgleich statt durch Abgeltung könnten v.a. Betriebe, die viele Überstunden auf Dauer haben, letztlich zu mehr Einstellungen bewegt werden, ohne daß ihre

Tabelle 1: Alternativrechnungen zur Arbeitsmarktentwicklung 1998

		1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998			1998
								Var. I	Var. II	Var. III	Var. III
A. Die Nachfrage nach Arbeitskräften											
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %											
Bruttoinlandsprodukt (nom.)	West	+ 1,8	+ 2,9	+ 3,1	+ 1,5	+ 1,3	+ 2,2	+2 14	+2 24	+3 14	+3 24
	Ost	+ 7,8	+ 8,3	+ 8,8	+ 8,2	+ 1,8	+ 1,6	+1 34	+2 14	+2 24	+3 14
	Insg.	+ 2,2	+ 1,3	+ 2,7	+ 1,8	+ 1,4	+ 2,2	+ 2,3	+ 2,7	+ 3,2	+ 3,7
Stundenproduktwert	West	+ 0,2	+ 0,7	+ 1,4	+ 3,5	+ 2,9	+ 3,3	+ 1,8	+ 2,0	+ 2,1	+ 2,0
	Ost	+ 7,4	+ 10,5	+ 8,8	+ 8,5	+ 4,8	+ 6,0	+ 3,4	+ 3,5	+ 3,7	+ 3,8
	Insg.	+ 0,8	+ 1,3	+ 3,8	+ 5,5	+ 2,9	+ 3,9	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,4	+ 2,9
Arbeitsvolumen	West	+ 1,9	+ 2,8	+ 1,3	+ 1,8	+ 1,3	+ 1,0	+ 0,4	+ 0,8	+ 1,2	+ 1,4
	Ost	+ 0,4	+ 1,1	+ 0,2	+ 1,0	+ 2,7	+ 4,2	+ 1,8	+ 1,8	+ 0,9	+ 0,8
	Insg.	+ 1,4	+ 2,8	+ 1,1	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,8	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,8	+ 1,1
Durchschnittliche Arbeitszeit	West	+ 0,7	+ 1,2	+ 0,1	+ 1,3	+ 0,2	+ 0,0	+ 0,8	+ 0,9	+ 1,1	+ 1,2
	Ost	+ 15,1	+ 1,8	+ 1,9	+ 2,0	+ 2,6	+ 0,9	+ 0,8	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,2
	Insg.	+ 3,5	+ 0,7	+ 0,4	+ 1,4	+ 0,9	+ 0,2	+ 0,8	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,1
dav. Arbeitsdays-Einzel	West	+ 1,4	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,8
	Ost	+ 1,8	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,8	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,2
	Insg.	+ 1,5	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,8	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,8
Tägliche Arbeitszeit	West	+ 0,8	+ 1,3	+ 0,5	+ 0,9	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,8
	Ost	+ 13,4	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,8	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1
	Insg.	+ 1,8	+ 0,9	+ 0,1	+ 1,0	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,2
Erwerbstätige	West	+ 0,8	+ 1,5	+ 1,3	+ 0,7	+ 1,1	+ 1,8	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,3
	Ost	+ 12,8	+ 3,8	+ 1,8	+ 1,0	+ 2,1	+ 3,3	+ 3,8	+ 2,2	+ 2,8	+ 1,7
	Insg.	+ 1,8	+ 1,7	+ 0,7	+ 0,4	+ 1,3	+ 1,4	+ 2,8	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,1
Personen in 1000											
Erwerbstätige	West	29.497	29.082	28.088	28.464	28.185	27.575	27.765	27.945	27.808	27.888
	Ost	6.387	6.319	6.338	6.388	6.289	6.363	6.303	6.018	6.033	6.082
	Insg.	35.884	35.401	34.426	34.852	34.474	33.938	34.068	33.963	33.838	33.970
Deutsche	West	26.588	26.381	25.647	25.753	25.497	25.288	25.211	25.293	25.347	25.383
	Ost	6.299	6.115	6.204	6.288	6.112	6.289	6.743	6.758	6.773	6.792
	Insg.	32.887	32.496	32.151	32.041	31.609	31.577	31.954	32.051	32.120	32.175
Ausländer	West	2.889	2.681	2.709	2.711	2.688	2.587	2.544	2.682	2.561	2.582
	Ost	88	104	134	138	147	184	180	180	180	181
	Insg.	2.977	2.785	2.843	2.849	2.835	2.771	2.723	2.712	2.741	2.763
dav. Selbständige und Mithelfende	West	3.087	3.071	3.088	3.089	3.104	3.108	3.108	3.108	3.108	3.108
	Ost	418	482	501	618	618	618	618	618	618	618
	Insg.	3.505	3.553	3.587	3.707	3.726	3.726	3.726	3.726	3.726	3.726
Beschäftigte Arbeitnehmer	West	25.399	25.031	24.370	24.385	24.052	23.789	24.047	24.737	24.787	24.847
	Ost	5.988	6.757	6.888	6.887	6.743	6.643	6.303	6.403	6.423	6.443
	Insg.	31.387	31.788	31.258	31.272	30.795	30.432	30.350	31.140	31.210	31.290
Nachr.: Kazanischer	West	283	787	278	185	208	153	130	100	70	80
	Ost	370	181	87	71	71	49	80	40	30	25
	Insg.	653	968	365	256	279	202	210	140	100	105
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in 1000											
Erwerbstätige	West	+ 288	- 488	- 348	- 982	- 308	- 291	- 128	- 38	+ 30	+ 80
	Ost	- 684	- 188	+ 111	+ 68	- 137	- 388	- 188	- 198	- 128	- 188
	Insg.	- 396	- 676	- 236	- 914	- 445	- 477	- 278	- 186	- 98	- 38
Deutsche	West	+ 88	- 837	- 404	- 194	- 288	- 209	- 78	+ 6	+ 80	+ 125
	Ost	- 848	- 184	+ 89	+ 64	- 148	- 215	- 188	- 141	- 128	- 107
	Insg.	- 760	- 721	- 315	- 140	- 402	- 422	- 238	- 138	- 87	- 2
Ausländer	West	+ 188	+ 82	+ 88	+ 2	- 82	- 72	- 44	- 38	- 30	- 25
	Ost	+ 14	+ 18	+ 22	+ 18	+ 9	+ 7	+ 8	+ 6	+ 8	+ 7
	Insg.	+ 202	+ 100	+ 110	+ 20	- 73	- 65	- 36	- 32	- 22	- 18
dav. Selbständige und Mithelfende	West	+ 14	+ 4	+ 16	+ 13	+ 6	+ 2	+ 2	+ 2	+ 2	+ 2
	Ost	+ 47	+ 44	+ 39	+ 14	- 6	0	0	0	0	0
	Insg.	+ 61	+ 48	+ 54	+ 27	0	+ 2	+ 2	+ 2	+ 2	+ 2
Beschäftigte Arbeitnehmer	West	+ 254	- 488	- 281	- 806	- 313	- 283	- 122	- 32	+ 28	+ 78
	Ost	- 681	- 212	+ 72	+ 62	- 132	- 308	- 168	- 138	- 128	- 100
	Insg.	- 427	- 696	- 109	- 163	- 445	- 491	- 272	- 167	- 98	- 22

Noch Tabelle 1: Alternativrechnungen zur Arbeitsmarktentwicklung 1998

		1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998			1999	
								Var. I	Var. II	Var. III	Var. IV	
B. Das Arbeitskräfteangebot												
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in 1000												
Erwerbspersonenpotential insgesamt		West	+ 323	+ 173	+ 8	+ 43	+ 31	+ 11	- 180	- 189	- 108	- 989
		Ost	- 125	- 185	- 119	- 145	- 133	- 85	- 72	- 72	- 73	- 72
		Insg.	+ 257	+ 88	- 111	- 182	- 91	- 64	- 172	- 172	- 173	- 173
dar. Demographie		West	- 80	- 112	- 185	- 180	- 182	- 140	- 181	- 181	- 181	- 151
		Ost	- 88	- 87	- 38	- 48	- 48	- 30	- 21	- 21	- 21	- 21
		Insg.	- 118	- 199	- 197	- 228	- 207	- 170	- 172	- 178	- 172	- 172
Verhaltenskomponente		West	- 59	- 45	- 25	+ 13	+ 28	+ 80	+ 80	+ 80	+ 80	+ 80
		Ost	+ 40	- 58	- 82	- 105	- 108	- 64	- 28	- 28	- 28	- 28
		Insg.	- 59	- 136	- 107	- 82	- 74	- 4	+ 82	+ 82	+ 82	+ 82
Wanderungen		West	+ 476	+ 327	+ 177	+ 167	+ 180	+ 79	- 26	- 25	- 25	- 25
		Ost	- 88	+ 2	+ 3	+ 22	+ 22	+ 10	- 5	- 5	- 5	- 5
		Insg.	+ 407	+ 329	+ 180	+ 189	+ 192	+ 89	- 30	- 30	- 30	- 30
Veränderung Pendler saldo		West	+ 108	+ 3	+ 18	+ 43	+ 4	+ 12	+ 16	+ 18	+ 18	+ 18
		Ost	- 89	+ 13	- 1	- 14	+ 4	- 11	- 18	- 18	- 18	- 18
		Insg.	+ 37	+ 16	+ 14	+ 29	+ 8	+ 1	- 2	- 2	- 2	- 2
Erwerbspersonenpotential Deutsche												
		West	+ 51	- 31	- 88	- 87	- 88	- 40	- 83	- 83	- 83	- 83
		Ost	- 181	- 137	- 145	- 182	- 138	- 188	- 86	- 86	- 86	- 86
		Insg.	- 180	- 168	- 233	- 249	- 224	- 148	- 138	- 138	- 138	- 138
dar. Demographie		West	- 144	- 171	- 214	- 225	- 218	- 187	- 188	- 188	- 188	- 188
		Ost	- 36	- 24	- 38	- 50	- 47	- 32	- 28	- 28	- 28	- 28
		Insg.	- 170	- 195	- 252	- 265	- 265	- 219	- 212	- 212	- 212	- 212
Verhaltenskomponente		West	- 64	+ 7	+ 3	+ 25	+ 48	+ 86	+ 86	+ 86	+ 86	+ 86
		Ost	+ 38	- 100	- 100	- 100	- 100	- 70	- 45	- 40	- 40	- 40
		Insg.	- 34	- 93	- 97	- 72	- 52	- 4	+ 28	+ 38	+ 28	+ 28
Wanderungen		West	+ 176	+ 138	+ 108	+ 92	+ 82	+ 88	+ 83	+ 80	+ 80	+ 80
		Ost	- 85	- 25	- 4	+ 3	+ 5	+ 4	+ 1	+ 1	+ 1	+ 1
		Insg.	+ 91	+ 104	+ 102	+ 95	+ 87	+ 72	+ 81	+ 81	+ 81	+ 81
Veränderung Pendler saldo		West	+ 83	+ 4	+ 17	+ 38	- 0	+ 13	+ 23	+ 20	+ 20	+ 20
		Ost	- 70	+ 12	- 2	- 15	+ 4	- 11	- 18	- 18	- 18	- 18
		Insg.	+ 13	+ 16	+ 15	+ 13	+ 4	+ 2	+ 2	+ 2	+ 2	+ 2
Erwerbspersonenpotential Ausländer												
		West	+ 341	+ 294	+ 97	+ 138	+ 117	+ 61	- 47	- 47	- 47	- 47
		Ost	+ 28	+ 38	+ 38	+ 37	+ 18	+ 14	+ 8	+ 8	+ 8	+ 8
		Insg.	+ 367	+ 238	+ 135	+ 147	+ 133	+ 85	- 38	- 38	- 38	- 38
dar. Demographie		West	+ 64	+ 59	+ 35	+ 53	+ 54	+ 47	+ 38	+ 38	+ 38	+ 38
		Ost	- 8	- 3	0	+ 2	+ 2	+ 2	+ 2	+ 2	+ 2	+ 2
		Insg.	+ 62	+ 56	+ 35	+ 57	+ 56	+ 49	+ 40	+ 40	+ 40	+ 40
Verhaltenskomponente		West	- 26	- 82	- 25	- 18	- 19	- 8	- 8	- 8	- 8	- 8
		Ost	+ 10	+ 7	+ 18	- 5	- 3	+ 8	+ 12	+ 12	+ 12	+ 12
		Insg.	- 28	- 45	- 10	- 20	- 22	0	+ 8	+ 8	+ 8	+ 8
Wanderungen		West	+ 308	+ 188	+ 71	+ 73	+ 78	+ 11	- 78	- 78	- 78	- 78
		Ost	+ 17	+ 27	+ 7	+ 19	+ 17	+ 8	- 8	- 8	- 8	- 8
		Insg.	+ 318	+ 225	+ 78	+ 84	+ 95	+ 17	- 81	- 81	- 81	- 81
Veränderung Pendler saldo		West	+ 23	- 1	- 2	+ 15	+ 4	- 1	- 4	- 4	- 4	- 4
		Ost	+ 1	+ 1	+ 1	+ 1	0	0	0	0	0	0
		Insg.	+ 24	0	- 1	+ 16	+ 4	- 1	- 4	- 4	- 4	- 4
Personen in 1000												
Erwerbspersonenpotential insgesamt		West	22.625	23.888	23.707	22.780	23.781	22.781	28.881	28.981	28.881	32.981
		Ost	8.898	8.781	8.613	8.487	8.345	8.281	8.178	8.178	8.178	8.178
		Insg.	41.861	41.429	41.319	41.217	41.126	41.042	48.870	48.878	48.878	48.878
Deutsche		West	29.348	29.317	29.228	29.142	29.086	29.016	28.982	28.982	28.982	28.982
		Ost	8.717	8.580	8.438	8.273	8.138	8.027	7.947	7.947	7.947	7.947
		Insg.	38.065	37.897	37.664	37.415	37.191	37.048	38.909	38.908	38.908	38.908
Ausländer		West	3.177	3.381	3.478	3.608	3.725	3.778	3.729	3.728	3.728	3.728
		Ost	119	151	177	184	210	284	232	232	232	232
		Insg.	3.298	3.532	3.655	3.802	3.935	4.000	3.961	3.961	3.961	3.961

Noch Tabelle 1: Alternativrechnungen zur Arbeitsmarktentwicklung 1998

		1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998			1998
								Var. I	Var. II	Var. III	Var. III'
C. Die Arbeitsmarktbilanz											
Personen in 1000											
Registrierte Arbeitslos insgesamt	West	1.908	2.370	2.898	2.888	2.788	2.881	2.988	3.000	2.990	2.925
	Ost	1.179	1.148	1.142	1.047	1.188	1.284	1.478	1.480	1.480	1.438
	Insg.	2.978	3.419	3.998	3.912	3.988	4.265	4.528	4.480	4.410	4.380
Deutsche	West	1.554	1.925	2.147	2.141	2.310	2.400	2.522	2.478	2.442	2.410
	Ost	1.164	1.184	1.138	1.038	1.188	1.247	1.450	1.441	1.432	1.417
	Insg.	2.708	3.099	3.277	3.178	3.474	3.627	3.972	3.919	3.874	3.827
Ausländer	West	254	345	408	424	477	521	528	522	518	515
	Ost	18	16	12	12	14	17	20	19	18	18
	Insg.	272	360	421	436	491	538	548	541	536	533
in %											
Arbeitslosenquote (bezogen auf alle Erwerbspersonen)	West	8,8	7,9	8,2	8,3	8,1	8,8	8,8	8,7	8,8	8,8
	Ost	18,4	15,1	15,3	14,0	16,7	18,1	18,8	18,5	18,3	18,1
	Insg.	7,7	8,9	8,8	9,4	10,4	11,4	11,8	11,8	11,8	11,3
Personen in 1000											
Stille Reserve insgesamt	West	1.280	1.428	1.488	1.781	1.882	1.888	1.288	1.348	1.388	1.811
	Ost	1.278	1.288	1.148	1.034	817	834	288	301	288	281
	Insg.	2.558	2.716	2.636	2.795	2.748	2.722	2.582	2.647	2.622	2.902
Deutsche	West	908	1.041	1.138	1.248	1.243	1.257	1.258	1.191	1.173	1.180
	Ost	1.284	1.231	1.101	888	808	781	283	248	242	288
	Insg.	2.170	2.272	2.238	2.228	2.108	2.018	1.582	1.538	1.515	1.567
Ausländer	West	354	285	388	475	588	658	658	655	658	682
	Ost	18	32	38	44	48	58	32	53	54	53
	Insg.	368	417	388	517	638	711	710	708	707	705
div. Stille Reserve in anderen Branchen	West	787	888	877	1.072	1.288	1.484	1.434	1.384	1.378	1.388
	Ost	28	137	210	387	421	488	484	478	474	488
	Insg.	788	1.027	1.187	1.528	1.888	1.987	1.918	1.878	1.888	1.888
Stille Reserve in Maschinenbau	West	483	538	618	848	888	881	482	482	482	482
	Ost	1.258	1.228	838	887	488	371	282	288	288	282
	Insg.	1.748	1.762	1.448	1.318	1.388	888	774	774	774	774
Vollzeit Full-Talente	West	288	338	288	287	278	228	194	184	184	184
	Ost	425	345	241	843	288	177	185	183	183	183
	Insg.	678	588	487	588	588	400	287	287	287	287
Deutschhergänger	West	31	65	58	48	42	28	22	38	38	38
	Ost	3	8	7	7	8	8	8	8	8	8
	Insg.	34	61	57	53	50	42	38	38	38	38
Pflanzl.)	West	68	64	38	38	38	37	38	38	38	38
	Ost	4	8	4	4	6	8	5	8	6	8
	Insg.	68	68	42	42	44	42	42	42	42	42
Leistungsmt. § 126 SGB III 2)	West	12	18	17	17	18	18	17	17	17	17
	Ost	8	3	5	11	13	13	11	11	11	11
	Insg.	12	19	22	28	32	31	28	28	28	28
Leistungsmt. § 126 SGB III 3)	West	38	28	41	42	43	48	54	54	54	54
	Ost	3	13	15	21	24	29	32	32	32	32
	Insg.	38	41	58	63	67	78	68	66	66	66
Leistungsmt. § 126 SGB III 4)	West	82	127	138	148	138	138	121	121	121	121
	Ost	1	1	2	7	30	78	102	102	102	102
	Insg.	88	128	141	153	168	208	223	223	223	223
Altenübergangsgeld	West	1	2	3	2	2	1	0	0	0	0
	Ost	818	838	824	541	188	88	0	0	0	0
	Insg.	517	841	827	343	188	88	0	0	0	0
Vorruheübergangsgeld	West	12	8	3	1	0	0	0	0	0	0
	Ost	288	214	128	23	0	0	0	0	0	0
	Insg.	307	220	128	24	0	0	0	0	0	0

Noch Tabelle 1: Alternativrechnungen zur Arbeitsmarktentwicklung 1998

			1993	1994	1995	1996	1997	1998			1998	
								Var. I	Var. II	Var. III	Var. III*	
Moche C. Die Arbeitsmarktlage												
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in 1000												
Registrierte Arbeitslose insgesamt	West		+ 118	+ 462	+ 290	+ 8	+ 291	+ 225	+ 20	- 21	+ 41	- 84
	Ost		+ 257	- 21	+ 7	+ 88	+ 138	+ 188	+ 198	+ 98	+ 86	+ 71
	Insg.		+ 375	+ 441	+ 279	- 69	+ 383	+ 429	+ 138	+ 78	+ 35	- 25
Deutsche	West		+ 75	+ 371	+ 222	- 8	+ 178	+ 171	+ 32	- 12	- 42	- 80
	Ost		+ 252	- 20	- 4	+ 65	+ 130	+ 193	+ 103	+ 94	+ 36	+ 70
	Insg.		+ 327	+ 351	+ 218	- 101	+ 298	+ 363	+ 135	+ 82	+ 37	- 10
Ausländer	West		+ 43	+ 91	+ 68	+ 16	+ 53	+ 54	- 3	- 9	- 18	- 16
	Ost		+ 2	- 1	- 3	0	+ 3	+ 3	+ 8	+ 2	+ 1	+ 1
	Insg.		+ 45	+ 90	+ 65	+ 16	+ 56	+ 57	- 5	- 7	- 17	- 15
Stille Reserve insgesamt	West		+ 5	+ 188	+ 68	+ 228	+ 188	+ 87	- 8	- 48	- 69	- 84
	Ost		+ 392	+ 34	- 225	- 119	- 187	- 64	- 28	- 39	- 38	- 43
	Insg.		+ 397	+ 222	+ 184	+ 178	+ 1	- 17	- 37	- 87	- 107	- 127
Deutsche	West		- 107	+ 135	+ 94	+ 113	- 8	- 2	- 9	- 43	- 64	- 75
	Ost		+ 642	+ 67	- 230	- 121	- 112	- 66	- 27	- 38	- 38	- 43
	Insg.		+ 435	+ 302	- 136	- 8	- 120	- 80	- 36	- 79	- 103	- 121
Ausländer	West		+ 112	+ 31	- 25	+ 113	+ 116	+ 69	+ 0	- 3	- 5	- 8
	Ost		+ 10	+ 17	+ 7	+ 6	+ 8	+ 4	- 1	+ 0	+ 1	+ 0
	Insg.		+ 122	+ 48	- 18	+ 119	+ 124	+ 73	- 1	- 3	- 4	- 8
dav. Stille Reserve im anderen Sinne	West		- 3	+ 123	+ 67	+ 185	+ 97	+ 136	+ 20	+ 19	+ 38	- 48
	Ost		+ 38	+ 111	+ 73	+ 147	+ 64	+ 41	+ 21	+ 16	+ 11	+ 9
	Insg.		+ 35	+ 234	+ 140	+ 332	+ 161	+ 177	+ 41	+ 35	+ 49	- 39
Stille Reserve in Maßnahmen	West		+ 5	+ 43	- 18	+ 31	+ 11	- 69	- 29	- 38	- 38	- 38
	Ost		+ 538	- 27	- 288	- 233	- 171	- 188	- 42	- 47	- 49	- 46
	Insg.		+ 543	+ 16	- 314	- 222	- 160	- 184	- 69	- 85	- 87	- 84

- 1) Rehabilitanden in berufsfördernden Maßnahmen mit dem Ziel der Wiedereingliederung sowie in Maßnahmen der berufl. Weiterbildung.
- 2) Nahtloskeitsleistungen (bis Ende 1997 § 105 a AFG)
- 3) Leistungsfortzahlung im Krankheitsfall (bis Ende 1997 §105 b AFG)
- 4) 58jährige und ältere Empfänger von Alg. Alhi, Egg und Eghi, die der Arbeitsvermittlung nicht zur Verfügung stehen (bis Ende 1997 § 105 c AFG).

Quelle: Berechnungen des IAB

Tabelle 2a: Ableitung der Entwicklung des Arbeitskräftepotentials für Westdeutschland

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998
--	------	------	------	------	------	------	------	------

A. Wohnortkonzept (Vorfahrtveränderung in 1000)

Deutsche	+ 27	- 30	- 35	- 65	- 95	- 98	- 92	- 78
Demografie (ohne Wanderungen)	- 130	- 144	- 171	- 214	- 235	- 218	- 187	- 180
Verfallsratekomponente 1)	- 79	- 64	+ 7	+ 3	+ 35	+ 48	+ 88	+ 88
Wanderungssaldo insgesamt	+ 245	+ 170	+ 129	+ 100	+ 82	+ 82	+ 88	+ 80
davon Aus Zuzügen aus Ostdeutschland	+ 173	+ 167	+ 111	+ 83	+ 72	+ 73	+ 72	+ 73
Aus Fortzügen nach Ostdeutschland	- 30	- 62	- 65	- 62	- 81	- 84	- 67	- 68
Aus Zuzügen von Ausländern 2)	+ 142	+ 80	+ 87	+ 84	+ 88	+ 88	+ 87	+ 88
Aus sonstigen Wanderungssalden	- 31	- 16	- 11	- 8	- 7	- 7	- 4	- 4
Ausländer	+ 291	+ 295	+ 285	+ 281	+ 118	+ 113	+ 88	- 43
Demografie (ohne Wanderungen)	+ 47	+ 64	+ 80	+ 88	+ 58	+ 54	+ 47	+ 38
Verfallsratekomponente 1)	- 55	- 35	- 82	- 29	- 18	- 18	- 0	- 8
Wanderungssaldo insgesamt	+ 230	+ 260	+ 188	+ 71	+ 78	+ 78	+ 11	- 78
davon Aus Wanderungssalden ohne Asylbew.	+ 80	+ 77	+ 28	- 2	+ 28	+ 28	- 23	- 77
Aus Asylbewerbern 3)	+ 151	+ 233	+ 160	+ 73	+ 50	+ 50	+ 34	+ 3
Deutsche und Ausländer	+ 259	+ 235	+ 173	- 8	0	+ 27	- 1	- 118

B. Pendler (Jahresdurchschnitte in 1000)

Einpendler aus Ostdeutschland	324	425	432	438	438	474	403	512
Auspendler nach Ostdeutschland	84	84	103	108	118	132	141	141
Auspendler in das Ausland	181	138	183	107	94	60	68	68
Pendler saldo Deutsche	+ 128	+ 243	+ 229	+ 230	+ 282	+ 282	+ 294	+ 284
Vorfahrtveränderung in 1999	+ 300	+ 33	+ 4	+ 17	+ 39	- 0	+ 13	+ 20
Einpendler aus dem Ausland	88	118	118	148	131	138	134	130
Pendler saldo Ausländer	+ 88	+ 118	+ 118	+ 148	+ 131	+ 138	+ 134	+ 130
Vorfahrtveränderung in 1999	+ 33	+ 23	- 1	- 3	+ 18	+ 4	- 1	- 4
Pendler saldo insgesamt	+ 218	+ 323	+ 328	+ 348	+ 393	+ 387	+ 398	+ 414
Vorfahrtveränderung in 1999	+ 233	+ 188	+ 3	+ 18	+ 47	+ 4	+ 12	+ 16

C. Beschäftigungsortkonzept (Vorfahrtveränderung in 1000)

Deutsche	+ 237	+ 81	- 21	- 22	- 87	- 88	- 40	- 23
Ausländer	+ 234	+ 241	+ 284	+ 37	+ 130	+ 117	+ 81	- 47
Deutsche und Ausländer	+ 471	+ 322	+ 173	+ 15	+ 43	+ 31	+ 41	- 70

D. Nachr.: Wanderungsbewegungen 2) (Jahresdurchschnitte bzw. -salden in 1000)

Zuzüge von Ausländern	298	180	174	171	183	134	107	87
Zuzüge (Deutsche) aus Ostdeutschland	244	180	188	147	149	145	145	145
Fortzüge (Deutsche) nach Ostdeutschland	76	182	188	129	124	134	138	137
Einseitiger Wanderungssaldo Deutsche	- 32	- 32	- 13	- 32	- 7	- 21	+ 4	+ 4
Wanderungssaldo Ausländer (ohne Asylbew.)	+ 187	+ 138	- 28	+ 18	+ 82	+ 27	- 128	- 158
Asylbewerberinnen	245	284	288	183	132	93	84	78

1) Bis 1995 Restgröße, ab 1996 Vorgabe Langfristprojektion

2) Abgeleitet aus monatlichen Zuzugszahlen.

3) Bevölkerung.

Quelle: Berechnungen des IAB

Tabelle 2b: Ableitung der Entwicklung des Arbeitskräftepotentials für Ostdeutschland

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998
--	------	------	------	------	------	------	------	------

A. Wohnortkonzept (Vorjahresveränderung in 1000)

Deutsche	- 83	- 81	- 148	- 149	- 147	- 148	- 88	- 82
Demographie (ohne Wanderungen)	- 53	- 28	- 24	- 28	- 80	- 47	- 32	- 23
Verhaltenskomponente 1)	+ 121	+ 38	- 100	- 100	- 100	- 100	- 70	- 40
Wanderungseffekte insgesamt	- 131	- 58	- 25	- 4	+ 3	+ 6	+ 4	+ 1
davon Aus Zuzügen aus Westdeutschland	+ 38	+ 62	+ 68	+ 68	+ 61	+ 64	+ 67	+ 66
Aus Fortzügen nach Westdeutschland	- 173	- 157	- 111	- 63	- 72	- 75	- 72	- 72
Aus Zuzügen von Ausländern 2)	+ 4	+ 12	+ 25	+ 26	+ 20	+ 20	+ 19	+ 18
Aus sonstigen Wanderungseffekten	- 1	- 2	- 4	- 9	- 16	- 16	- 10	- 6
Ausländer	- 43	+ 28	+ 31	+ 28	+ 28	+ 28	+ 14	+ 8
Demographie (ohne Wanderungen)	+ 1	- 2	- 3	0	+ 2	+ 2	+ 2	+ 3
Verhaltenskomponente 1)	- 4	+ 10	+ 7	+ 18	- 6	- 3	+ 8	+ 12
Wanderungseffekte insgesamt	- 40	+ 17	+ 27	+ 7	+ 18	+ 17	+ 8	+ 8
davon Aus Wanderungseffekten ohne Asylbew.	- 45	- 8	- 16	- 11	+ 8	+ 8	- 3	- 8
Aus Asylbewerbern 2)	+ 5	+ 26	+ 42	+ 18	+ 12	+ 12	+ 8	+ 8
Deutsche und Ausländer	- 124	- 53	- 121	- 142	- 129	- 131	- 80	- 74

B. Pendler (Jahresschritte in 1000)

Einpendler aus Westdeutschland	64	64	105	108	112	132	141	141
Auspendler nach Westdeutschland	280	480	432	428	488	474	499	512
Auspendler in das Ausland	0	0	0	0	0	0	0	0
Pendlerseife Deutsche	- 216	- 216	- 227	- 220	- 276	- 242	- 258	- 271
Verhaltensveränderung in 1998	- 102	- 79	+ 12	- 2	- 18	+ 4	- 11	- 18
Einpendler aus dem Ausland	2	3	4	8	8	8	8	8
Pendlerseife Ausländer	+ 2	+ 3	+ 4	+ 8	+ 8	+ 8	+ 8	+ 8
Verhaltensveränderung in 1998	+ 2	+ 1	+ 1	+ 1	+ 1	0	0	0
Pendlerseife insgesamt	- 214	- 213	- 223	- 212	- 268	- 234	- 250	- 263
Verhaltensveränderung in 1998	- 104	- 80	+ 13	- 1	- 14	+ 4	- 11	- 18

C. Beschäftigungskonzept (Vorjahresveränderung in 1000)

Deutsche	- 268	- 181	- 137	- 148	- 183	- 138	- 108	- 88
Ausländer	- 41	+ 28	+ 23	+ 28	+ 17	+ 18	+ 14	+ 8
Deutsche und Ausländer	- 309	- 153	- 114	- 120	- 166	- 120	- 94	- 80

D. Nachr.: Wanderungsbilanzen 3) (Jahressummen bzw. -salden in 1000)

Zuzüge von Ausländern	17	24	42	42	48	44	28	27
Zuzüge (Deutsche) aus Westdeutschland	75	162	166	128	124	124	138	137
Fortzüge (Deutsche) nach Westdeutschland	244	180	186	147	148	145	145	145
Bereinigter Wanderungssaldo Deutsche	- 52	- 94	- 118	- 117	- 100	- 97	- 105	- 101
Wanderungssaldo Ausländer (ohne Asylbew.)	0	+ 16	- 21	+ 8	+ 18	+ 8	- 12	- 7
Jahressummen	- 10	44	55	28	28	27	21	28

1) Schätzung

2) Abgeleitet aus monatlichen Zuzugszahlen.

3) Bevölkerung.

Quelle: Berechnungen des IAB

Tabelle 3a: Durchschnittliche Arbeitszeit und ihre Komponenten für alle Arbeitnehmer in Westdeutschland

		1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1999			1999
									Var. I	Var. II	Var. III	Var. IV
1. Personen												
1.1	Personen	1000	24.128	24.288	24.621	24.870	25.205	25.552	24.707	24.707	24.707	24.647
2. Potenzielle Arbeitszeit												
2.1	Tage	288	288	288	288	288	288	288	288	288	288	288
2.2	Sonntage	52	52	52	52	52	52	52	52	52	52	52
2.3	Samstags	52	52	52	52	52	52	52	52	52	52	52
2.4	Feiertage	12,7	12,1	12,0	12,0	12,0	11,7	11,2	11,1	11,1	11,1	11,1
2.5	Kalendarische Arbeitszeit	Tage	345,3	345,3	345,3	345,3	345,3	345,3	345,3	345,3	345,3	345,3
3. Tarifliche Arbeitszeit (1)												
3.1	Wochenarbeitszeit	Stunden	39,28	39,11	37,82	37,82	37,20	37,20	37,20	37,20	37,20	37,20
3.2	Tägliche Arbeitszeit	"	7,88	7,82	7,88	7,88	7,84	7,81	7,80	7,80	7,80	7,80
3.3	Tariflicher Urlaub	Tage	28,78	28,88	31,20	31,24	31,28	31,11	31,11	31,11	31,11	31,11
3.4	Unternehmensliche Arbeitszeit	"	217,2	221,1	222,9	218,2	218,7	218,2	218,2	218,2	218,2	218,2
3.5	Tarifliche Arbeitszeit	Stunden	1.254,2	1.254,2	1.254,2	1.254,2	1.254,2	1.254,2	1.254,2	1.254,2	1.254,2	1.254,2
4. Kennzahlwert												
4.1	der Person	In %	5,31	5,22	4,95	4,93	5,20	4,98	4,94	4,94	4,94	4,94
4.2	in Arbeitslagen	Tage	11,5	11,5	10,9	10,6	11,4	10,3	9,0	9,0	9,0	9,0
4.3	in Arbeitsstellen	Stunden	88,4	87,9	82,9	81,9	85,7	77,0	67,8	67,8	67,8	67,8
4.4	Kennzahlwert der Arbeitszeit	Stunden	1.270,0	1.267,0	1.252,4	1.250,5	1.252,4	1.253,2	1.253,4	1.253,4	1.253,4	1.253,4
5. Effektive Arbeitszeit												
5.1	Effektive Arbeitszeit	Tage	229,0	228,5	210,0	205,9	207,3	205,9	205,9	211,9	211,9	211,9
6. Mehrzeiterleistungen												
6.1	pro Woche	Stunden	1,88	1,80	1,34	1,30	1,88	1,81	1,51	1,80	1,80	1,80
6.2	pro Tag	"	0,82	0,30	0,38	0,32	0,32	0,30	0,30	0,30	0,30	0,30
6.3	pro Jahr	"	55,0	52,0	57,9	65,4	68,7	63,1	63,0	63,0	63,0	63,0
6.4	Mehrzeiterleistungen	Mio Std	1.250,01	1.251,71	1.251,75	1.250,05	1.252,22	1.250,09	1.252,09	1.252,09	1.252,09	1.252,09
6.5	Arbeitszeit ohne Mehrzeiterleist.	Stunden	1.250,0	1.252,5	1.252,5	1.252,2	1.251,1	1.252,0	1.252,0	1.252,0	1.252,0	1.252,0
7. Kurzarbeit												
7.1	Kurzarbeiter	1990	144,0	254,0	796,8	276,8	194,1	208,4	163,4	190,0	190,0	78,0
7.2	Arbeitsausfall je Kurzarbeiter	%	26,7	30,4	30,1	31,7	28,8	28,7	41,0	41,0	41,0	41,0
7.3	Arbeitsausfall	Stunden	404,8	210,4	427,8	284,4	208,4	287,1	272,2	272,2	272,2	272,2
7.4	Kurzarbeiter	Mio Std	71,78	145,28	373,28	144,88	77,88	121,18	80,88	80,88	80,88	40,78
7.5	Kurzarbeiteranteil	Stunden	2,7	6,8	14,4	6,7	2,1	4,8	2,8	2,8	2,8	1,8
8. Schichtarbeiter												
8.1	Kennzahlwert	1990	17,348	12,948	17,987	10,188	14,213					
8.2	Kennzahlwert je MWG-Tag	Stunden	6,88	5,08	5,87	3,27	5,07					
8.3	Kurzarbeiter	Mio Std	25,75	72,35	100,34	54,08	72,08	59,84	59,84	61,70	61,70	61,70
8.4	Kennzahlwert	Stunden	2,5	2,7	2,8	2,1	2,8	2,8	2,8	2,8	2,8	2,8
9. Tarifliche Arbeitszeit												
9.1	Veränderung Arbeitszeit	1990	128,0	154,3	54,3	278,8	281,4	98,1	0,0	0,0	0,0	0,0
9.2	Arbeitsstellen	Mio Std	1,78	11,78	0,84	1,54	1,78	0,71	0,00	0,00	0,00	0,00
9.3	Arbeitsstellen	Stunden	0,0	0,4	0,0	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
10. Freiwillige Teilzeit												
10.1	Teilzeitkräfte	%	10,04	10,41	10,69	17,08	16,20	16,78	16,20	19,20	19,20	19,20
10.2	Teilzeitarbeitskräfte	1990	492	434	440	458	458	478	478	480	480	480
10.3	Arbeitslosenquote	%	22,3	22,3	22,3	22,3	22,3	22,3	22,3	22,3	22,3	22,3
10.4	Arbeitslosenquote je Teilzeitarb.	Stunden	229,9	229,1	229,0	229,0	229,0	241,8	243,8	243,8	243,8	243,8
10.5	Arbeitsstellen	Mio Std	2.221,05	2.221,05	2.221,05	2.221,05	2.221,05	2.221,05	2.221,05	2.221,05	2.221,05	2.221,05
10.6	Anteil der freiwilligen Teilzeit	Stunden	28,0	28,0	27,4	24,0	25,0	20,8	20,8	20,8	20,8	20,8
11. Akzeptierte Teilzeit												
11.1	Personen	1990				470	270	300	300	280	280	280
11.2	Anteil der tarifl. Arbeitszeit	%				11,5	12,9	12,2	12,2	12,2	12,2	12,2
11.3	Arbeitsstellen je Person	Stunden				180,5	270,4	198,2	198,7	201,7	201,7	201,7
11.4	Arbeitsstellen	Mio Std				80,45	88,81	60,71	60,80	70,28	70,28	70,28
11.5	Anteil der akzeptierten Teilzeit	Stunden				2,5	2,2	2,2	2,2	2,0	2,0	2,0
12. Erwerbsunfähigkeit												
12.1	Erwerbsunfähige (Personen)	1990	184	248	240	280	280	280	280	280	280	280
12.2	Arbeitsstellen	Mio Std	277,87	284,29	284,27	271,63	479,89	488,57	514,95	514,95	514,95	514,95
12.3	Erwerbsunfähigkeitsquote	Stunden	13,0	12,4	13,7	14,5	15,9	15,6	20,2	20,2	20,2	20,2
13. Bureau Arbeitsstellen												
13.1	Bureau 7 bis 12	Stunden	182,2	119,1	122,5	123,0	125,0	120,7	125,3	125,2	125,2	125,2
14. Tarifliche Arbeitszeit												
14.1	Arbeitszeit	Stunden	1.254,2	1.254,2	1.254,2	1.254,2	1.254,2	1.254,2	1.254,2	1.254,2	1.254,2	1.254,2
14.2	Veränderung tariflicher Arbeitszeit	%	-1,3	+0,7	-1,3	-0,5	-1,3	-0,3	+0,1	+0,1	+0,1	+0,1
14.3	Anteil der Arbeitszeit	"	+0,8	+1,8	+0,1	-0,4	-0,4	-0,1	+0,1	+0,1	+0,1	+0,1
14.4	Tarifliche Arbeitszeit	"	-1,3	-0,7	-1,3	+0,4	-1,0	-0,4	+0,2	+0,2	+0,2	+0,2

1) bzw. betrieblich vereinbarte Arbeitszeit (soweit erfaßt).

Quelle: Berechnungen des IAB

Tabelle 3b: Durchschnittliche Arbeitszeit und ihre Komponenten für alle Arbeitnehmer in Ostdeutschland

		1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1999			2000	
									Var. I	Var. II	Var. III	Var. IV	
1. Personen													
1.1 Beschäftigte Arbeitnehmer		1000	8.088	8.199	8.757	9.029	9.891	9.749	9.543	9.399	9.209	9.228	9.248
2. Potenzielle Arbeitszeit													
2.1 Tage		365	365	365	365	365	365	365	365	365	365	365	365
2.2 Sonntage		52	52	52	52	52	52	52	52	52	52	52	52
2.3 Feiertage		52	52	52	53	52	52	52	52	52	52	52	52
2.4 Fehltage		12,8	8,3	7,3	8,2	8,5	11,3	11,5					
2.5 Potenzielle Arbeitszeit	Tag	340,2	286,7	285,7	281,8	281,8	283,7	244,0	282,5	282,5	282,5	282,5	282,5
3. Tatsächliche Arbeitszeit (1)													
3.1 Wochenarbeitszeit	Stunden	46,48	46,43	46,29	46,57	46,70	46,90	46,12	46,98	46,98	46,98	46,98	46,98
3.2 Tägliche Arbeitszeit		8,10	8,08	8,08	7,97	7,94	7,90	7,92	7,93	7,93	7,93	7,93	7,93
3.3 Täglicher Umsatz	Tage	38,70	38,80	38,00	38,70	38,40	38,70	38,14	38,30	38,30	38,30	38,30	38,30
3.4 Wochensummierte Arbeitszeit		312,3	316,9	317,7	312,1	311,1	311,0	311,4	312,3	312,3	312,3	312,3	312,3
3.5 Tägliche Arbeitszeit	Stunden	1.788,3	1.788,9	1.818,7	1.778,5	1.788,4	1.785,5	1.788,5	1.788,3	1.788,3	1.788,3	1.788,3	1.788,3
4. Kurzarbeit													
4.1 bei Personen	in %	4,98	4,28	4,40	4,60	5,11	4,91	4,38	4,98	4,98	4,98	4,98	4,98
4.2 in Arbeitsstunden	Tage	19,8	8,9	19,1	10,3	11,3	10,9	9,9	9,5	9,5	9,5	9,5	9,5
4.3 in Arbeitsstunden	Stunden	84,7	77,8	81,1	81,9	93,8	85,6	76,6	73,8	73,8	73,8	73,8	73,8
4.4 Kurzarbeitsstunden	Stunden	1.794,8	1.748,1	1.737,9	1.888,0	1.888,8	1.890,0	1.891,7	1.893,5	1.893,5	1.893,5	1.893,5	1.893,5
5. Effektive Arbeitszeit													
5.1 Effektive Arbeitszeit	Tag	212,8	218,3	218,0	212,6	209,6	210,1	209,0	212,7	212,7	212,7	212,7	212,7
6. Mehrarbeitsleistungen													
6.1 pro Woche	Stunden	8,80	8,86	1,96	1,80	1,18	1,08	0,98	0,87	0,87	0,87	0,87	0,87
6.2 pro Tag		1,12	1,20	0,25	0,23	0,28	0,20	0,20	0,19	0,19	0,19	0,19	0,19
6.3 pro Jahr		35,4	42,3	32,2	31,1	47,9	42,9	41,6	41,3	41,3	41,3	41,3	41,3
6.4 Mehrarbeitsleistungen	Mio. Std.	178,41	282,24	288,74	297,82	278,28	248,64	250,49	222,57	222,18	222,51	222,51	222,51
6.5 Arbeitsstunden	Stunden	1.790,0	1.791,4	1.790,8	1.748,0	1.788,1	1.792,6	1.888,3	1.893,7	1.893,7	1.893,7	1.893,7	1.893,7
7. Kurzarbeit													
7.1 Kurzarbeiter	1000	1498,2	270,0	181,4	88,9	70,8	70,6	46,8	50,0	49,8	50,0	50,0	50,0
7.2 Arbeitsstunden je Kurzarbeiter	%	59,6	82,4	48,6	48,0	36,0	34,1	51,3	48,6	48,8	48,8	48,8	48,8
7.3	Stunden	1.200,6	157,7	88,3	42,8	25,1	24,8	24,7	24,9	24,9	24,9	24,9	24,9
7.4 Ausfallstunden	Mio. Std.	1.893,00	254,34	135,80	42,74	25,31	24,84	24,66	42,09	42,09	42,09	42,09	42,09
7.5 Kurzarbeitszeit	Stunden	225,1	59,4	25,7	14,2	11,8	11,6	7,9	7,6	7,6	7,6	7,6	7,6
8. Beschäftigte													
8.1 Ausgewählte Tätigkeiten	1000	940	2.126	5.980	3.148	4.798							
8.2 Ausfallstunden je BWS-Tag	Stunden	5,15	5,15	4,82	4,38	3,88							
8.3 Ausfallstunden	Mio. Std.	4,31	10,91	28,51	13,41	18,70	16,28	6,48	11,40	11,40	11,40	11,40	11,40
8.4 Arbeitsstunden je Tag	Stunden	0,8	1,8	3,0	3,3	3,2	2,8	1,2	2,1	2,1	2,1	2,1	2,1
9. Tarifbeschäftigte													
9.1 Tarifbeschäftigte	1000	0,0	0,0	203,3	12,8	18,0	3,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
9.2 Ausfallstunden	Mio. Std.	0,00	0,00	4,11	0,10	0,19	0,08	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9.3 Arbeitsstunden	Stunden	0,0	0,0	0,7	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
10. Freiwillige Teilzeit													
10.1 Teilzeitquote	%	8,80	7,20	8,20	10,70	11,00	11,42	11,80	12,30	12,30	12,30	12,30	12,30
10.2 Teilzeitarbeitskräfte	1000	919	430	472	628	647	657	664	668	668	668	668	668
10.3 Arbeitsstunden je Teilzeitarbeiter	%	31,0	31,0	31,5	32,4	33,2	34,0	34,0	34,0	34,0	34,0	34,0	34,0
10.4 Stundenentgelt je Teilzeitarbeiter	Stunden	842,8	888,5	883,5	885,2	888,8	878,0	872,4	877,9	877,9	877,9	877,9	877,9
10.5 Ausfallstunden	Mio. Std.	228,17	228,67	228,03	228,11	227,28	228,08	224,39	228,24	228,24	228,24	228,24	228,24
10.6 Entgelt der teilzeiligen Teilzeit	Stunden	48,2	40,0	48,2	60,6	62,6	65,1	67,8	70,2	70,2	70,2	70,2	70,2
11. Abgewählte Teilzeit													
11.1 Personen	1000												
11.2 Kürzung der tarifl. Arbeitszeit	%												
11.3 Stundenentgelt je Person	Stunden												
11.4 Ausfallstunden	Mio. Std.												
11.5 Entgelt der abgewählten Teilzeit	Stunden												
12. Erwerbsunfähige													
12.1 Erwerbsunfähige (Personen)	1000	14	38	24	29	30	30	40	53	53	53	53	53
12.2 Ausfallstunden	Mio. Std.	21,87	82,89	83,88	48,41	83,82	88,84	71,87	78,44	78,44	78,44	78,44	78,44
12.3 Erwerbsunfähigkeitsbeitrag	Stunden	8,1	18,8	8,3	7,8	8,3	8,3	13,8	14,7	14,7	14,8	14,8	14,8
13. Summe Ausfallstunden													
13.1 Summe 7 bis 12	Stunden	282,8	111,7	88,8	84,8	88,7	83,8	88,4	88,2	88,2	88,2	88,2	88,2
14. Tatsächliche Arbeitszeit													
14.1 Abwärtstrend	Stunden	1.894,8	1.788,7	1.818,8	1.788,2	1.788,4	1.788,4	1.888,8	1.893,8	1.893,8	1.893,8	1.893,8	1.893,8
14.2 Veränderung gegenüber Vorjahr	%	- 11,8	+ 14,7	+ 1,2	- 3,2	- 2,2	- 0,8	- 1,1	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,8	+ 1,2	+ 1,2
14.3 div. Arbeitszeit-Elemente		+ 8,1	+ 1,8	+ 6,4	- 8,7	- 8,8	+ 8,1	- 8,8	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,2
14.4 Tägliche Arbeitszeit		- 11,7	+ 18,1	+ 8,8	- 1,4	- 1,2	- 1,8	- 8,7	- 0,8	- 0,4	- 0,2	- 0,2	- 0,2

1) bzw. betrieblich vereinbarte Arbeitszeit (soweit erfaßt).

Quelle: Berechnungen des IAB

Tabelle 4a: Trend-, Konjunktur- und sonstige Komponenten der Jahresarbeitszeitveränderung in Westdeutschland
 – Veränderungen in % *) –

		1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988			1989	
								Ver. I	Ver. II	Ver. III	Ver. IV	
1	Trend	%	- 0,7	- 1,8	- 0,6	- 1,0	- 0,8	- 0,8	- 0,3	- 0,2	- 0,3	- 0,3
2	div. Tarifliche Wochenarbeitszeit	%	- 0,4	- 0,8	- 0,5	- 0,6	- 0,4	- 0,1	- 0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,0
3	Tariflicher Urlaub	%	+ 0,8	- 0,2	- 0,0	- 0,0	+ 0,1	- 0,3	+ 0,8	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0
4	Freiwillige Teilzeit	%	- 0,3	- 0,3	- 0,3	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,3	- 0,3
5	Erlaubungsurlaub	%	- 0,1	- 0,8	- 0,1	- 0,3	+ 0,0	- 0,2	+ 0,8	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0
6	Konjunkturel	%	+ 0,3	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3
7	div. Kurzarbeit	%	- 0,1	- 0,8	+ 0,8	+ 0,1	- 0,1	+ 0,1	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2
8	Mehrarbeitsstunden	%	- 0,1	- 0,3	+ 0,8	+ 0,1	- 0,4	+ 0,0	+ 0,8	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,8
9	Akzeptierte Teilzeit	%			- 0,2	+ 0,1	- 0,0	- 0,0	+ 0,8	+ 0,0	+ 0,8	+ 0,8
10	Sonstiges	%	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,3	- 0,3	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1
11	div. Kurzarbeit	%	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,1	- 0,3	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1
12	Schichtarbeiter	%	+ 0,1	- 0,1	+ 0,1	- 0,1	+ 0,0	+ 0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,0
13	Tarifveränderungsleistungen	%	+ 0,0	+ 0,0	- 0,8	- 0,0	+ 0,0	- 0,0	+ 0,0	+ 0,0	- 0,0	+ 0,0
14	Tätige Arbeitszeit der Arbeitnehmer	%	- 0,7	- 1,8	+ 0,4	- 1,8	- 0,4	+ 0,3	- 0,0	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,8
15	Arbeitslosenquote	%	+ 1,5	+ 0,1	- 0,4	- 0,4	+ 0,1	- 0,2	+ 0,3	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,8
16	Tätige Arbeitszeit der Arbeitnehmer	%	+ 0,7	- 1,8	- 0,8	- 1,3	- 0,3	+ 0,1	+ 0,8	+ 1,8	+ 1,2	+ 1,2
17	Tätige Arbeitszeit der Teilzeitkräfte und Minijobber	%	+ 0,7	- 0,8	- 1,1	- 1,8	+ 0,8	- 0,4	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,8
18	Tätige Arbeitszeit der Erwerbstätigen	%	+ 0,7	- 1,2	- 0,1	- 1,3	- 0,3	+ 0,1	+ 0,8	+ 0,8	+ 1,1	+ 1,2

*) Zeile 1-13: Veränderung der jeweiligen Komponente (in Arbeitsstunden) in % der Jahresarbeitszeit je Arbeitnehmer im Vorjahr
 Zeile 14-18: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Quelle: Berechnungen des IAB

Tabelle 4b: Trend-, Konjunktur- und sonstige Komponenten der Jahresarbeitszeitveränderung in Ostdeutschland
 – Veränderungen in % *) –

		1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988			1989	
								Ver. I	Ver. II	Ver. III	Ver. IV	
1	Trend	%	+ 0,8	+ 1,3	+ 2,4	- 1,1	- 1,8	- 1,8	- 0,7	- 0,7	- 0,7	- 0,7
2	div. Tarifliche Wochenarbeitszeit	%	- 0,2	- 0,4	- 1,3	- 0,5	- 0,8	- 1,2	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,4
3	Tariflicher Urlaub	%	- 0,8	- 0,8	- 0,3	- 0,8	- 0,1	- 0,2	- 0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,0
4	Freiwillige Teilzeit	%	+ 0,6	- 0,4	- 0,8	- 0,1	- 0,2	- 0,1	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2
5	Erlaubungsurlaub	%	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,1	- 0,1	- 0,8	- 0,2	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,1
6	Konjunkturel	%	+ 11,1	+ 2,4	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,4
7	div. Kurzarbeit	%	+ 12,0	+ 2,0	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,8	+ 0,2	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,3
8	Mehrarbeitsstunden	%	+ 1,2	+ 0,5	+ 0,1	- 0,2	- 0,3	- 0,1	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,1
9	Akzeptierte Teilzeit	%										
10	Sonstiges	%	+ 0,8	- 0,4	+ 0,1	- 0,8	+ 0,3	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1
11	div. Kurzarbeit	%	+ 0,8	- 0,2	- 0,1	- 0,8	+ 0,2	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1
12	Schichtarbeiter	%	- 0,1	- 0,2	+ 0,2	- 0,1	+ 0,8	+ 0,1	- 0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,0
13	Tarifveränderungsleistungen	%	+ 0,0	- 0,0	+ 0,8	- 0,8	+ 0,8	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0
14	Tätige Arbeitszeit der Arbeitnehmer	%	+ 13,1	+ 0,8	- 1,4	- 1,7	- 1,8	- 0,7	- 0,4	- 0,3	- 0,3	- 0,3
15	Arbeitslosenquote	%	+ 1,5	+ 0,4	- 0,7	- 0,8	+ 0,1	- 0,0	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,2
16	Tätige Arbeitszeit der Arbeitnehmer	%	+ 14,7	+ 1,3	- 2,3	- 2,3	- 0,8	- 1,1	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,8	+ 1,0
17	Tätige Arbeitszeit der Teilzeitkräfte und Minijobber	%	+ 3,2	+ 2,1	- 1,3	+ 0,8	+ 1,4	+ 0,3	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,9	+ 1,9
18	Tätige Arbeitszeit der Erwerbstätigen	%	+ 14,4	+ 1,8	- 1,8	- 2,0	- 0,8	- 0,9	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,2

*) Zeile 1-13: Veränderung der jeweiligen Komponente (in Arbeitsstunden) in % der Jahresarbeitszeit je Arbeitnehmer im Vorjahr
 Zeile 14-18: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Quelle: Berechnungen des IAB

Tabelle 5a: Entlastung des Arbeitsmarkts durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit in Westdeutschland (Personen in 1000)

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997				1997	1998*
	Jahr	Jahr	Jahr	Jahr	Jahr	Jahr	Jahr	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Jahr	Jahr
A. Inanspruchnahme													
Kurzzeit	88	148	253	787	273	128	208	229	141	77	87	133	100
Schlechtwettergeld, Winterausfallgeld 1)	41	47	41	54	30	44	7	8	-	-	3	3	5
Beschäftigungsfördernde Maßnahmen	83	83	78	51	58	78	78	71	71	87	83	68	73
Allgemeine ABM 2)	83	83	78	51	58	70	70	83	82	88	84	69	80
Strukturpassungsmaßnahmen 3)	0	0	0	0	0	2	8	8	9	9	9	9	13
Vollzeit - FuJ 4)	218	237	200	238	228	257	279	244	235	208	237	228	184
Reha 5)	43	48	55	54	40	38	38	38	38	35	38	37	38
Teilnehmer an Sprachlehrgängen	110	78	81	88	80	48	42	38	38	33	31	33	30
Vorruhestandsgeld 6)	28	28	12	8	3	1	0	0	0	0	0	0	0
Altersübergangsgeld 7)	0	0	1	2	3	2	2	2	2	1	1	1	0
Alterszeit (AlZ)	0	0	0	0	0	0	0	1	1	2	3	2	5
Summe	684	698	771	1229	884	687	848	827	822	621	638	600	483
Außerdem: Personen nach §428 SGB III 8)	83	83	82	127	138	148	138	134	131	138	138	130	121
Insgesamt	767	781	853	1356	1022	835	986	961	953	759	776	730	604
B. Beschäftigungsgewinn													
Kurzzeit	20	43	86	228	89	48	74	87	85	32	38	85	41
Schlechtwettergeld, Winterausfallgeld 1)	27	31	27	38	20	28	7	8	-	-	3	3	5
Beschäftigungsfördernde Maßnahmen	117	118	108	71	81	102	108	98	98	82	87	84	101
Allgemeine ABM 2)	117	118	108	71	81	98	87	88	88	81	73	82	83
Strukturpassungsmaßnahmen 3)	0	0	0	0	0	2	8	11	12	18	12	12	18
Vollzeit - FuJ 4)	218	237	200	238	228	257	278	244	235	208	237	228	184
Reha 5)	43	48	55	54	40	38	38	38	38	35	38	37	38
Teilnehmer an Sprachlehrgängen	110	78	81	88	80	48	42	38	38	33	31	33	30
Vorruhestandsgeld 6)	28	28	12	8	3	1	0	0	0	0	0	0	0
Altersübergangsgeld 7)	0	0	1	2	3	2	2	2	2	1	1	1	0
Alterszeit (AlZ)	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	2	1	3
Summe	688	674	684	888	611	621	848	824	823	621	601	607	488
Außerdem: Personen nach §428 SGB III 8)	83	83	82	127	138	148	138	134	131	138	138	130	121
Insgesamt	771	757	766	1015	749	769	986	958	954	759	739	737	609
C. Entlastung der Arbeitslosenzahl													
Kurzzeit	13	29	58	182	89	32	50	65	66	21	24	37	27
Schlechtwettergeld, Winterausfallgeld 1)	27	31	27	38	20	28	7	8	-	-	3	3	5
Beschäftigungsfördernde Maßnahmen	108	105	98	64	73	91	86	90	89	84	79	85	81
Allgemeine ABM 2)	108	105	98	64	73	88	88	80	78	73	68	78	75
Strukturpassungsmaßnahmen 3)	0	0	0	0	0	2	8	10	11	11	11	11	16
Vollzeit - FuJ 4)	191	210	223	257	238	248	287	238	227	198	200	218	157
Reha 5)	38	37	45	41	31	30	31	31	30	28	28	30	29
Teilnehmer an Sprachlehrgängen	110	78	81	88	80	48	42	38	38	33	31	33	30
Vorruhestandsgeld 6)	28	28	12	8	3	1	0	0	0	0	0	0	0
Altersübergangsgeld 7)	0	0	1	2	3	2	2	2	2	1	1	1	0
Alterszeit (AlZ)	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	2	1	3
Summe	617	611	618	884	443	476	488	488	486	388	387	488	373
Außerdem: Personen nach §428 SGB III 8)	83	83	82	127	138	148	138	134	131	138	138	130	121
Insgesamt	700	694	700	1011	581	624	626	622	617	526	525	618	494

*) Schätzung des IAB in Anlehnung an den Haushalt der BA

1) Bis 1995 Schlechtwettergeld, ab 1996 Winterausfallgeld nach § 81 ff AFG.

Aus dem von den Betrieben angezeigten witterungsbedingten Arbeitsausfall wird eine entsprechende Zahl von „Vollzeitbeschäftigten“ errechnet.

Die Inanspruchnahme im Sinne der durchschnittlichen Zahl der Bauarbeiter ist statistisch nicht belegt.

2) Allgemeine Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung; 1993 einschließlich ABM-Stabil.progr. des Bundes

3) §§ 272-279, 415 SGB III, bis Ende 1997 produktive Arbeitsförderung (Lohnkostenzuschüsse) nach § 242 s AFG

4) Ohne Einarbeitung; bis 1992 einschl. Maßnahmen zur Verbesserung der Vermittlungsaussichten (§ 41a AFG).

5) Rehabilitanden in berufsfördernden Maßnahmen mit dem Ziel der Wiedereingliederung sowie in Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung

6) Vorruhestandsfälle mit Zuschuß zum Vorruhestandsgeld (aus Haushaltsmitteln der BA).

7) Einschl. der aus dem Bundeshaushalt zu finanzierenden Empfänger; Altersübergangsgeld im Westen ist durch Umzüge bedingt

8) 58jährige und ältere Empfänger von Alg., Alhi, Egg und Eghi, die der Arbeitsvermittlung nicht zur Verfügung stehen (bis Ende 1997 §105c AFG).

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit; Berechnungen des IAB

Tabelle 5b: Entlastung des Arbeitsmarkts durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit in Ostdeutschland (Personen in 1000)

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997				1997	1998*)
	Jahr	Jahr	Jahr	Jahr	Jahr	Jahr	Jahr	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Jahr	Jahr
A. Inanspruchnahme													
Kurzzeit	754	1818	370	161	87	71	71	74	88	34	34	60	40
Schlechtwettergeld, Winterausfallgeld 1)	-	8	6	13	8	18	3	1	-	-	0	0	2
Beschäftigungschaffende Maßnahmen	3	189	388	300	231	312	276	242	242	231	222	205	200
Allgemeine ABM 2)	3	183	388	238	183	208	181	178	177	180	112	104	140
Struktur Anpassungsmaßnahmen 3)	0	0	0	22	88	107	86	82	85	81	111	60	160
Ohne LKZ für Wirtschaftsunternt.	0	0	0	0	0	0	0	83	85	84	83	84	70
LKZ für Wirtschaftsunternehmen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	15	48	18	80
Vollzeit - Full 4)	7	188	428	348	241	243	230	218	190	187	144	177	183
Reihe 5)	0	1	4	5	4	4	5	5	5	5	6	5	5
Teilnehmer an Sprachlehrgängen	0	0	3	8	7	7	8	10	10	9	8	8	8
Vorruhestandsgeld 6)	180	382	265	214	128	33	0	0	0	0	0	0	0
Alterüberbergungsgeld 7)	10	188	518	838	584	341	188	101	71	43	19	58	0
Altersgeld (AG)	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	1	1	1
Summe	894	2828	2097	1886	1281	1028	780	682	578	431	438	328	320
Außerdem: Personen nach §428 SGB III 8)	0	0	1	1	2	7	30	80	73	87	97	76	102
Insgesamt	894	2828	2098	1887	1283	1034	810	712	649	547	535	404	422

B. Beschäftigungsequivalent													
Kurzzeit	341	898	194	85	48	40	38	38	57	18	17	25	21
Schlechtwettergeld, Winterausfallgeld 1)	-	8	4	12	8	11	3	1	-	-	0	0	2
Beschäftigungschaffende Maßnahmen	8	287	543	388	378	418	380	331	330	292	239	208	200
Allgemeine ABM 2)	8	287	543	334	287	270	238	242	239	202	161	200	190
Struktur Anpassungsmaßnahmen 3)	0	0	0	31	128	149	121	89	81	90	88	80	90
Ohne LKZ für Wirtschaftsunternt.	0	0	0	31	123	149	121	89	81	90	88	80	90
LKZ für Wirtschaftsunternehmen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Vollzeit - Full 4)	7	188	423	345	241	243	230	218	190	157	144	177	183
Reihe 5)	0	1	4	5	4	4	5	5	5	5	6	5	5
Teilnehmer an Sprachlehrgängen	0	0	3	8	7	7	8	10	10	9	8	8	8
Vorruhestandsgeld 6)	180	382	265	214	128	33	0	0	0	0	0	0	0
Alterüberbergungsgeld 7)	10	188	518	838	584	341	188	101	71	43	19	58	0
Altersgeld (AG)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	1
Summe	543	1681	1664	1671	1234	1097	898	705	638	625	638	578	498
Außerdem: Personen nach §428 SGB III 8)	0	0	1	1	2	7	30	80	73	87	97	76	102
Insgesamt	543	1681	1665	1672	1236	1104	928	785	711	612	635	654	600

C. Erhaltung der Arbeitslosenanzahl													
Kurzzeit	341	898	194	78	39	30	28	28	20	13	13	18	15
Schlechtwettergeld, Winterausfallgeld 1)	-	8	4	12	8	11	3	1	-	-	0	0	2
Beschäftigungschaffende Maßnahmen	8	287	540	388	363	362	355	308	307	272	222	277	260
Allgemeine ABM 2)	8	287	540	323	248	263	242	228	228	199	141	185	178
Struktur Anpassungsmaßnahmen 3)	0	0	0	30	117	136	112	82	84	83	82	83	91
Ohne LKZ für Wirtschaftsunternt.	0	0	0	30	117	136	112	82	84	83	82	83	91
LKZ für Wirtschaftsunternehmen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Vollzeit - Full 4)	7	188	423	338	238	241	227	218	188	168	143	178	181
Reihe 5)	0	1	4	4	3	4	5	5	5	5	6	5	5
Teilnehmer an Sprachlehrgängen	0	0	3	8	7	7	8	10	10	9	8	8	8
Vorruhestandsgeld 6)	180	382	265	214	128	33	0	0	0	0	0	0	0
Alterüberbergungsgeld 7)	10	188	518	838	584	341	188	101	71	43	19	58	0
Altersgeld (AG)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	1
Summe	543	1681	1678	1643	1307	1097	912	809	692	658	632	645	608
Außerdem: Personen nach §428 SGB III 8)	0	0	1	1	2	7	30	80	73	87	97	76	102
Insgesamt	543	1681	1679	1644	1309	1104	942	789	765	665	639	654	610

*) Schätzung des IAB in Anlehnung an den Haushalt der BA
 1) Bis 1995 Schlechtwettergeld, ab 1996 Winterausfallgeld nach § 81 ff AFG.
 Aus dem von den Betrieben angezeigten witterungsbedingten Arbeitsausfall wird eine entsprechende Zahl von „Vollzeitbeschäftigten“ errechnet.
 Die Inanspruchnahme im Sinne der durchschnittlichen Zahl der Bauarbeiter ist statistisch nicht belegt.
 2) Allgemeine Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung; 1993 einschließlich ABM-Stabil.progr. des Bundes
 3) §§ 272-279, 415 SGB III, bis Ende 1997 produktive Arbeitsförderung (Lohnkostenzuschüsse) nach § 249 h AFG. Bei LKZ für Wirtschaftsunternehmen derzeit keine Quantifizierung möglich
 4) Ohne Einarbeitung; bis 1992 einschl. Maßnahmen zur Verbesserung der Vermittlungsaussichten (§ 41a AFG).
 5) Rehabilitanden in berufl. fördernden Maßnahmen mit dem Ziel der Wiedereingliederung sowie in Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung
 6) Das Vorruhestandsgeld Ost wird aus Haushaltsmitteln des Bundes getragen
 7) Einschl. der aus dem Bundeshaushalt zu finanzierenden Empfänger
 8) 58jährige und ältere Empfänger von Alg, Alhi, Egg und Eghi, die der Arbeitsvermittlung nicht zur Verfügung stehen (bis Ende 1997 § 105c AFG).

Tabelle 6: Zur Entwicklung der Erwerbstätigen nach Wirtschaftsbereichen

	Wirtsch. sekt. Indus- trie	Land- wirt- schaftl. Forst- wirtsch.	Vermögenswerte				Einkommen			Gesamtwirtschaft			Privatwirtschaft		
			Zu- nahme	Ertrag, Bilanz	Verm. Ertrag	Um- gewinn	Zu- nahme	Harzt	Verf. Hurt- gaben	Zu- nahme	Verf. Ver- mögen	Bezahlte Dienst- leistungen	Zu- nahme	Ertrag	Private Haushalte 1)
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in 1000															
Westdeutschland															
1988	+ 381	- 25	+ 212	- 6	+ 288	+ 75	+ 188	+ 124	+ 20	+ 393	+ 42	+ 390	+ 84	+ 23	+ 23
1989	+ 728	- 85	+ 144	- 6	+ 228	+ 16	+ 228	+ 124	+ 89	+ 399	+ 37	+ 271	+ 93	+ 2	+ 81
1990	+ 288	- 65	+ 144	- 9	+ 188	+ 23	+ 191	+ 81	+ 25	+ 387	+ 32	+ 298	+ 88	+ 22	+ 58
1991	+ 488	- 44	+ 848	- 10	+ 881	+ 1	+ 47	+ 14	+ 29	+ 589	+ 13	+ 180	+ 19	+ 27	+ 38
1992	+ 248	- 43	+ 488	- 11	+ 484	+ 18	+ 77	+ 48	+ 28	+ 178	+ 4	+ 174	+ 28	+ 27	+ 47
1993	+ 988	- 38	+ 888	- 15	+ 178	+ 18	+ 88	+ 38	+ 40	+ 588	+ 11	+ 177	+ 38	+ 85	+ 48
1994	+ 388	- 48	+ 381	- 12	+ 284	+ 88	+ 78	+ 81	+ 80	+ 178	+ 18	+ 180	+ 3	+ 48	+ 48
1995	+ 381	- 37	+ 388	- 32	+ 381	+ 24	+ 38	+ 11	+ 45	+ 188	+ 8	+ 188	+ 11	+ 44	+ 27
Ostdeutschland															
1988	- 827	- 198	- 441	- 18	- 828	8	- 188	- 78	- 82	+ 88	+ 12	+ 88	- 248	- 183	- 88
1989	- 1488	- 227	- 888	- 104	- 828	+ 77	- 184	- 78	- 81	+ 248	+ 18	+ 228	- 288	- 282	+ 88
1990	- 884	- 172	- 788	- 37	- 743	+ 88	+ 88	- 37	- 88	+ 78	+ 8	+ 71	- 41	- 78	+ 37
1991	- 788	- 48	- 711	- 34	- 688	+ 118	+ 17	+ 18	- 37	+ 888	+ 6	+ 88	- 81	- 184	+ 18
1992	+ 111	8	+ 38	- 37	- 82	+ 118	+ 8	+ 28	- 88	+ 212	8	+ 112	- 27	- 78	+ 28
1993	+ 48	3	+ 28	- 18	- 15	+ 88	+ 14	+ 8	- 28	+ 88	8	+ 88	- 28	- 48	+ 88
1994	- 127	- 11	- 82	- 18	- 35	+ 48	- 28	+ 8	- 28	+ 28	- 1	+ 28	- 41	- 48	+ 3
1995	- 281	+ 1	- 788	- 8	- 37	- 88	- 38	- 14	- 81	+ 3	- 1	- 7	- 88	- 24	- 8

Quelle: Statistisches Bundesamt

1) Einschließlich Private Organisationen ohne Erwerbszweck

Tabelle 7: Bauinvestitionen in der Bundesrepublik Deutschland (in Preisen von 1991)

	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995 1)
	Mrd. DM			Veränderung in % zum Vorjahr				Anstieg in %			
Bundesgebiet West											
Wohnungsbau	170,8	187,8	188,4	- 8,7	- 1,8	- 0,7	- 0,8	68,8	88,1	88,8	88,2
Wirtschaftsbau	88,8	82,4	81,8	- 1,3	- 8,2	- 1,1	+ 1,8	28,8	28,8	28,8	28,8
Öffentlicher Bau	41,8	38,8	38,1	- 4,0	- 8,1	- 8,8	+ 0,7	14,8	13,3	12,4	14,0
Bau insgesamt	288,4	288,4	288,0	- 1,3	- 3,7	- 1,8	+ 0,1	100	100	100	100
Bundesgebiet Ost											
Wohnungsbau	48,8	81,7	82,0	+ 18,0	+ 8,8	+ 0,8	- 2,8	42,2	48,8	47,4	48,1
Wirtschaftsbau	48,8	48,8	38,8	+ 0,8	- 8,8	- 4,8	- 3,8	38,3	38,2	38,8	38,3
Öffentlicher Bau	21,2	28,4	18,7	- 8,2	- 2,8	- 8,3	- 1,8	18,4	18,1	17,1	18,8
Bau insgesamt	116,8	112,8	108,8	+ 4,7	- 1,8	- 2,8	- 2,8	100	100	100	100
Deutschland											
Wohnungsbau	218,8	218,2	218,4	+ 2,8	+ 0,1	- 8,4	- 1,4	82,8	84,8	88,8	88,2
Wirtschaftsbau	138,1	123,3	120,4	- 0,8	- 8,7	- 2,4	+ 0,1	31,8	30,7	30,7	31,8
Öffentlicher Bau	83,1	88,8	83,8	- 8,8	- 8,7	- 8,7	+ 0,2	15,2	14,7	13,7	18,3
Bau insgesamt	444,4	401,3	398,8	+ 0,3	- 3,2	- 2,2	- 0,7	100	100	100	100

1) Prognose des ifo Instituts, Stand August 1997

Quelle: Statistisches Bundesamt, ifo Institut

Tabelle 8: Beschäftigte im Baugewerbe¹⁾

	Bundesgebiet West			Bundesgebiet Ost			Deutschland		
	Pers. in 1000	Veränder. zum Vorjahr in 1000	Veränder. zum Vorjahr in %	Pers. in 1000	Veränder. zum Vorjahr in 1000	Veränder. zum Vorjahr in %	Pers. in 1000	Veränder. zum Vorjahr in 1000	Veränder. zum Vorjahr in %
1982	1.993	+ 23	+ 1,2	800	+ 98	+ 13,6	2.793	+118	+ 4,3
1983	1.994	+ 1	+ 0,1	818	+118	+ 14,6	2.873	+120	+ 4,4
1984	1.994	+ 18	+ 0,9	1038	+118	+ 12,9	3.002	+129	+ 4,5
1985	1.946	- 18	- 0,9	1081	+ 53	+ 5,1	3.038	+ 37	+ 1,2
1986	1.885	- 68	- 4,9	1051	- 48	- 3,7	2.904	-136	- 4,6
1987	1.789	- 94	- 5,1	893	- 68	- 6,5	2.782	-122	- 5,2
1988 ²⁾	1.706	- 80	- 3,8	843	- 68	- 6,0	2.662	-120	- 3,8

1) Alle Betriebe, Jahresdurchschnitt

2) IAB-Prognose

Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

Tabelle 9: Werkvertragsarbeitnehmer auf der Grundlage von Regierungsvereinbarungen mit mittelosteuropäischen Staaten (Jahresdurchschnitt)

Jahr	Insgesamt	darunter im Baugewerbe	
		Anzahl	Anteil
Personen in 1000		%	
1987	12,3	3,3	28,6
1988	14,6	4,3	29,5
1989	16,6	5,8	34,9
1990	27,2	13,1	48,2
1991	53,1	33,0	62,1
1992	84,9	69,6	78,3
1993	70,1	63,4	90,4
1994	41,2	28,5	64,8
1995	48,4	27,2	55,1
1996	46,5	19,8	43,2
1997	38,5	19,8	51,4

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit (BA)

Tabelle 10a: Personal im Öffentlichen Dienst
(jeweils Jahresmitte, Personen in 1000)

Bereich	West				Ost				Zusammen			
	1991	1993	1995	1998	1991	1993	1995	1998	1991	1993	1995	1998
Unmittelbarer Öffentlicher Dienst 1)	3894,1	3983,7	3748,6	3828,1	1381,3	1178,8	1082,8	1014,3	5275,4	5062,5	4798,5	4702,4
Bund 2)	887,1	828,8	488,2	408,1	84,8	76,8	77,1	77,1	972,0	905,6	565,3	485,2
Länder	1837,6	1854,3	1825,8	1810,2	534,8	488,4	527,8	519,7	2872,0	2610,7	2461,8	2429,8
Kommunen 3)	1369,4	1400,6	1384,0	1321,8	561,7	614,4	477,9	417,5	2051,4	1946,2	1801,4	1739,3
Mittelbarer Öffentlicher Dienst	277,3	311,8	383,7	376,8	47,8	78,3	86,2	88,8	325,0	390,1	470,0	465,6
darunter												
Sozialversicherungs- pflichtiger	268,7	318,8	380,3	322,8	27,4	48,0	48,8	48,1	284,1	366,8	388,5	288,8
Beschäftigte für Arbeits- Träger der Zweckverbände	8,6	7,0	3,4	5,4	20,4	30,3	37,4	27,7	40,9	23,3	8,5	76,8
Öffentlicher Dienst zusammen	4171,4	4295,5	4132,3	4204,9	1429,1	1257,1	1169,0	1103,1	5590,4	5452,6	5268,5	5168,0
nachrichtlich: Bevölkerungszahl	84.028	85.039	85.140	86.431	18.812	18.848	18.900	18.481	75.216	81.191	81.840	81.952

1) ohne Bundesbahn/Reichsbahn (ab Anfang 1994 zur Deutschen Bahn AG privatisiert), ohne Bundespost (ab Anfang 1995 in drei Unternehmensteile privatisiert)

2) einschl. Soldaten, ohne Grundwehrdienstleistende

3) Gemeinden, Gemeindeverbände, kommunale Zweckverbände

Quelle: Berechnung nach Daten der Personalstandsstatistik (Statistisches Bundesamt)

Tabelle 10b: Vollzeitbeschäftigte im unmittelbaren Öffentlichen Dienst
(jeweils Jahresmitte, Personen in 1000)

Bereich	West				Ost				Je 10 000 Einwohner			
	1991	1993	1995	1998	1991	1993	1995	1998	West	West	Ost	Ost
									1991	1998	1991	1998
Bund 1)	844,7	610,4	448,7	432,2	84,1	72,8	75,9	75,7	85	86	53	49
Länder	1592,8	1627,3	1500,0	1472,8	588,4	478,8	438,3	435,8	238	222	378	362
Kommunen	1088,0	1082,8	1204,1	988,2	675,3	483,4	328,3	318,3	185	148	390	308
Zusammen	3125,5	3090,5	2549,8	2673,2	1257,8	1015,0	843,5	827,8	499	453	780	719

1) ohne Grundwehrdienstleistende, ohne Bundesbahn/Reichsbahn, ohne Bundespost

Quelle: Berechnung nach Daten der Personalstandsstatistik (Statistisches Bundesamt)

Tabelle 11a: Jahresarbeitszeit, Arbeitsvolumen sowie durchschnittliche Überstunden und Überstundenvolumen der beschäftigten Arbeitnehmer in der Gesamtwirtschaft von 1960 bis 1998 – Westdeutschland –

	Beschäftigte Arbeitnehmer	Jahresarbeitszeit	Arbeitsvolumen	Überstunden		
				Durchschnitt je Arbeitnehmer	Volumen	In % des Arbeitsvolumens
	1000	Stunden	Mio. Stunden	Stunden	Mio. Stunden	%
1960	20.573	2.084,1	41.834	85,8	1.907	4,8
1961	20.896	2.082,0	42.109	80,1	1.985	4,4
1962	20.990	2.010,7	41.943	82,1	1.921	4,8
1963	21.599	1.978,5	41.742	89,5	2.079	5,0
1964	21.355	1.982,3	42.504	110,8	2.384	5,8
1965	21.626	1.977,3	42.757	116,5	2.593	6,0
1966	21.637	1.984,2	42.293	113,8	2.486	5,8
1967	20.908	1.910,0	40.099	95,7	2.054	5,2
1968	21.041	1.914,2	40.277	122,0	2.657	6,4
1969	21.624	1.900,5	41.099	146,9	3.186	7,7
1970	22.139	1.896,3	41.759	157,7	3.481	8,4
1971	22.601	1.884,3	41.799	136,3	3.097	7,3
1972	22.740	1.829,3	41.883	127,0	2.698	6,8
1973	23.132	1.822,8	41.677	129,5	2.929	7,0
1974	22.945	1.774,8	40.725	118,4	2.648	6,5
1975	22.377	1.729,0	39.690	98,1	2.216	5,7
1976	22.420	1.769,6	39.674	102,4	2.296	5,8
1977	22.697	1.746,1	39.321	93,2	2.106	5,4
1978	22.672	1.718,1	39.291	90,6	2.073	5,3
1979	23.588	1.701,7	39.799	91,8	2.143	5,4
1980	23.916	1.691,7	40.293	79,9	1.908	4,7
1981	23.825	1.678,1	39.999	74,8	1.782	4,5
1982	23.544	1.674,7	39.429	63,7	1.547	3,9
1983	23.187	1.668,0	39.083	64,3	1.493	3,9
1984	23.281	1.662,1	38.646	65,9	1.533	4,0
1985	23.496	1.637,6	38.410	63,5	1.460	4,1
1986	23.659	1.632,7	38.686	67,0	1.606	4,1
1987	24.034	1.620,7	38.982	61,8	1.486	3,8
1988	24.290	1.620,3	38.306	64,9	1.674	4,0
1989	24.947	1.602,7	38.280	68,4	1.711	4,4
1990	25.483	1.587,3	38.696	68,2	1.739	4,4
1991	26.139	1.608,7	40.214	69,0	1.989	4,2
1992	26.380	1.649,8	40.991	62,6	1.662	4,0
1993	26.931	1.626,8	39.694	67,9	1.632	4,1
1994	26.670	1.626,8	39.096	66,6	1.759	4,4
1995	26.366	1.608,1	38.281	68,7	1.745	4,6
1996	26.022	1.601,8	37.825	63,1	1.581	4,2
1997	24.790	1.622,8	37.217	63,6	1.672	4,2
1998 1)	24.737	1.617,8	37.542	65,7	1.625	4,3

1) Mittlere Variante

Quelle: IAB, Statistisches Bundesamt

Tabelle 11b: Jahresarbeitszeit, Arbeitsvolumen sowie durchschnittliche Überstunden und Überstundenvolumen der beschäftigten Arbeitnehmer in der Gesamtwirtschaft von 1960 bis 1998 – Ostdeutschland –

	Beschäftigte Arbeitnehmer	Jahresarbeitszeit	Arbeitsvolumen	Überstunden		
				Durchschnitt	Volumen	In %
				je Beschäftigten	Volumen	des Arbeitsvolumens
	1000	Stunden	Mio Stunden	Stunden	Mio Stunden	%
1960	8.558	1.718,5	14.733	25,8	221	1,8
1961	8.860	1.484,0	10.177	25,4	178	1,7
1962	8.568	1.579,7	10.028	42,3	282	2,8
1963	8.757	1.688,8	8.788	50,2	288	3,0
1964	8.828	1.683,2	8.888	61,1	288	3,1
1965	8.881	1.825,4	8.888	47,3	278	2,9
1966	8.748	1.812,4	8.279	42,8	247	2,7
1967	8.943	1.893,9	8.888	41,8	280	2,8
1968 1)	8.408	1.898,2	8.888	41,3	228	2,8

1) Mittlere Variante
Quelle: IAB, Statistisches Bundesamt

Tabelle 11c: Jahresarbeitszeit, Arbeitsvolumen sowie durchschnittliche Überstunden und Überstundenvolumen der beschäftigten Arbeitnehmer in der Gesamtwirtschaft von 1960 bis 1998 – gesamtes Bundesgebiet –

	Beschäftigte Arbeitnehmer	Jahresarbeitszeit	Arbeitsvolumen	Überstunden		
				Durchschnitt	Volumen	In %
				je Beschäftigten	Volumen	des Arbeitsvolumens
	1000	Stunden	Mio Stunden	Stunden	Mio Stunden	%
1960	34.021	1.888,1	54.371	67,5	1867	3,9
1961	33.088	1.823,0	50.388	68,7	1878	3,7
1962	32.388	1.673,8	48.917	68,8	1804	3,7
1963	31.888	1.688,3	48.379	68,6	1788	3,6
1964	31.388	1.687,0	48.730	69,8	2007	4,1
1965	31.248	1.828,7	47.788	64,7	2021	4,2
1966	30.801	1.823,4	48.882	68,5	1828	3,8
1967	30.312	1.818,3	48.882	68,6	1803	3,6
1968 1)	30.148	1.880,2	48.128	61,3	1848	4,0

1) Mittlere Variante
Quelle: IAB, Statistisches Bundesamt

Tabelle 12: Durchschnittliche Überstunden pro Arbeitnehmer und Überstundenvolumen 1997

	Überstunden je Arbeitnehmer			Überstundenvolumen			Wirtschaftszweigstruktur		
	West	Ost	Insgesamt	West	Ost	Insgesamt	West	Ost	Insgesamt
	Stunden			Mio Stunden			%		
Land- und Forstwirtschaft	110	62	88	22	11	24	1	8	2
Wasserd. Gewerbe	71	41	68	68	78	718	48	34	40
Energie und Bergbau	64	14	38	24	1	28	2	0	1
Verarbeitendes Gewerbe	71	48	68	498	41	537	38	18	30
Baugewerbe	74	40	61	118	37	182	7	18	8
Handel und Verkehr	85	70	81	377	88	465	24	38	28
Handel	85	47	68	184	28	212	12	12	12
Verkehr, Nachrichten	141	111	135	182	38	220	18	18	13
Dienstleistungsgewerbe	88	38	68	341	48	388	28	18	21
Kredit, Versicherungen	88	88	28	22	2	24	1	1	1
Sonstige Dienstleistungen	71	38	68	319	40	368	20	17	20
Staat, Private Haushalte 1)	34	28	32	788	33	288	18	14	13
Staat	32	33	30	138	38	168	8	11	8
Private Haushalte 1)	38	28	37	68	8	70	4	3	4
Wirtschaft insgesamt	68	42	68	1.872	281	1.893	100	188	188

1) Einschließlich Private Organisationen ohne Erwerbszweck
Quelle: Vorläufige Schätzungen des IAB auf der Grundlage verfügbarer amtlicher Statistiken (Statistisches Bundesamt) und Betriebsbefragungen (IAB / ifo)